

Konfliktpotentiale und Gewaltkonflikte im Südpazifik

Optionen für den Zivilen Friedensdienst

Eine Studie für Dienste in Übersee

Volker Böge

Arbeitspapier

Nr. 1 / 2001

Universität Hamburg - IPW

Forschungsstelle Kriege, Research Unit of Wars,
Rüstung und Entwicklung Armament and Development

Anschriften und Bezugsadressen

Dienste in Übersee/
Referat Asien/Pazifik
Postfach 10 03 40
70747 Leinfelden-Echterdingen
Tel. 0711-7989232

Universität Hamburg - IPW
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung
Allende-Platz 1
D - 20146 Hamburg
Telefon 040/42838-3689
Fax 040/42838-2460

ISSN 1432-8283

EINLEITUNG	2
1. BOUGAINVILLE/PAPUA-NEUGUINEA	6
1.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung	6
1.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts	6
1.3 Waffenstillstand und Friedensprozeß	8
1.4. Entwicklungen und Probleme an der „Basis“	13
1.5. Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und zivilen Friedensdienst	19
1.6 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst	23
1.7 Schlußbemerkung	26
2. SALOMONEN	27
2.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung	27
2.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts	27
2.3 Die aktuelle politische Entwicklung seit dem Putsch vom 5. Juni 2000	33
2.4 Folgen des Gewaltkonflikts und Ausgangslage für Wiederaufbau und Friedenskonsolidierung	37
2.5. Voraussetzungen ziviler Konfliktbearbeitung: Der Zustand der Zivilgesellschaft und die Situation der NGO's	44
2.6 Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und Zivilen Friedensdienst	46
2.7 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst	48
3. FIJI	50
3.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung	50
3.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts	51
3.3 Der Putsch vom 19. Mai 2000 und die Folgen	56
3.4 Die Meuterei vom 2. November und die politische Lage zum Jahresbeginn 2001	59
3.5 Die Aufgaben: Demokratisierung, Wiederaufbau, nachhaltige gesellschaftliche Stabilisierung	62
3.6 Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und Zivilen Friedensdienst	66
3.7 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst	68
4. VANUATU	71
4.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung	71
4.2 Zu Hintergrund und Geschichte der gegenwärtigen Konfliktkonstellation	72
4.3 Die gegenwärtige Konfliktkonstellation	77
4.4 Die Situation der Zivilgesellschaft und Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung	81
4.5 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst	83
5. SCHLUßBEMERKUNGEN	86
ANHANG	88
GESPRÄCHSPARTNERINNEN/BESUCHTE ORGANISATIONEN	88
AUSGEWÄHLTE LITERATUR	90

Einleitung

Im Jahre 2000 sind südpazifische Inselstaaten zumindest für kurze Zeit in die Schlagzeilen der internationalen Presse geraten: Ein versuchter Putsch und eine Meuterei in Fiji, ein Coup und kriegerische Auseinandersetzungen auf den Salomonen und eskalierende Gewalt im indonesisch besetzten West Papua/Irian Jaya erschütterten das vorherrschende Bild vom "Stillen Ozean" als einer Weltregion, die im Windschatten der internationalen Politik und der öffentlichen Aufmerksamkeit liegt. Der Südpazifik ist in Gefahr, zu einer weiteren Krisenregion auf der Südhalbkugel zu werden und damit den Anschluß an eine - beklagenswerte - "Normalität" zu gewinnen - sind doch weite Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bereits seit Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, von Krisen, Staatsstreichen, Gewaltkonflikten und Kriegen und dem damit verbundenen umfassenden menschlichen Leid und Elend geprägt. Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), die seit 1978 das weltweite Kriegsgeschehen beobachtet und analysiert, hebt als die Gegenwart kennzeichnende herausragende Merkmale dieses Geschehens hervor, daß es sich dabei zum größten Teil um *innerstaatliche* (Antiregime- und Sezessions-)Kriege in den Ländern der sog. Dritten Welt handelt. Weit über 90 Prozent aller Kriege seit 1945 fanden und finden in der Dritten Welt statt. Sie unterscheiden sich in ihren Erscheinungsformen ganz erheblich von den gleichsam "klassischen" zwischenstaatlichen Kriegen, die im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich auf der Nordhalbkugel ausgetragen wurden. Sie sind durch ein hohes Maß von Irregularität und Diffusion gekennzeichnet, "klare Fronten" fehlen häufig ebenso wie eindeutige politische Kriegsziele und eindeutig identifizierbare Motive für die Gewalteskalation. Der außenstehende Beobachter gewinnt nur zu oft den Eindruck "chaotischer" (Kriegs-)Zustände: ursprünglich einheitliche bewaffnete Gruppierungen spalten sich im Kriegsverlauf in diverse, sich auch unter einander bekämpfende Fraktionen auf, "warlords" sorgen aus persönlichem Profit- und Machtstreben mit ihrem Interesse an der Aufrechterhaltung von Kriegsökonomien für die quasi unendliche Verlängerung des Krieges, die staatlichen Sicherheitskräfte stehen offensichtlich häufig nicht vollständig unter der Kontrolle einer zivilen Regierung, sondern führen gleichsam auf eigene Rechnung Krieg, Regierungen mißbrauchen ihre Sicherheitskräfte zu verbrecherischer Kriegführung – oder staatliche Strukturen zerfallen im Kriegsverlauf. Angesichts sich zuspitzender kriegsursächlicher Probleme wie ökonomischer Krisen, sozialer Desintegration, ökologischer Degradation und Staatszerfall in vielen Ländern des Südens und angesichts fehlender globaler, regionaler und nationaler Strukturen, Regime und Regelungsmechanismen, in denen diese Probleme und die sich daraus ergebenden Konflikte nicht-gewaltförmig bearbeitet, kanalisiert und geregelt werden können, ist die Gefahr einer weiteren Zunahme solcherart „chaotischer“ Kriege und Gewaltkonflikte groß.

Es hat den Anschein, als wenn nun auch die Region des Südpazifik zusehends von diesen kriegsursächlichen Problemen und damit (der Gefahr) von Krieg erfaßt wird – und somit eine Region, die bis heute seit dem Zweiten Weltkrieg von größeren Gewaltkonflikten verschont geblieben ist. Allerdings wurde fast völlig unbeachtet von der Weltöffentlichkeit bereits seit den 60er Jahren in *West Papua/Irian Jaya* ein erbitterter Dschungelkrieg (mehr oder minder) niedriger Intensität zwischen den indonesischen Streitkräften und verschiedenen Fraktionen der OPM (Organisasi Papua Merdeka – Organisation Freies Papua), die für die Unabhängigkeit West Papuas streiten, geführt. Gerade in 2000 hat dieser Konflikt – nicht zuletzt beeinflusst durch die Ereignisse des Vorjahres in Ost-Timor – eine neue Intensität und eine neue Qualität gewonnen: Zusätzlich zur OPM sind auf seiten der Unabhängigkeitsbefürworter neue Akteure auf den Plan getreten, die für das Ziel der Eigenstaatlichkeit West Papuas mit neuen Methoden und Strategien und offensichtlich auch mit mehr Rückhalt in der Bevölkerung kämpfen. Die bisherigen Reaktionen der indonesischen Regierung und der indonesischen Streitkräfte auf diese Bewegung geben zur Befürchtung Anlaß, daß sich „Ost-Timor“ in noch größerem Maßstab

wiederholen könnte. Zum Jahresende 2000 ist es zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen indonesischem Militär und Unabhängigkeitsbefürwortern gekommen, die für die nahe Zukunft jedenfalls Schlimmes ahnen lassen.

Während im Falle West Papuas eine Eskalation der Gewalt befürchtet werden muß, konnte der zweite langwierige Krieg in der Region 1998 beendet und in einen bisher relativ stabilen Prozeß der Friedenskonsolidierung überführt werden. Auf der staatsrechtlich (noch) zu Papua-Neuguinea (PNG) gehörenden Insel *Bougainville* hatten sich fast ein Jahrzehnt lang, ebenfalls weitgehend unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit, die secessionistische *Bougainville Revolutionary Army (BRA)* und die Regierungstruppen PNG's bekriegt. Gegenwärtig wird an einer dauerhaften Friedensregelung für *Bougainville*, an Wiederaufbau und Versöhnung gearbeitet. Gleichwohl besteht die Gefahr des Rückfalls in gewaltsamen Konfliktaustrag.

Neu auf der Landkarte der Gewaltkonflikte erschienen im pazifischen Raum 1999 die Salomonen und im Jahr 2000 Fiji. Der Krieg auf den *Salomonen* zwischen dem guadalcanalesischen *Isatabu Freedom Movement (IFM)*, der malaitanischen *Malaita Eagle Force (MEF)* und den staatlichen Sicherheitskräften eskalierte nach einem Coup im Juni 2000 massiv. Er konnte zwar durch Abschluß eines Friedensabkommens im Oktober desselben Jahres eingeehrt werden, doch ist zu Anfang 2001 ungewiß, ob tatsächlich mit Aussicht auf Erfolg die Friedenskonsolidierung eingeleitet werden kann oder ob der Krieg wieder aufflammt. Im Vergleich zu West Papua, *Bougainville* und den Salomonen ist *Fiji* bisher, was Dauer und Intensität des gewaltsamen Konfliktaustrags anbelangt, glimpflich davongekommen. Der Putschversuch vom Mai 2000 und die Meuterei einer Eliteeinheit der fijianischen Streitkräfte vom November desselben Jahres forderten relativ wenig Opfer. Gleichwohl offenbarten sie tiefe, gewaltträchtige Konflikte in der fijianischen Gesellschaft; eine künftige Eskalation der Gewalt auf höherer Stufenleiter ist nicht auszuschließen. Im Falle Fiji geht es mithin nicht allein um Friedenskonsolidierung nach den Gewalterruptionen von Putsch und Meuterei, sondern mehr noch um Gewaltprävention.

Skeptische Beobachter meinen, daß „Salomonen 2000“ und „Fiji 2000“ Vorbote für ähnliche Gewaltkonflikte in anderen südpazifischen Inselstaaten sind. In der Tat finden sich mancherorts in der Region vergleichbare Konfliktpotentiale und Konfliktkonstellationen, die für die Zukunft Gewaltkonflikte möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich, machen. Vanuatu, Tonga, Samoa und nicht zuletzt die französischen Kolonien im Südpazifik, allen voran Neukaledonien/Kanaky, müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Doch soll damit nicht einem geschichtsdeterministischen Fatalismus das Wort geredet werden, etwa in dem Sinne: Da es in diesen Ländern gewaltträchtige Konfliktpotentiale und –konstellationen gibt, wird es dort notwendigerweise auch zu Gewaltkonflikten kommen. Vielmehr geht es darum, durch frühzeitiges Erkennen und Analysieren gewaltträchtiger Konflikte einerseits, durch Identifikation der Faktoren und Akteure, die einer gewaltsamen Konflikteskalation entgegenstehen bzw. entgegenarbeiten (können) andererseits, Optionen zur gewalt- und krisenpräventiven Bearbeitung dieser Konflikte zu eröffnen. Es ist Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Der Begriff der Prävention ist dabei zu differenzieren. In der Friedens- und Konfliktforschung hat sich mittlerweile die Unterscheidung von verschiedenen Formen und Phasen von Prävention durchgesetzt. Der Friedensforscher Volker Matthies faßt den Erkenntnisstand folgendermaßen zusammen: Längerfristig wirksame *strukturorientierte Prävention*, die auch als Generalprävention bezeichnet werden kann, zielt auf die gewaltsamen Konfliktaustrag ursächlich zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen, die es so zu verändern gilt, daß sie nicht mehr zu Gewaltkonflikten führen, sondern friedliche Konfliktbearbeitung ermöglichen. Hier geht es also um den Abbau von Krisen- und Gewaltursachen durch globale Strukturpolitik, Demokratisierung, die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Menschen-

rechten und guter Regierungsführung, die Implementierung von Mechanismen ziviler Konfliktbearbeitung und die Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure und Strukturen. Mittel- und kurzfristig ausgerichtete *prozeßorientierte Prävention* hingegen zielt – gleichsam als Spezialprävention - darauf ab, gewaltträchtige Eskalationsprozesse abzublocken und zu unterbinden sowie auf gewaltbereite und –fähige Akteure so einzuwirken, daß sie sich nicht-gewaltförmiger Konfliktbearbeitung zuwenden. Präventive Diplomatie, Vermittlung zwischen Konfliktparteien, positive Anreize und negative Sanktionen, Stärkung von lokalen Friedensallianzen, Schutz für gefährdete Personengruppen, Wahlbeobachtung und Wahlprozeßbegleitung gehören zum Instrumentarium prozeßorientierter Prävention. - Schließlich ist zu unterscheiden zwischen *prä-konfliktiver primärer Prävention* und gleichsam *nachholender post-konfliktiver Prävention*. Während es bei ersterer darum geht, Konflikte gar nicht erst gewalt- sam eskalieren zu lassen (weswegen man auch von *Prävention im engeren oder eigentlichen Sinne* sprechen kann), geht es bei letzterer darum, in Nachkriegssituationen ein Wiederauf- flammen gewaltsamen Konfliktaustrags zu verhindern (Prävention im weiteren Sinne). In Nachkriegssituationen ist in erster Linie „*post-conflict peace building*“ oder *Friedenskonsolidierung* durch Wiederaufbau, Rehabilitation und Versöhnung vonnöten. Diese Krisennach- sorge weist aber auch Aspekte von Krisenprävention auf, sind doch Nachkriegssituationen in der Regel besonders prekär, können leicht wieder in Gewalt umkippen. Friedenskonsolidie- rung, die das zu verhindern sucht, ist bereits wieder Krisenprävention. Es gibt also eine enge Verbindung von Krisenprävention und Friedenskonsolidierung.

In erster Linie sind Krisenprävention, Kriegsverhütung und zivile Konfliktbearbeitung selbstverständlich stets die Aufgabe der unmittelbar in die Konflikte involvierten Akteure. Frieden kann nicht von außen gebracht werden. Doch kann auch externe Unterstützung sinn- voll und notwendig sein, und in diesem Zusammenhang sind auch *Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit* gefordert. Die innerstaatlichen Kriege im Süden haben nämlich gravierende negative Auswirkungen auf die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung. Das, was in Friedenszeiten mühsam aufgebaut wurde, wird in den Gewaltkonflikten wieder zerstört. Ganze Volkswirtschaften brechen zusammen, soziale Netzwerke werden zerrissen, staatliche Verwaltungen kollabieren, Natur und Umwelt werden dauerhaft geschädigt – und nicht zuletzt werden Menschen, die Träger und Adressaten von Entwicklung, in großer Zahl nachhaltig physisch und psychisch verletzt, wenn nicht gar getötet. Die Mittel der Entwicklungszusam- menarbeit mußten in letzter Zeit immer häufiger und umfassender zur Behebung der von Krie- gen und Gewaltkonflikten angerichteten Zerstörungen und Schäden eingesetzt werden und wurden dadurch ihrem „eigentlichen“ Zweck entfremdet. Gewaltkonflikte und Kriege sind mithin zentrale Hemmnisse für nachhaltige Entwicklung. Entwicklung braucht Frieden - und Frieden braucht Entwicklung.

In der Erkenntnis dieses Zusammenhangs haben sich Entwicklungspolitik (EP) und Ent- wicklungszusammenarbeit (EZ) in jüngster Zeit den Aufgaben ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention verstärkt zugewendet. Weil Gewaltkonflikte ein wesentliches Hindernis für nachhaltige Entwicklung sind, müssen EP und EZ zielgerichtet krisen- und gewaltpräventiv tätig werden – und sie *können* auch in besonderer Weise krisen- und gewaltpräventiv tätig werden: Zentrale Bereiche von EZ wie Armutsbekämpfung und Abbau sozialer Ungleichheit bzw. Beförderung sozialer Gerechtigkeit sowie Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen richten sich ohnehin auf die Bewältigung von wesentlichen Gewalt- und Kriegsursachen, sind mithin der strukturorientierten Gewalt- und Krisenprävention zuzurechnen (können aber, da Entwicklungsprozesse auch immer konfliktive Prozesse sind, ihrerseits konfliktverschärfend wirken und daher zusätzlich prozeßorientierte Präventionsanstrengungen erforderlich machen). Auf dem Feld der eher mittel- und kurzfristigen prozeßorientierten Krisenprävention können EP und EZ ihren Beitrag leisten, etwa durch Förderung von Mechanismen und Verfahren zi- viler Konfliktbearbeitung oder durch demokratie- und menschenrechtsfördernde Projekte, Friedenserziehung und Versöhnungsarbeit.

Es wird künftig darum gehen, EZ und EP gleichsam in der Perspektive struktur- und prozessorientierter gewalt- und krisenpräventiver Arbeit zu betreiben, also etwa Projekte aus dem Blickwinkel ihrer präventiven Bedeutung in Konfliktkonstellationen zu bewerten und zu konzipieren (und sich andererseits Rechenschaft abzulegen über eventuelle konfliktverschärfende oder gar gewalteskalierende Effekte von EZ-Maßnahmen - und diese zu vermeiden). Eine stärker als bisher politisch sensibilisierte, die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen von Entwicklungsprozessen reflektierende, EZ in ihrer Gesamtheit (und im Kontext einer kohärenten Gesamtpolitik) kann und muß so zum Mittel Ziviler Konfliktbearbeitung werden. Darüber hinaus können selbstverständlich auch direkt auf Gewalt- und Krisenprävention abzielende Maßnahmen in sich anbahnenden oder akuten Krisensituationen sinnvoll sein. Die Entsendung von *Friedensfachkräften* im Rahmen des *Zivilen Friedensdienstes* kann eine solche Maßnahme sein. Sie muß allerdings wohl überlegt und begründet sein; es müssen gleichsam die „Nischen“ identifiziert werden, in denen tatsächlich die externe Unterstützung von krisenpräventiven Bemühungen und der entsprechenden Akteure vor Ort in Gestalt von Friedensfachkräften einen anders nicht zu erbringenden Beitrag zu diesen Bemühungen leistet. Friedensfachkräfte können – ebenso wie andere externe Hilfsmaßnahmen - örtliche „Friedensallianzen“ unterstützen bzw. „local capacities for peace“ stärken. Friedensfachkräfte mit einer „Grundausbildung“ in ziviler Konfliktbearbeitung, speziellen beruflichen Kenntnissen und Erfahrungen und mit spezifischen (Zusatz-)Qualifikationen etwa in Friedenserziehung, Versöhnungs-, Trauma- oder Jugendarbeit können in Krisenlagen auch in Ländern des Südens besondere Leistungen erbringen, für die vor Ort die nötige Expertise fehlt – wenn die Partner vor Ort dies wollen und nachfragen.

Die vorliegende Studie lotet gewaltträchtige Konfliktpotentiale im Südpazifik aus, analysiert laufende oder abgeschlossene Gewaltkonflikte und Friedenskonsolidierungsprozesse, eruiert Möglichkeiten und Ansatzpunkte für zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention und prüft in diesem Zusammenhang Einsatzmöglichkeiten für Friedensfachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes. Dabei beschränkt sie sich auf die Fälle PNG/Bougainville, Salomonen, Fiji und Vanuatu. Für diese Auswahl sprachen inhaltliche und pragmatische Gründe. Nachdem hier der nach dem Zweiten Weltkrieg bisher längste und blutigste Gewaltkonflikt in der südpazifischen Region ausgetragen wurde, befindet sich *Bougainville* gegenwärtig in der Phase der Friedenskonsolidierung. Diese gestaltet sich kompliziert und langwierig, bisher aber auch erfolgversprechend. Externe Unterstützung, auch in Form von Friedensfachkräften, kann den Friedensprozeß stabilisieren und neuerlichem gewaltsamem Konfliktaustrag vorbeugen. Die *Salomonen* befinden sich im Übergang vom Krieg zum Nachkrieg, hier stehen friedenskonsolidierende Maßnahmen, die zugleich auch präventive Bedeutung haben, ganz am Anfang. In *Fiji* geht es darum, in der durch Putsch und Meuterei hervorgerufenen akuten Krisensituation Gewaltkonflikten in größerem Maßstab vorzubeugen. In *Vanuatu* schließlich haben wir es weder mit einem akutem Gewaltkonflikt oder einer akuten gewaltträchtigen Krise noch mit Friedenskonsolidierung in einer Nachkriegssituation zu tun, sondern mit einer relativ stabilen Lage, die gleichwohl das Potential zu gewaltsamem Konfliktaustrag in der Zukunft birgt; hier geht es mithin um primäre Krisenprävention im eigentlichen Sinne. An Stelle Vanuatus hätten auch Tonga oder Neukaledonien unter diesem Gesichtspunkt untersucht werden können. Daß West Papua nicht zu den untersuchten Fällen gehört, ist einzig pragmatischen Überlegungen, die mit Reisemöglichkeiten und Arbeitsaufwand zusammenhängen, geschuldet. Die Notwendigkeit, auch und gerade West Papua in Programme von ziviler Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensdienst einzubeziehen, sei an dieser Stelle aber ausdrücklich unterstrichen.

1. Bougainville/Papua-Neuguinea

1.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung

Im Falle Bougainville/Papua-Neuguinea handelt es sich um eine post-conflict Situation, in der es um nachhaltige Friedenskonsolidierung geht. Maßnahmen im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes sollten dazu beitragen, die Lage zu stabilisieren und der Gefahr einer neuerlichen gewaltsamen Konflikteskalation vorzubeugen. In diesem Sinne ist Friedenskonsolidierung auf Bougainville zugleich Krisenprävention. Angesichts eines tragfähigen, bereits mehrere Jahre haltenden Waffenstillstands und dem erklärten Willen aller Konfliktparteien zu einer friedlichen Konfliktregelung sind die Erfolgsaussichten für Zivile Konfliktbearbeitung einerseits gut. Andererseits machen die nach wie vor ungelösten Probleme im politischen ebenso wie im ökonomischen, sozialen und psychosozialen Bereich solche Zivile Konfliktbearbeitung weiterhin notwendig.

Für Maßnahmen Ziviler Konfliktbearbeitung im allgemeinen und die Entsendung von Friedensfachkräften im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes im besonderen bietet sich prioritär das Feld der Reintegration jugendlicher Ex-Kombattanten an. Denn diese (ehemaligen) jugendlichen Kämpfer bilden zum einen eine Problemgruppe, die das Potential besitzt, den Friedensprozeß erheblich zu stören, wenn nicht gar zum Scheitern zu bringen; zum anderen bedürfen diese Jugendlichen besonderer Unterstützung bei (dem Nachholen von) schulischer und beruflicher Ausbildung und der Entwicklung von Zukunftsperspektiven im weiteren (beruflichen) Leben.

Ein anderes wichtiges Feld kann die psychologische Betreuung von Frauen sein, die während des Krieges in verschiedener Weise zu Opfern geworden sind, sei es, daß sie Ehemänner, Kinder oder andere Verwandte verloren haben, sei es, daß sie selber körperliche und seelische Gewalt und Vergewaltigungen erleiden mußten. Für die große Zahl kriegstraumatisierter Frauen sind besondere psychosoziale Unterstützungsangebote vonnöten.

Auf Bougainville sind bereits eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen aktiv, die sich um Friedenskonsolidierung bemühen. Die Notwendigkeit spezieller Projekte für jugendliche Ex-Kombattanten und kriegstraumatisierte Frauen wird durchaus gesehen. Doch bisher fehlten hierfür ausreichend Mittel und Expertise. Es scheint daher sinnvoll, Partnerorganisationen über die mit dem Zivilen Friedensdienst gegebenen Möglichkeiten zu informieren und sie zu ermuntern, Friedensfachkräfte mit speziellen Kenntnissen und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Re-Integration von jugendlichen Ex-Kombattanten und des „trauma counselling“ anzufordern.

1.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts

Die gebirgige, mit tropischem Regenwald bedeckte Insel Bougainville im Südpazifik gehört geographisch zu den Salomonen-Inseln. Mit rund 8.800 Quadratkilometern (das entspricht etwa der Größe Zyperns) ist sie die größte Insel dieses Archipels. Staatsrechtlich gehört sie allerdings zum 1975 unabhängig gewordenen Papua-Neuguinea (PNG). Als "North Solomons Province" bildet sie zusammen mit der nördlich benachbarten Insel Buka und einigen kleineren Atollen eine der 19 Provinzen des Landes. Ein Jahrzehnt lang - von 1988 bis 1998 - hatten die rund 180.000 BewohnerInnen Bougainvilles unter einem Dschungelkrieg zu leiden, der als der bisher blutigste und längste Gewaltkonflikt im Südpazifik nach dem Zweiten Weltkrieg gilt. Ihm sollen rund 15.000 Menschen zum Opfer gefallen sein. Es bekämpften sich im wesentlichen die secessionistische "Bougainville Revolutionary Army" auf der einen Seite und die Streitkräfte der Zentralregierung PNG's, die Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF), unterstützt von lokalen bougainvilleanschen Hilfstruppen, den sog. Resistance Forces, auf der anderen Seite. Entzündet hatten sich die Auseinandersetzungen Ende der 80er Jahre am Streit

um eine der seinerzeit größten Tagebauminen der Welt, die Panguna-Kupfermine. Die Mine wurde seit ihrer Eröffnung 1972 vom australischen Bergbaukonzern CRA (Conzinc Riotinto of Australia, damals noch Tochter des britischen Bergbaugiganten Riotinto Zinc (RTZ), heute mit diesem verschmolzen zu Rio Tinto) betrieben. In den 70er und 80er Jahren bildete sie das Rückgrat der Volkswirtschaft PNG's. Der Minenbetrieb verursachte im Laufe der Jahre erhebliche ökologische Zerstörungen und gefährdete deswegen die materielle Existenzgrundlage und die traditionale Lebensweise der Bevölkerung im Minengebiet. Nachdem Forderungen der lokalen landbesitzenden Clans nach Kompensationen für die Umweltzerstörungen und nach Umweltschutzaufgaben für die Mine, die ohne jegliche Umweltschutzmaßnahmen betrieben wurde, von seiten des Bergbaukonzerns und der Zentralregierung abgelehnt worden waren, legten junge Einheimische seit dem November 1988 den Minenbetrieb durch Sabotageaktionen still.

Da diesen Protestaktionen mit polizeilichen Mitteln nicht wirksam begegnet werden konnte, entsandte die Zentralregierung im März 1989 Militär auf die Insel. Mitglieder der Clans aus dem Minengebiet bildeten daraufhin die Bougainville Revolutionary Army (BRA). Der Konflikt um die Mine eskalierte so zum Krieg, der ausgehend von der Region um Panguna in Zentralbougainville alsbald die gesamte Insel erfaßte. Die BRA griff Sezessionsforderungen, die bereits in den 60er und 70er Jahren erhoben worden waren, wieder auf und forderte die politische Unabhängigkeit für Bougainville.

Im folgenden Jahrzehnt wurde auf der Insel weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit ein grausamer Dschungelkrieg ausgetragen. Die Hauptleidtragenden waren – wie in allen Kriegen heutzutage – ZivilistInnen. Zeitweise mußte weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ihre Wohnorte verlassen; die Menschen mußten entweder als Vertriebene oder Flüchtlinge im Dschungel oder in sog. Care centres (Lager unter Aufsicht der Regierungstruppen) Zuflucht suchen; einige Tausend gingen auch auf die benachbarten Salomonen. Die Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung und insbesondere das Erziehungs- und Gesundheitswesen brachen zusammen. In Städten und größeren Ortschaften wurde die Mehrzahl der Gebäude zerstört; ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die Kriegführung war begleitet von massiven Menschenrechtsverletzungen: Willkürliche Verhaftungen, Folter, Mord und „Verschwindenlassen“ waren ebenso an der Tagesordnung wie Vertreibungen, Massaker, Vergewaltigungen und andere Übergriffe gegen Frauen und Kinder.

Nicht zuletzt wegen des brutalen Vorgehens der Regierungstruppen gegen die Zivilbevölkerung konnte die BRA in der ersten Phase des Krieges viele InselbewohnerInnen auf ihre Seite ziehen und immer mehr junge Männer rekrutieren. Mit ihrer Guerillakriegführung gelang es der BRA, gegen die personell und materiell überlegenen PNGDF, die von Australien ausgerüstet und ausgebildet und zeitweise von australischen „Militärberatern“ unterstützt wurden, militärische Erfolge zu erzielen. Im März 1990 mußten sich die Regierungstruppen nach einem Waffenstillstand sogar völlig von der Insel zurückziehen. Daraufhin verhängte die Zentralregierung eine totale Blockade über Bougainville, an deren Auswirkungen – insbesondere dem Zusammenbruch der medizinischen Versorgung – in den folgenden Jahren Tausende InselbewohnerInnen starben. Als Reaktion auf die Blockade proklamierte die BRA im Mai 1990 einseitig die Unabhängigkeit der "Republik Bougainville“ und etablierte eine eigene Regierung, das Bougainville Interim Government (BIG).

Seit 1992 eroberten die PNGDF nach und nach Teile der Insel, insbesondere Küstengebiete und die wenigen Städte, zurück. Dabei wurden sie von einheimischen Kräften, den sog. Resistance Forces, unterstützt. Diese hatten sich während der Zeit der uneingeschränkten BRA-Kontrolle aus Dorfschutzgruppen gebildet, da sich die BRA zum einen als unfähig erwiesen hatte, überall und jederzeit Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, und da sich zum anderen einzelne BRA-Einheiten als undiszipliniert erwiesen hatten und sich ihrerseits Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und Menschenrechtsverletzungen hatten zuschulden kommen lassen. Ausgerüstet und unterstützt von den PNGDF trugen fortan die Resistance Forces die

Hauptlast des Krieges gegen die BRA, der damit seinen Charakter zum Teil wandelte: Vom Krieg „der“ Bougainvilleans gegen die „fremden“ Regierungstruppen wurde er auch zu einem Krieg der Bougainvilleans untereinander - was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß sich die Bevölkerung der Insel auf 18 verschiedene ethnolinguistische Gruppen aufteilt. Nunmehr wurden auch traditionale Konflikte zwischen verschiedenen Clans, die sich entweder der BRA oder der Resistance anschlossen, gleichsam unter dem Dach des „großen“ Krieges gewaltsam ausgetragen, was zur „Ausfransung“ des Kriegsgeschehens beitrug. Nicht selten wechselten einzelne BRA- oder Resistance-Einheiten die Fronten. Die BRA konnte im wesentlichen ihr Kernland im Zentrum der Insel um die Panguna-Mine und im Süden behaupten, während PNGDF und Resistance vor allem den Norden, den östlichen Küstenstreifen und die Nachbarinsel Buka weitgehend kontrollierten.

Mehrere Versuche zur Kriegsbeendigung durch eine Verhandlungslösung scheiterten zwischen 1990 und 1997. Zugleich gelang es keiner Seite, einen entscheidenden militärischen Durchbruch zu erzielen. Im Sommer 1996 brach die letzte groß angelegte Offensive der PNGDF nach einigen Wochen zusammen. Im Frühjahr 1997 scheiterte der Versuch des damaligen Premierministers Chan, durch den Einsatz einer britisch-südafrikanischen Söldnertruppe, die von den Söldnerfirmen Sandline International und Executive Outcomes gestellt wurde, die Panguna-Mine zurückzuerobern und die BRA zu zerschlagen: Großdemonstrationen in der Hauptstadt Port Moresby gegen die Söldner, an denen sich auch viele PNGDF-Soldaten beteiligten, und die Weigerung der PNGDF-Führung, mit den Söldnern zu kooperieren, zwangen Chan zum Rücktritt und die Söldner außer Landes. Seither schleppte sich der Krieg auf niedrigem Niveau fort. Die nach den Neuwahlen vom Juni 1997 gebildete Regierung des Premierministers Bill Skate sah keine Perspektive mehr in der Fortsetzung des Krieges und erklärte sich zu Verhandlungen bereit. Hierzu trug sicher die veränderte australische Haltung bei: Canberra hatte durch seine massive militärische Unterstützung der PNGDF die Zentralregierung überhaupt erst befähigt, den Krieg so lange durchzuhalten; nun aber setzte sich hier die Erkenntnis durch, daß eine "militärische Lösung" des Konflikts nicht zu erzwingen sei. Auf der anderen Seite konnte auch die BRA nicht mit einem eindeutigen militärischen Sieg rechnen. In der Bevölkerung Bougainvilles waren überdies nach nahezu einem Jahrzehnt der Entbehrungen und des Blutvergießens Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung ebenso weit verbreitet wie der Wunsch nach Frieden und Rückkehr zur Normalität.

Diese Lage führte dazu, daß im Sommer 1997 ein „ripe moment“ für die Kriegsbeendigung im Sinne einer Pattsituation entstanden war, in der sich keine Seite von der Fortführung des Krieges etwas versprechen konnte.

1.3 Waffenstillstand und Friedensprozeß

1.3.1 Die politische Entwicklung bis zum Waffenstillstand im April 1998

Auf Vermittlung der neuseeländischen Regierung kam es seit Juni 1997 zu einer Reihe von Gesprächen und Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, d.h. der BRA und dem BIG auf der einen Seite, der Zentralregierung, den Resistance Forces und dem BTG (Bougainville Transitional Government – das war die 1995 etablierte, mit der Zentralregierung kooperierende Provinzregierung Bougainvilles mit Sitz im PNGDF-kontrollierten Buka) auf der anderen. Hinzugezogen wurden zudem RepräsentantInnen anderer gesellschaftlicher Kräfte aus Bougainville, die in gewissem Sinne eine „dritte“ Seite bildeten und der Kriegsmüdigkeit und dem Friedensverlangen der „Basis“ Ausdruck verleihen konnten. Diese „dritte“ Seite setzte sich zusammen aus modernen zivilgesellschaftlichen Akteuren – Nicht-regierungsorganisationen, vor allem Kirchen- und Frauengruppen – sowie vormodernen traditionellen Akteuren – Clannälteste, chiefs - , die bei den Konfliktparteien Autorität genossen bzw. deren Auffassungen man berücksichtigen mußte, wenn man sich nicht von der „Basis“ isolieren wollte. Das Drän-

gen dieser Kräfte auf die Einleitung eines Friedensprozesses ist für den Erfolg der Gespräche von großer Bedeutung gewesen. Die Verhandlungen mündeten im Oktober 1997 in eine Waffenruhe, den sog. Burnham Truce (so benannt nach dem Verhandlungsort Burnham, einer Basis der neuseeländischen Streitkräfte). Diese Waffenruhe war zunächst auf 90 Tage begrenzt; sie wurde von einer neutralen internationalen Beobachtergruppe überwacht. Dieser „Truce Monitoring Group“ (TMG) gehörte unbewaffnetes männliches und weibliches Zivil- und Militärpersonal aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu an.

Die Erklärung zum „Burnham Truce“ wurde nicht allein von den politischen und militärischen Spitzen der Konfliktparteien, sondern auch von VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Kirchenleuten, Clanältesten sowie insbesondere den lokalen Kommandeuren der BRA und der Resistance unterzeichnet. Das erhöhte ihre Verbindlichkeit und Implementierbarkeit. Denn in einer Lage, in der das Kriegsgeschehen stark „ausgefranst“ ist, in der also die formalen politischen und militärischen Führungen oftmals gar nicht die faktische Kontrolle über "ihre“ Einheiten haben, sind Vereinbarungen lediglich zwischen den "Spitzen" nur von zweifelhaftem Wert. Durch ihre Unterschrift unter das Vertragswerk wurden auch die subalternen Kommandeure stärker eingebunden und in die Pflicht genommen; und auch die modernen und traditionellen zivilgesellschaftlichen Akteure hatten Mitverantwortung für die Einhaltung der Waffenruhe und die Stabilisierung der Situation übernommen.

Im Gefolge des „Burnham Truce“ kam es vielerorts auf Bougainville zu lokalen Versöhnungs- und Friedenszeremonien zwischen den verfeindeten Seiten; in einer „peace awareness campaign“ gingen die TeilnehmerInnen der Burnham-Gespräche und die Mitglieder der TMG in die Dörfer und erläuterten den Menschen die Verhandlungsergebnisse. Mancherorts wurden lokale „Friedenskomitees“ gebildet. Die Blockade der BRA-kontrollierten Gebiete wurde – wie in Burnham vereinbart – nach Jahren aufgehoben. Theoretisch bestand für alle BewohnerInnen wieder uneingeschränkte Bewegungsfreiheit auf der Insel. Viele der zu dieser Zeit noch ca. 50.000 in care centres lebenden Menschen begannen, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Die Waffenruhe wurde von allen Seiten eingehalten.

Im Januar 1998 wurde in der Lincoln-Universität in Christchurch, Neuseeland, von den Konfliktparteien das „Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville“ ausgehandelt und unterzeichnet. Es legte das Fundament für den weiteren Friedensprozeß. Das Abkommen sah die Überführung der Waffenruhe in einen dauerhaften formalen Waffenstillstand vor, dessen Einhaltung von einer internationalen Friedenstruppe in Nachfolge der TMG überwacht werden sollte. Die PNGDF sollten phasenweise von der Insel abgezogen und durch bougainvilleansche Polizeikräfte unter ziviler Kontrolle substituiert werden; parallel dazu sollten BRA und Resistance ihre Waffen niederlegen, ihre Kämpfer sollten demobilisiert und zum Teil in die neu aufzubauende Polizei integriert werden. Die Vereinten Nationen sollten eine Beobachtermission nach Bougainville entsenden. Innerhalb eines Jahres sollten auf der Insel freie Wahlen zu einer „Regierung der Versöhnung“ stattfinden, die BIG einerseits und BTG andererseits ablösen sollte. Noch in der ersten Jahreshälfte 1998 wollte man sich zu einer weiteren Verhandlungsrunde treffen, bei der es dann auch um den künftigen politischen Status der Insel gehen sollte. Diese heikle Frage wurde in der Lincoln University ebenso ausgeklammert wie die Frage der Zukunft der Panguna-Mine, mithin die entscheidenden Stolpersteine für eine dauerhafte friedliche Konfliktlösung. Gerade weil diese zentralen Fragen vorerst ausgeklammert wurden, konnten die Verhandlungen mit einem Abkommen erfolgreich abgeschlossen werden. Seine zukunftsweisende Bedeutung liegt darin, daß sich alle Seiten zum einen im Prinzip auf eine Entmilitarisierung des Konflikts einigten (Waffenstillstand, Abzug bzw. Demobilisierung der bewaffneten Kräfte und (Wieder-)Aufbau einer Polizei unter ziviler Kontrolle), und daß man zum anderen ein Verfahren für den weiteren politischen Austrag des Konflikts festlegte: Verhandlungen, demokratische Wahlen, Bildung einer Versöhnungsregierung. Auch wenn dieses ehrgeizige Programm zur Friedenskonsolidierung bis heute noch nicht in

allen Punkten umgesetzt werden konnte, so stellte das Lincoln Agreement doch die Weichen für den folgenden Prozeß des post-conflict peace building.

Wie in der Lincoln University vereinbart, wurde am 30. April 1998 die Waffenruhe in einen offiziellen Waffenstillstand überführt. Das an diesem Tage in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnete Abkommen verfügt einen „permanenten und unwiderruflichen“ Waffenstillstand. Es konstituiert ein Peace Process Consultative Committee (PPCC), dem alle Vertragsparteien angehören und das verantwortlich ist für die Umsetzung des Waffenstillstands und die Fortführung des Friedensprozesses. Ihm kommt vor allem die heikle Aufgabe zu, Pläne für Entwaffnung und Demobilisierung der Konfliktparteien und den Abzug der PNGDF auszuarbeiten. Die TMG wurde durch eine Peace Monitoring Group (PMG) zur Überwachung des Waffenstillstands abgelöst. Sie ist ebenso zusammengesetzt wie die TMG, ihre Leitung ist allerdings von Neuseeland auf Australien übergegangen. Zusätzlich zur PMG wurde auch eine UN-Beobachtermission nach Bougainville eingeladen. Diese kleine (fünfköpfige) Mission nahm im August 1998 ihre Arbeit in der Inselhauptstadt Arawa auf.

Im Rahmen der Waffenstillstandszeremonie am 30. April 1998 erklärte der damalige militärische Führer der BRA, Sam Kauona: „Der Krieg ist vorbei“. In der Tat wurde der an jenem Tag vereinbarte Waffenstillstand bis heute (Anfang 2001) eingehalten. Insofern läßt sich von einem Ende des Bougainville-Krieges am 30. April 1998 sprechen. Gleichwohl zeigt die seitherige Entwicklung auf Bougainville einmal mehr, daß die Beendigung eines Krieges noch lange nicht Frieden bedeutet. Auch heute noch befindet sich Bougainville in einem Prozeß der Friedenskonsolidierung bzw. der Kriegsbeendigung, zu verstehen als ein komplexer und langwieriger Transformationsprozeß vom Krieg zum Frieden. Noch ist die Gefahr eines Wiederaufflammens gewaltsamen Konfliktaustrags nicht gebannt. Die Bemühungen um Friedenskonsolidierung sind daher gleichzeitig Bemühungen um Krisenprävention und Kriegsverhütung.

1.3.2 Fortschritte und Probleme auf der politischen Ebene

Mit der Proklamation des „permanenten und unwiderruflichen Waffenstillstands“ war die Chance zu einer friedlichen Lösung des Konflikts eröffnet. Gleichwohl zeigt die seitherige Entwicklung, daß der Weg zum Frieden mit zahlreichen Friktionen und Verzögerungen gepflastert ist.

Auf seiten der Bougainvilleans kam es 1998/1999 zu wichtigen Vereinheitlichungsprozessen. Da es nicht – wie im Lincoln Agreement vereinbart – gelungen war, bis Jahresende 1998 eine „Regierung der Versöhnung“ zu bilden, entschlossen sich BIG/BRA, BTG und andere Ende Dezember, übergangsweise eine „Bougainville Constituent Assembly“ (BCA) zu schaffen, die vornehmlich Wahlen zu einer „Regierung der Versöhnung“ vorbereiten sollte. Zu richtigen Bougainville-weiten Wahlen kam es wegen Vorbehalten und Nichtbeteiligung verschiedener Gruppierungen (s.u.) dann doch nicht. Gleichwohl konnte Ende Mai 1999 der Bougainville People's Congress (BPC) konstituiert werden, der als repräsentativ für die Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles gelten darf. In ihm sind sowohl in verschiedenen Regionen der Insel gewählte (elected) als auch von Dorfältesten ausgewählte (selected) sowie schließlich von den verschiedenen Strömungen und gesellschaftlichen Gruppen ernannte (appointed) Abgeordnete vertreten. Insbesondere fanden sich im BPC endlich BRA/BIG einerseits und BTG/Resistance Forces andererseits zusammen, so daß die schmerzlichste Spaltung der Kriegszeit überwunden werden konnte. Zudem sind auch VertreterInnen von Kirchen- und Frauengruppen und anderen NGO's im BPC präsent. Zu seinem Präsidenten wurde mit 77 von 87 Stimmen Joseph Kabui, politischer Führer der BRA und ehemaliger Vize-Präsident des BIG, gewählt. Er nahm in den 29 Mitglieder umfassenden „Congressional Executive Council“ (CEC), die „Regierung“ des BPC, VertreterInnen aller im BPC präsenten Strömungen, Regionen und gesellschaftlichen Gruppen auf. Kabui und der CEC wurden autorisiert, mit der Zentralregierung PNG's über eine politische Lösung des Bougainville-Konflikts zu verhandeln.

Als Leitlinie hierfür legte der BPC fest: weitestgehende Autonomie als Übergangslösung und Unabhängigkeit als Ziel.

Allerdings blieben einige relevante Kräfte dem BPC fern. Auf seiten der Sezessionisten hatte sich eine intransigente Fraktion von vornherein nicht am Friedensprozeß beteiligt - und tut dies bis heute nicht. Sie steht unter Führung von Francis Ona, einer bedeutenden Persönlichkeit der bougainvilleanschen Unabhängigkeitsbewegung. Er war es, der Ende der 80er Jahre den Widerstand gegen die Panguna-Mine initiierte und die BRA gründete. Bei Proklamation der einseitigen Unabhängigkeit der „Republik Bougainville“ im Mai 1990 wurde Ona zum Präsidenten ausgerufen. Er genießt nach wie vor hohes Ansehen in großen Teilen der Bevölkerung Bougainvilles. Ona und seine Gefolgsleute haben sich an den oben beschriebenen sowie den nachfolgenden Verhandlungen nicht beteiligt und auch den Waffenstillstand nicht unterzeichnet. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß es nach der Unabhängigkeitserklärung von 1990 nichts mehr zu verhandeln gebe, daß PNG nurmehr diese Unabhängigkeit anzuerkennen und seine Besatzungstruppen zurückzuziehen habe. Ona stützt sich auf eine Gruppe erfahrener Guerillakämpfer, die sich mittlerweile Mekamui Defence Force nennt (Mekamui ist ein lokaler Name für Bougainville). Diese Gruppe kontrolliert nach wie vor die Panguna-Mine und die umgebende Region in Zentralbougainville. Ona und seine Leute tolerieren bisher stillschweigend den Friedensprozeß und halten sich an den Waffenstillstand. Stets von neuem wiederholte Aufforderungen seitens ihrer ehemaligen Mitstreiter aus BIG und BRA sowie seitens der Zentralregierung, sich aktiv am Prozeß zu beteiligen, haben sie jedoch ausgeschlagen. Ihr Gebiet ist nach wie vor weder für die PMG und die UN-Beobachtermission noch für Repräsentanten der Zentralregierung oder auswärtige NGO's zugänglich (mit wenigen Ausnahmen). Das künftige Verhalten der Ona-Fraktion wird von den Resultaten des Friedensprozesses und der Stimmung in der Bevölkerung Bougainvilles abhängen.

Auch weitere, für den Friedensprozeß wichtige Gruppierungen standen zunächst abseits. Zu nennen ist vor allem John Momis, der Abgeordnete für Bougainville im Nationalparlament, einer der „großen alten Männer“ der Politik PNG's und Führer der Partei „Melanesian Alliance“. Er wurde seit 1975 immer wieder als Vertreter Bougainvilles in das Nationalparlament gewählt (so auch bei den letzten Wahlen 1997), was für seinen Rückhalt in der Bevölkerung spricht. Momis war zur Zeit des Beginns des Friedensprozesses einer der Führer der Opposition im Parlament. Zwar bemühte sich Premierminister Skate, Momis in den Prozeß einzubeziehen, doch da er weder zu BIG/BRA noch BTG/Resistance gehörte, blieben er und seine Anhänger in gewisser Weise ausgegrenzt. Um doch noch „ins Spiel“ zu kommen, verbündete sich Momis zum einen mit dem „Leitana Council of Elders“ (LCOE), einer Vertretung der Bevölkerung Bukas, die traditionell enge Verbindungen zur Zentralregierung hielt und den Unabhängigkeitsbestrebungen von BIG/BRA ablehnend gegenüberstand, weil man befürchtete, in einem unabhängigen Bougainville als die kleinere Insel von den Bougainvilleans dominiert zu werden. Zum anderen beschritt Momis den Rechtsweg, um in seine Funktion als Gouverneur Bougainvilles eingesetzt zu werden. Gemäß PNG-Verfassung nämlich ist der jeweilige Parlamentsabgeordnete einer Provinz automatisch als Gouverneur Chef der Provinzregierung. Diese Regelung war wegen der besonderen Verhältnisse auf Bougainville zeitweilig zugunsten des BTG ausgesetzt worden. Nach Auslaufen dieser Übergangsregelung zum Jahresende 1998 wollte Momis Gouverneur einer regulären Provinzregierung werden, was zwar der PNG-Verfassung, nicht aber den Vereinbarungen von Burnham und Lincoln entsprochen hätte. Deswegen verlängerte Premierminister Skate einfach eigenmächtig das Mandat des BTG, wogegen Momis klagte. Nach einem langwierigen Rechtsstreit erhielt er im November 1999 Recht und wurde Anfang Dezember 1999 zum Gouverneur ernannt. Damit war er tatsächlich wieder „im Spiel“, und die anderen Kräfte auf Bougainville mußten die Verständigung mit ihm suchen. Eine solche kam Ende Dezember 1999 zustande. Kabui und Momis einigten sich auf folgende Regelung: Momis wird als Gouverneur akzeptiert und kann eine Provinzregierung im Rahmen der Verfassung PNG's bilden, daneben bleibt der BPC bestehen und führt die Ver-

handlungen mit der Zentralregierung; als Verbindungsglied zwischen beiden Institutionen wird ein „Consultative Committee“ gebildet. Dieses Arrangement hat sich in der Folge bewährt. Eine neuerliche Spaltung konnte so verhindert werden; die Bougainvilleans traten fortan geschlossen der Zentralregierung gegenüber.

Diese hatte zwischenzeitlich gewechselt: Mitte Juli 1999 löste in Port Moresby nach einem Mißtrauensvotum eine neue Regierung unter Sir Mekere Morauta die Regierung Skate ab. Der neuen Regierung mußte eine gewisse Einarbeitungszeit eingeräumt werden, was die Fortführung des Friedensprozesses verzögerte. Im August wurde Sir Michael Somare, einstmals erster Premierminister PNG's nach der Unabhängigkeit, zum Minister für Bougainville-Angelegenheiten benannt und somit auf seiten der Zentralregierung mit der Leitung des Friedensprozesses betraut. Anfang Oktober 1999 bot er den Bougainvilleans „weitgehende Autonomie“ an und forderte sie auf, bis Weihnachten 1999 hierfür konkrete Vorschläge vorzulegen, die dann Grundlage für Verhandlungen mit der Zentralregierung sein sollten. Im Dezember 1999 präsentierten Kabui/Momis daraufhin als ihre gemeinsame Position: höchste Form der Autonomie für Bougainville und ein Referendum über die politische Zukunft der Insel.

Erst im März 2000 konnten weitere Fortschritte in den Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Bougainvilleans erzielt werden. Im sog. Loloata Understanding vom 23. März einigte man sich auf Autonomie für Bougainville im Rahmen der Verfassung PNG's und die Etablierung eines Bougainville Interim Provincial Government für die Übergangszeit bis zur Bildung einer gewählten Autonomieregierung. Zur Frage des Referendums hieß es, daß die Zentralregierung den Wunsch der Bougainville-Delegation nach einem solchen zur Kenntnis nehme und das hierüber weiter verhandelt werden solle, daß aber die Durchführung eines Referendums verschoben werden könne auf einen Zeitpunkt, nachdem die Autonomieregelung implementiert sei und angemessen bewertet werden könne.

Die neue Interimsprovinzregierung und eine Interims-Provinzverwaltung wurden bereits am 30. März 2000 eingesetzt. Chef der Interimsprovinzregierung (Bougainville Interim Provincial Government – BIPG) ist John Momis, sein Stellvertreter Gerald Sinato (ehemals Chef des BTG, zugleich Mitglied des BPC). Mit dem BPC verständigte man sich auf ein "informal arrangement" entlang der Vereinbarungen von Dezember 1999: Momis als Chef des BIPG und Kabui als Präsident des fortbestehenden BPC arbeiten seither eng zusammen und führen gemeinsam die Bougainville-Seite in den Verhandlungen mit der Zentralregierung.

Diese Verhandlungen kamen in den folgenden Monaten kaum voran. Als entscheidender Streitpunkt erwies sich immer mehr die Frage eines Referendums. Während die Bougainvilleans darauf bestanden, in einem überschaubaren Zeitraum ein Referendum über die politische Unabhängigkeit ihrer Insel durchführen zu können, sträubte sich die Zentralregierung mit dem Argument, Referenda seien in der Verfassung PNG's nicht vorgesehen, zunächst einmal müsse eine Autonomieregelung für Bougainville implementiert werden, was „mehrere Jahre“ dauern könne. Und als Somare davon sprach, daß vielleicht in 15 Jahren ein Referendum denkbar sei, gab es auf Bougainville einen Aufschrei der Empörung.

Zu neuerlichen substantiellen Verhandlungen kam es erst wieder Anfang September 2000. Sie wurden mit der Rabaul-Übereinkunft abgeschlossen. Darin einigte man sich darauf, daß gesetzgeberisch die Möglichkeit eines Autonomiestatus mit eigener Verfassung für Bougainville geschaffen wird; der Insel sollen so weitgehende Kompetenzen in der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten und weitgehende Rechte auf eigene finanzielle Ressourcen eingeräumt werden. Außerdem wurde zugesichert, daß die Verfassung PNG's so geändert werden soll, daß Referenda generell und ein Referendum über den künftigen politischen Status der Insel speziell verfassungskonform möglich werden. In weiteren Verhandlungen sollte es um die konkrete Ausgestaltung der Autonomie, die eindeutige Verteilung der Kompetenzen und Ressourcen zwischen Zentralregierung und einer bougainvilleanschen Autonomieregierung sowie die genauen Modalitäten eines Referendums gehen. Sowohl Zentralregierung als auch Bougainville-

ans feierten diese Übereinkunft als weiteren Durchbruch und historischen Meilenstein auf dem Weg zum Frieden.

Doch in den Folgemonaten zeigte sich, daß man in den Fragen der konkreten Ausgestaltung der Autonomie und den Vorstellungen über Gehalt und Zeitrahmen eines Referendums doch sehr weit auseinander lag. Dementsprechend mühselig schlepten sich die Verhandlungen hin. Die bougainvilleansche Seite beklagte sich wiederholt über die angebliche Verzögerungstaktik der Zentralregierung; diese wiederum bestand auf gründlicher und daher notwendig zeitaufwendiger Behandlung aller wichtigen Fragen. Letztlich war die Zentralregierung offensichtlich nicht willens, auf die umfassenden Autonomieforderungen der Bougainvilleans einzugehen. Diese wollten bis auf Außen- und Verteidigungspolitik alle Politikbereiche in die Kompetenz einer Autonomieregierung gelegt wissen, also etwa auch das Polizei-, Gerichts-, Finanz- und Steuerwesen. Zudem bestanden sie auf Durchführung eines Referendums in spätestens fünf Jahren, während die Zentralregierung wieder einen Zeitpunkt in zehn oder 15 Jahren ins Spiel brachte. Mehrfach standen die Verhandlungen vor dem Scheitern. Die BRA-Vertreter zogen sich am 19. November 2000 aus dem Verhandlungsprozeß zurück, weil – so ihre Erklärung – sie kein Vertrauen mehr in die leeren Autonomie- und Referendumsversprechen hätten; und auch die anderen Bougainville-Vertreter zogen am 23. November zeitweilig aus den Verhandlungen aus, kehrten dann jedoch an den Verhandlungstisch zurück. Am 9. Dezember 2000 allerdings wurden die Verhandlungen wiederum abgebrochen. Die Zentralregierung sprach von einer „Vertagung“ bis ins kommende Jahr, die Bougainville-Delegation von einem „Scheitern“. Die „Knackpunkte“ waren die Ausgestaltung der Autonomie und die Referendumsfrage. Mitte Dezember 2000 warnten Kabui und Momis in einer gemeinsamen Erklärung vor dem Scheitern des Friedensprozesses. Sie wiesen darauf hin, daß die BRA das Vertrauen in den Prozeß und die politische Führung verliere und daß es keine Entwaffnung geben könne ohne die Zusicherung eines Referendums. Ein Referendum sei der "Schlüssel zum Frieden", hierüber müsse es noch vor Jahresende Zusagen geben. An Australien und Neuseeland appellierten sie, dabei mitzuhelfen, die schwere Krise des Verhandlungsprozesses zu überwinden. Schließlich wurde eine neue Verhandlungsrunde auf den 27. Dezember 2000 terminiert; doch wenige Tage vor Weihnachten entließ Premierminister Morauta den Minister für Bougainville-Angelegenheiten, Sir Michael Somare. Das führte zu einer weiteren erheblichen Verzögerung, war Sir Michael doch seit Jahren mit dem Bougainville-Problem vertraut und hatte als Minister für Bougainville-Angelegenheiten viel Zeit und Energie auf dessen Lösung verwendet. Der neue zuständige Minister, Bart Philemon, mußte sich erst völlig neu einarbeiten. Für Januar 2001 wurden zunächst einmal "informelle Gespräche" zwischen den Delegationen der Zentralregierung und Bougainvilles angesetzt. Anfang des Jahres 2001 ist der Frieden auf Bougainville stärker in Gefahr als je zuvor seit Beginn des Friedensprozesses 1997.

1.4. Entwicklungen und Probleme an der „Basis“

1.4.1 Wiederaufbau

Mit Waffenstillstand und Beginn des Friedensprozesses verbanden die Menschen auf Bougainville hohe Erwartungen. Und obgleich diese durch den schleppenden Gang der Verhandlungen auf der politischen Ebene und mehr noch die unzureichende Realisierung einer "Friedensdividende" an der Basis, in den Dörfern auf Bougainville selbst, zum Teil enttäuscht wurden, setzt die große Mehrheit der Bevölkerung weiterhin auf den Friedensprozeß und ist gewillt, ihn aktiv mitzutragen. Nach einem Jahrzehnt des Blutvergießens sehnt man sich nach der "Rückkehr zur Normalität". Von der Friedenskonsolidierung wird die Wiederherstellung "normaler" ökonomischer und sozialer Verhältnisse, d.h. zumindest die Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus erwartet.

Vor dem Krieg war Bougainville die am besten entwickelte Provinz PNG's. Die Bevölkerung konnte – auch unabhängig von der Panguna-Mine – durch den Anbau und die Vermarktung von cash crops, vor allem Kokosnüsse/Kopra und Kakao, Geldeinkommen erzielen und so ihre Subsistenz-Gartenwirtschaft ergänzen. Auf Bougainville gab es einige große Plantagen aus der deutschen bzw. australischen Kolonialzeit, vor allem aber viele sog. smallholder (Kleinbauern), die Kokospalmen und Kakaopflanzen anbauten. Die Kombination von Subsistenzwirtschaft und cash crop-Produktion hatte der Insel eine relativ solide wirtschaftliche Basis verschafft. Auf Bougainville gab es keinen Hunger und kein materielles Elend. Das Schulwesen war recht gut ausgebaut; Bougainville wies das höchste Bildungsniveau in PNG auf. Gesundheitswesen und andere soziale Dienste sowie die Provinzregierung und die öffentliche Verwaltung hatten besser funktioniert als in anderen Landesteilen PNG's.

Im Krieg brach das alles zusammen. Die nicht-bougainvilleanschen Plantagenbesitzer und –arbeiter flohen, die Plantagen verfielen. Die smallholders konnten nichts mehr exportieren; der Nachschub an Saatgut und Setzlingen blieb aus. Die medizinische Versorgung konnte nicht mehr gewährleistet werden; die meisten Menschen starben während des Krieges nicht bei Kämpfen, sondern wegen Mangel an Medikamenten und ärztlicher Betreuung. Die Schulen mußten schließen; eine ganze Generation junger Bougainvilleans blieb ohne formale schulische Bildung. Die öffentliche Verwaltung, das Justiz- und Polizeiwesen ebenso wie das Post- und Bankwesen brachen zusammen. Staatsbedienstete flüchteten von der Insel oder schlossen sich der BRA an. Die Infrastruktur wurde schwer geschädigt. Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude, Schulen, Krankenhäuser, Hafenanlagen, Landepisten etc. wurden entweder während der Kämpfe zerstört oder mutwillig von der einen oder anderen Kriegspartei unbrauchbar gemacht.

Im BRA-Gebiet, welches durch die Blockade seitens der Regierungstruppen völlig von der Außenwelt abgeschnitten war, wurde versucht, unter Rückgriff auf die eigenen lokalen Ressourcen das soziale Leben abzusichern. So kam es z.B. zu einer Renaissance der traditionellen Kräuter-Medizin. Zur Energieerzeugung wurde die reichlich vorhandene Wasserkraft mit Klein- und Kleinstkraftwerken genutzt. Autos wurden mit aus der Kokosnuß gewonnenem Kraftstoff betrieben. In BRA-Camps wurden Unterricht und praktische Ausbildung für Kinder und Jugendliche organisiert. Traditionale Autoritäten wie Ältestenräte übernahmen Ordnungs- und Rechtsprechungsfunktionen. Auch wenn so im BRA-Gebiet, dem sog. „freien Bougainville“, beeindruckende Beispiele von „self-reliance“ gelangen, blieb Vieles doch notgedrungen fragmentarisch und behelfsmäßig.

In PNGDF-kontrollierten Gebieten, insbesondere auf Buka, wurde in Ansätzen eine Verwaltung und ein Schulwesen aufgebaut, und da diese Gebiete nicht von der Blockade betroffen waren, konnten auch gewisse Außenkontakte wieder hergestellt werden. Doch in großen Teilen Bougainvilles, die weder eindeutig BRA- noch PNGDF-Gebiet, sondern umkämpft waren, fehlten selbst minimale Versorgungs- und Ordnungsstrukturen.

Und so erwarteten die Menschen vom Friedensprozeß vor allem: Wiedereröffnung der Schulen und Gesundheitsposten, Wiederherstellung der Infrastruktur und der Beziehungen zur Außenwelt, Marktzugang und damit Verdienst- und Einkaufsmöglichkeiten.

Doch die Zentralregierung vernachlässigt den Wiederaufbau Bougainvilles nach wie vor. Für die Insel vorgesehene Gelder aus der Staatskasse kommen nur mit erheblicher Verzögerung und in wesentlich geringerem Umfang als zugesichert dort an. Darunter hatte das BTG stets zu leiden gehabt, und darunter leidet gegenwärtig auch Momis' Interim-Provinzregierung. Dem BPC wiederum stehen überhaupt keine staatlichen Mittel zur Verfügung. Angesichts dieser Lage kommt auswärtiger Unterstützung, die im Umfang die vom Staat PNG bisher bereit gestellten Mittel weit übertrifft, besondere Bedeutung zu. Eine Reihe von externen Akteuren ist bereits mit Wiederaufbauprogrammen auf der Insel präsent bzw. hat Zusagen für finanzielle Unterstützung gegeben. Der größte Geldgeber ist dabei Australien. Im Rahmen eines 5-Jahres-Programms gibt es 136 Millionen australische Dollar für Wieder-

aufbaumaßnahmen - allerdings sind jüngst Kürzungen für das Jahr 2001 angekündigt worden. Von der EU kommen 5 Millionen ECU (20 Millionen Kina) für den Wiederaufbau der Infrastruktur (Straßenbau und -ausbesserung, Hafenanlagen und Landepisten) und für Kleinkreditprogramme für smallholders und Frauen (im Rahmen von STABEX), vom UNDP zwei Millionen US-Dollar für ein anderthalbjähriges Rehabilitations- und Rekonstruktionsprogramm, Neuseeland gibt 600.000 Dollar für den Wiederaufbau des Schulwesens. Weitere ausländische Organisationen, etwa das IKRK oder "Ärzte ohne Grenzen" sind mit finanzieller und personeller Hilfe präsent (einen genauen und vollständigen Überblick über alle Hilfsprogramme scheint gegenwärtig niemand zu haben).

Mit australischer Hilfe wurde ein neues Krankenhaus auf Buka gebaut, welches das im Krieg zerstörte zentrale Inselkrankenhaus in der Hauptstadt Arawa ersetzt, das vor dem Krieg als eines der besten in ganz PNG gegolten hatte und mit dessen Wiederaufbau jüngst begonnen wurde; und es konnten zahlreiche Gesundheitsposten wieder eröffnet werden. Auch wurde vielerorts der Schulbetrieb wieder aufgenommen. Mit auswärtiger finanzieller Hilfe und dem tatkräftigen Einsatz der Dorfgemeinschaften wurden Schulen wiederaufgebaut oder neu errichtet. So gibt es gegenwärtig auf Bougainville wieder 31 "primary schools", neun "high schools" sowie vier "vocational centres" mit insgesamt rund 14.000 SchülerInnen und knapp 500 LehrerInnen. Vornehmlich mit EU-Mitteln wurde die einzige Verbindungsstraße entlang der Ostküste der Insel, die Buka und den Norden mit dem Südwesten verbindet und die aufgrund der Zerstörung zahlreicher Brücken während des Krieges und aufgrund allgemeinen Verfalls jahrelang unpassierbar oder nur schwer passierbar war, ausgebessert, so daß der Verkehr zwischen verschiedenen Inselteilen erheblich leichter geworden ist. Zahlreiche Landepisten, die während des Krieges verfallen waren, wurden wieder hergerichtet, was für jene Inselregionen, die nur aus der Luft zu erreichen sind, den Anschluß an die Außenwelt ermöglichte. Eine lokale Fluglinie hat den Betrieb ebenso wieder aufgenommen wie ein Fährschiff, welches die Küstenregionen bedient (Air Sankamap und MV Sankamap). Die Produktion und Vermarktung von cash crops ist wieder in gang gekommen. Kakao-Setzlinge wurden in großem Maßstab verteilt; Kopra kann wieder über Buka und seit dem Juni 2000 auch wieder über den Hafen von Kieta auf Bougainville, der während des Krieges völlig zerstört worden war und mit EU-Hilfe wieder hergerichtet wurde, exportiert werden. Die Kopra-Produktion hat seit Kriegsende einen großen Aufschwung genommen. Allerdings haben die gegenwärtig äußerst niedrigen Koprapreise einen deutlich spürbaren negativen Effekt auf die wirtschaftliche Wiedergenesung – mit womöglich gravierenden sozialen und damit auch friedensgefährdenden Folgen: Das Einkommen aus dem Verkauf von Kopra ist für viele Familien die einzige Möglichkeit, zu Geld zu kommen, welches für das Aufbringen des Schulgeldes dringend gebraucht wird. Wenn aber das Schulgeld nicht mehr gezahlt werden kann und viele Schüler (darunter zahlreiche ehemalige Kombattanten) nicht mehr die Schule besuchen dürfen, dann könnte das nach Aussage mehrerer guter KennerInnen der Verhältnisse durchaus ein Anlaß für den Rückfall in gewalttätiges Verhalten in größerem Maßstab sein.

Überhaupt bleiben die Wiederaufbaumaßnahmen noch hinter den Notwendigkeiten und den Erwartungen zurück. Vielerorts stellen die Menschen mit Bitterkeit fest, daß gerade in ihrem Dorf Schule oder Gesundheitsposten noch nicht wieder eröffnet sind, daß die Piste zum nächst größeren Marktort noch nicht wieder repariert ist, daß es kaum Möglichkeiten gibt, Geldeinkommen zu erzielen usw. usf. Allmählich werden die Menschen an der „Basis“ daher ungeduldig und fordern immer nachdrücklicher eine „Friedensdividende“ ein.

Von der Wiederherstellung eines flächendeckenden umfassenden Schulwesens kann immer noch nicht die Rede sein. Es fehlt weiterhin an Schulgebäuden, Ausstattungsgegenständen wie Tischen und Stühlen, Büchern, Heften und Schreibutensilien. Nicht zuletzt fehlt es an LehrerInnen. Viele LehrerInnen hatten während des Krieges die Insel verlassen – und sie kehren nur zögernd zurück, weil ihnen die Lage noch nicht ausreichend sicher erscheint, weil sie um die schlechten Bedingungen wissen und weil mit regelmäßigem Gehalt immer noch nicht zu rech-

nen ist. Gleichwohl machen sich zahlreiche LehrerInnen mit Schwung und Idealismus ans Werk.

Auch Gesundheitsposten sind noch nicht wieder flächendeckend eingerichtet; den bestehenden fehlen oft Medikamente, Ausstattung und Personal. Für Ärzte und Krankenschwestern gilt ähnliches wie für die LehrerInnen: Viele haben die Insel während des Krieges verlassen und sind (noch) nicht zurückgekehrt. Der Ausbildungsstand des vorhandenen Personals ist unzureichend. Dringlich ist der flächendeckende Aufbau von Gesundheitsposten und die Durchführung von Schutzimpfungsprogrammen. Eine besondere Versorgungslücke besteht überdies hinsichtlich der körperlichen und psychischen Kriegsverletzungen (insbesondere Betreuung kriegstraumatisierter Kinder und Frauen s.u.).

Die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur ist ebenfalls nach wie vor unzureichend. Vor allem die Zubringerstraßen und -pisten aus dem gebirgigen Inselinneren an die Ostküste, die für die Bevölkerung dort zwecks Marktzugang und Kontakten zur Außenwelt sehr wichtig sind, befinden sich nach wie vor in einem desolaten Zustand – wie überhaupt das Inselinnere immer noch deutlich mit allem Lebensnotwendigen (von Dienstleistungen wie Post bis zu Nägeln und Seife) unterversorgt ist. Das Telefonnetz ist (außer auf Buka) noch nicht wiederhergestellt. Wegen der Probleme mit der Verkehrsinfrastruktur sind auch der Vermarktung und dem Export von Kopra und Kakao nach wie vor Grenzen gesetzt. Die großen Plantagen liegen nach wie vor still (Verfall während des Krieges, ungeklärte Besitzverhältnisse, fehlende Arbeitskräfte). Das Kleingewerbe – Handwerks- und Reparaturbetriebe, Bau- und Transportwesen, Läden und Geschäfte – kommt nur langsam in Gang. Es fehlt zahlungskräftige Nachfrage, und die Sicherheitslage gilt vielen Kleinunternehmern noch immer als prekär.

Gleichwohl herrscht Aufbruchsstimmung im Wirtschaftsleben. Die Geschäftsleute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen ihre Betriebe wieder aufgebaut haben, sind ein wichtiger friedensstabilisierender Faktor, sie wollen sich das seither Erreichte keinesfalls durch einen Rückfall in den Krieg wieder kaputt machen lassen. Die Menschen wollen anpacken und wiederaufbauen, und sie vertrauen dabei auf eigene Kraft und Fähigkeiten. Anstöße von außen können unterstützend wirken. Zu denken ist insbesondere an Kleinkredit-Programme. In diesen wären die Frauen besonders zu berücksichtigen, denen als den „Besitzerinnen“ des Landes in den matrilinear verfaßten traditionellen Gemeinschaften eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben zukommt. Sie sind es auch, die die Subsistenz-Gartenwirtschaft im wesentlichen tragen. Diese Gartenwirtschaft sichert auch in der gegenwärtigen Nachkriegslage die Ernährung der Bevölkerung. Nahrungsmittelmangel und Hunger sind kein Problem auf Bougainville (abgesehen von zeitlich und örtlich begrenzten Ausnahmesituationen in Folge von außergewöhnlicher Dürre, wie z.B. jüngst in Siwai).

Die öffentliche Verwaltung funktioniert gegenwärtig nur rudimentär. Das BIPG und Gouverneur Momis klagen immer wieder über die verspätete und nur teilweise Zuwendung von zugesicherten Finanzen. So sind die 30 Millionen Kina, die dem BIPG für 2000 als Haushalt zugewiesen wurden, noch bei weitem nicht vollständig ausgezahlt worden, und für 2001 wurde eine zehnpromtente Kürzung des Haushalts beschlossen. Die öffentlichen Bediensteten im Solde des Staates PNG erhalten ihr Gehalt nur teilweise und mit Verzögerung. Der BPC verfügt über keinen eigenen Haushalt und kann keine Verwaltung aufbauen. Vielerorts haben die lokalen Ältestenräte und chiefs die Funktionen lokaler Verwaltung (und auch der Rechtsprechung) übernommen. Angesichts des „law and order“ – Problems auf der Insel (s.u.) macht es sich besonders schmerzlich bemerkbar, daß der Aufbau von Polizei und Justiz nur schleppend voran kommt. Zwar einigten sich die Konfliktparteien im Lincoln-Abkommen und nachfolgenden Übereinkünften auf den Neuaufbau einer Polizei, doch über Struktur und Zusammensetzung derselben gibt es Meinungsverschiedenheiten, so daß bisher nur gut einhundert (unbewaffnete) HilfspolizistInnen bzw. sog. Community Police Officers (CPOs) ausgebildet werden konnten (darunter allerdings nur sehr wenige Frauen), vor allem im Rahmen eines von Australien und Neuseeland finanzierten und von letzterem durchgeführten Projekts (Bougainville

Community Policing Project). Ihr Wirkungskreis ist örtlich begrenzt (vor allem Buka und Arawa, Bana, Buin), ihre Durchsetzungsfähigkeit nicht sonderlich groß.

1.4.2 Versöhnung

Nicht allein der materielle Wiederaufbau ist für eine dauerhafte Friedenskonsolidierung notwendig. Die psycho-soziale und spirituelle Dimension ist von eben so großer Bedeutung. Ohne Versöhnung und Heilung der psychischen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, wird es keinen Frieden geben. Ein besonders problematischer Aspekt des Krieges war die Verfeindung zwischen Menschen und Gruppen entlang vielfältiger Spaltungslinien. Der Krieg war in gewissem Sinne hochgradig personalisiert: Die sich bekämpfenden Parteien waren keine anonymen Massenheere, sondern kleine Einheiten, deren Mitglieder sich allzuoft persönlich bzw. als Angehörige eines bestimmten Clans oder einer bestimmten Familie kannten. Die Kriegführung folgte der Logik des pay back: Für eigene Verluste mußte Rache genommen werden dadurch, daß man der Gruppe (dem Clan, der Familie) des Verursachers Gewalt zufügte. Ein Teufelskreis von Gewalt tat sich auf. Insbesondere Frauen wurden Opfer des pay back, etwa in der Form von „pack rapes“ (Gruppenvergewaltigungen).

So hat der Krieg bei zahlreichen Menschen - Frauen, Kindern, aber auch Kombattanten - zu schweren Traumatisierungen geführt. Versuche zum Ausbruch aus der Gewaltlogik und zur Versöhnung hat es bereits während des Krieges gegeben, und seit Kriegsbeendigung ist das Bemühen um Versöhnung zu einem Hauptmerkmal des Friedensprozesses geworden. Die Versöhnung wird von traditionellen und modernen Akteuren getragen, traditionale und moderne Methoden kommen zur Anwendung. Denn auch der Krieg selbst war ja nicht allein ein moderner Sezessionskrieg zwischen Zentralregierung und Sezessionisten, sondern ein mixtum compositum aus modernem Krieg und zeit- und teilweisen traditionellen Sub-Kriegen zwischen Clans und ethnolinguistischen Gruppen. Er wurde zum Teil auch nach traditionellen Regeln geführt. Deswegen konnte und mußte seine Beendigung und kann und muß die Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsparteien ebenfalls auf traditionellen und modernen Wegen erfolgen. So reichten Verhandlungen und Verständigung zwischen politischen und militärischen Führern nicht aus, sondern auch an der Basis mußte und muß man wieder zusammen kommen. Auch hierfür gibt es traditionale Regeln und Rituale. Diese wurden im Übergang vom Krieg zum Frieden vielerorts genutzt und praktiziert und sind auch gegenwärtig noch von Bedeutung. Der Ausbruch aus der Logik des pay back kann erfolgen durch die Übernahme von Verantwortung und durch Kompensationen für die geschädigte Gemeinschaft. Dem liegt ein komplizierter und oft langdauernder Aushandlungsprozeß zugrunde, in dem autorisierte Führungspersonen der involvierten Parteien (big men) die Bedingungen für Friedensschluß und Form und Ausmaß der Kompensationen festlegen. Abgeschlossen wird ein solcher Prozeß mit einer feierlichen Friedenszeremonie. Solche Friedensprozesse und Friedenszeremonien hat es seit Beendigung des Krieges zwischen verfeindeten Dörfern und Clans vielerorts gegeben; sie haben wesentlich zur Stabilisierung des Waffenstillstands beigetragen. Unterstützt und verstärkt wurde das durch Einbeziehung christlicher Elemente. Die große Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles ist streng gläubig; in der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Katholiken, daneben sind Sieben-Tage-Adventisten und United Church relativ stark vertreten. Den Kirchen kam und kommt eine große Bedeutung für die Versöhnung zu. Oft wurden Friedensprozesse durch das besondere Engagement von Kirchenleuten angebahnt. Kirchliche Gruppen spielen eine bedeutende Rolle bei der Versöhnungsarbeit (s.u.).

Trotz aller Erfolge kann von abgeschlossener und nachhaltiger Versöhnung noch nicht die Rede sein. Immer noch stehen Gruppen abseits, immer noch fehlt es in verschiedenen Regionen an lokalen Friedens- und Versöhnungsprozessen. Francis Ona und seine Leute sind noch nicht einbezogen; ebensowenig Menschen, die auf die Salomonen oder in andere Teile PNG's geflohen waren, oder (Ex-)Kombattanten, die sich im Krieg der „falschen“ Seite angeschlos-

sen hatten und die nun fern von ihren Gemeinschaften leben müssen und sich (noch) nicht nach Hause trauen. Gerechtigkeit ist noch nicht wiederhergestellt. Zwischen Frieden und Gerechtigkeit aber besteht ein untrennbarer Zusammenhang. Die Frage des Umgangs mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und während des Krieges begangenen Verbrechen ist noch ungeklärt (Folter, Mord, Vergewaltigung, „Verschwindenlassen“ usw.). Die juristische Bearbeitung, der Täter-Opfer-Ausgleich, die Debatte um Sinn und Notwendigkeit einer Wahrheitskommission stehen noch aus. Schließlich werden Versöhnung und Frieden nur auf Dauer gestellt werden können, wenn alle Seiten das Gefühl bekommen, daß Unrecht gesühnt und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird und wenn die seelischen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, nachhaltig behandelt werden.

1.4.3 Demobilisierung und Reintegration

Ein besonderes Problem stellt die Demobilisierung und Re-Integration der (Ex-)Kombattanten dar. Im Lincoln-Abkommen hat man sich zwar auf einen phasenweisen Abzug der PNGDF von der Insel bei gleichzeitiger Entwaffnung von BRA und Resistance im Prinzip verständigt, doch ist es dazu immer noch nicht gekommen. Die Gespräche über die Demobilisierung verlaufen äußerst schleppend. Zwar hat die UN-Beobachtermission mehrfach die Initiative ergriffen und entsprechende Pläne vorgelegt, doch noch scheuen die Konfliktparteien davor zurück, ihre Waffen tatsächlich abzugeben bzw. ihre bewaffneten Kräfte von der Insel abzuziehen. Echte Fortschritte werden nur im Rahmen einer politischen Lösung zu machen sein. Hier ergibt sich allerdings das Problem, daß es sehr unterschiedliche Vorstellungen über den Zusammenhang von politischen Lösungen und Entwaffnung gibt. Die Zentralregierung besteht nämlich auf dem Standpunkt, daß es erst zu einem „weapons disposal“ gekommen sein müsse, bevor die Autonomieregelung für Bougainville in Kraft treten und bevor über ein Referendum entschieden werden könne. Die BRA hingegen erklärt, daß sie ihre Waffen erst abgeben werde, wenn Bougainville Autonomie erhalten habe und wenn über ein Referendum entschieden sei.

An der Basis auf Bougainville führt die ungelöste Frage der Entmilitarisierung zu schwerwiegenden Problemen. Die „law and order“ – Situation ist nach wie vor prekär. Das ist vor allem auf die bewaffneten (Ex-)Mitglieder der verschiedenen militärischen Gruppierungen zurückzuführen. Jugendliche Ex-Kombattanten wenden sich sog. „rascal“-Aktivitäten zu: Diebstahl, Raub, Bandenbildung, Störung der öffentlichen Ordnung, Gewalttätigkeiten in verschiedener Form. Diese Jugendlichen und jungen Männer haben oft in der BRA oder der Resistance gekämpft, sind noch im Besitz ihrer Waffen und verfügen über jahrelange Erfahrung in ihrer Anwendung. Sie sind während des Krieges nicht zur Schule gegangen, haben keine Berufsausbildung, keine Jobs und gegenwärtig lediglich düstere Zukunftsaussichten. Die traditionellen Autoritäten (Eltern, Dorfälteste, Clanchefs) haben häufig ebenso wie ihre (ehemaligen) politischen und militärischen Führer Einfluß auf und Kontrolle über sie verloren. Eine funktionierende Polizei und Justiz, die ihnen Einhalt gebieten könnte, gibt es (noch) nicht (s.o.). Ihre ethischen Vorstellungen und moralischen Maßstäbe haben in den Kriegsjahren gelitten. Für viele ist Alkohol ein großes Problem, sog. „home brew“ oder „JJ“ („jungle juice“, selbstgebrannter Schnaps) wird in großen Mengen konsumiert. Gewalttätigkeiten unter Alkoholeinfluß sind alltäglich. Gerade in jüngster Zeit scheint der Alkoholkonsum dramatisch anzusteigen; KennerInnen der Verhältnisse befürchten eine soziale Katastrophe, wenn dem nicht wirksam gegengesteuert wird.

1.5. Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und zivilen Friedensdienst

1.5.1 Reintegration von Ex-Kombattanten

Da die jugendlichen Ex-Kombattanten kein Geld und keine Jobs, wohl aber Waffen und viel Zeit haben, geben sie sich dem Alkohol und dem „rascalism“ hin. Sie können eine ernsthafte Bedrohung für die Friedenskonsolidierung werden. Elemente, die unzufrieden mit den Resultaten des Friedensprozesses sind und diesen sabotieren wollen, finden hier u.U. ein gewaltbe-reites und –fähiges Potential, das alle Friedensbemühungen zum Scheitern bringen könnte.

Demilitarisierung und Demobilisierung könnten maßgeblich dazu beitragen, dieser Bedrohung des Friedensprozesses zu begegnen – wenn sie kombiniert werden mit der Entwicklung ziviler Alternativen, also mit Reintegrationsangeboten und –programmen. Es geht nicht nur darum, den Leuten die Waffen zu nehmen, sondern auch und vor allem darum, ihnen die Gründe und Anlässe zur Benutzung der Waffen zu nehmen. Der Gebrauch der Waffen muß unattraktiv gemacht und moralisch diskreditiert werden. Mittlerweile drängt die Zeit, denn je länger die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ohnehin während des Krieges bereits jahrelang aus dem „normalen Leben“ herausgefallen waren, nun auch noch in der Übergangszeit vom Krieg zum Frieden „herumhängen“, desto größer wird die Gefahr, daß sie überhaupt nicht mehr eingegliedert werden können. Berichte aus der jüngsten Zeit weisen darauf hin, daß sich das Problem gegenwärtig verschärft.

Die Bedingungen für Reintegration sind auf Bougainville teils günstig, teils schwierig. Günstige Faktoren bieten die noch weitgehend intakten traditionellen Strukturen auf dem Lande: Auf der Basis des kommunalen (Clan-)Besitzes an Land und einer Subsistenzwirtschaft, die eine solide materielle Grundlage gewährleistet, sind erweiterte Familien und Clans nach wie vor weitgehend funktionierende soziale Einheiten. Die Ex-Kombattanten können im Prinzip in ihre Gemeinschaften zurückkehren. Auf der anderen Seite aber sind die Aussichten und Chancen für sie in den modernen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft schlecht. Sie haben zumeist keine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung; Beschäftigungs- und damit Verdienstmöglichkeiten sind rar.

Für die Reintegration wären spezielle auf Ex-Kombattanten zugeschnittene Schul-, Trainings- und Berufsausbildungsprogramme sinnvoll. Gegenwärtig hat man in den Schulen beispielsweise die Situation, daß der 20jährige Ex-BRA-Kämpfer, der die letzten Jahre ohne Unterricht war, mit Schulanfängern zusammen in einer Klasse sitzt, um lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Das ist weder für den BRA-ler noch die Kinder und den Lehrer eine erquickliche Situation und führt zwangsläufig zu Spannungen und Problemen. Weil für Jugendliche und junge Erwachsene keine speziellen Schulungskurse angeboten werden (können), besteht die Gefahr, daß sich diese Menschen alsbald enttäuscht von der Schule ab- und (wieder) bandenmäßigem „rascalism“ zuwenden. Für diese Problemgruppe und andere junge Erwachsene, die zu alt für den normalen Schulbetrieb sind, die aber wegen des Schulausfalls während des Krieges erheblichen Nachholbedarf haben, müßten spezielle Angebote gemacht werden. Der Wiederaufbau des Berufschulwesens ist deswegen dringend geboten. Gegenwärtig gibt es erst wenige Berufsschulzentren (vocational training centre) auf Bougainville, darunter eines, welches gegenwärtig mit Unterstützung des ÖED in Koromira in Zentralbougainville aufgebaut wird und in das rund 50 ehemalige BRA-Kämpfer einbezogen sind. Berufsausbildung für Ex-Kombattanten ist für die Friedenskonsolidierung auf Bougainville von großer Bedeutung; Unterstützung auf diesem Gebiet wäre daher eine genuine Aufgabe eines Zivilen Friedensdienstes.

Darüber hinaus kann es sinnvoll sein, Ex-Kombattanten in cash-for-work-Programme beim Wiederaufbau der darniederliegenden Infrastruktur (Straßenbau u.a.) einzubeziehen. Und sollte es schließlich zu einer Entwaffnung kommen, so könnte man jenen Kämpfern, die ihre Waffen abgeben, im Gegenzug materielle Anreize offerieren, und zwar nicht allein in der

Form von monetären Abfindungen, sondern auch und besonders in der Form von Starthilfen für ökonomische Aktivitäten (Kleinkredite, Werkzeuge u.ä.), die auch den dörflichen Gemeinschaften zugute kommen können.

1.5.2 Verarbeitung von Kriegserfahrungen und Versöhnung – „healing of memories“, Traumabearbeitung

Frauengruppen haben auf Bougainville entscheidend zur Kriegsbeendigung beigetragen. Die Frauen haben aufgrund der matrilinearen Organisation der meisten traditionellen Gemeinschaften auf Bougainville zumindest im lokalen Kontext des Dorfes und des Clans eine starke gesellschaftliche Stellung, die vor allem auf ihrer Verfügungsgewalt über die zentrale Ressource „Land“ beruht. Zwar war der Krieg und ist die gegenwärtige offizielle „große“ Politik modernen Zuschnitts auch auf Bougainville Männersache. Gleichwohl hing die Kriegsbeendigung und hängt die Friedenskonsolidierung maßgeblich mit dem Engagement der Frauen zusammen. Sie waren Opfer des Krieges. Ihre gesellschaftliche Stellung hat im und durch den Krieg gelitten, ist Kriegführung doch männliche Domäne (Kombattantinnen gab und gibt es weder in den traditionellen melanesischen Gemeinschaften noch in den modernen Streitkräften, seien es nun BRA, Resistance oder PNGDF). Frauen waren die Opfer von Vergewaltigungen, sie sahen ihre Kinder an heilbaren Krankheiten sterben, sie mußten das Überleben der Familien im „bush“ organisieren, während die Männer im Krieg waren. Sie hatten daher ein elementares Interesse an der Beendigung des Krieges und sind jetzt die Hauptträger der Versöhnungsanstrengungen. Dabei wirken die Frauen vornehmlich im lokalen Rahmen oder im Hintergrund. Schon während des Krieges haben sich Frauengruppen allerdings auch über die Grenzen der Konfliktparteien hinweg immer wieder getroffen, um Wege zum Frieden auszuloten; gerade in Phasen, in denen auf der männerdominierten offiziellen Ebene die Kommunikation zwischen den Parteien zusammengebrochen war, waren es diese Kontakte zwischen den Frauen, die neue Anläufe zur Kriegsbeendigung ermöglichten. Von mitentscheidender Bedeutung für die Initiierung des gegenwärtigen Friedensprozesses etwa war eine mehrtägige Frauenkonferenz Ende August 1996, das sog. Women's Peace Forum, an der mehr als 700 Frauen aller Seiten teilnahmen. Die männlichen politischen und militärischen Führungen der Konfliktparteien sahen sich genötigt, diese Initiative zu begrüßen und zu unterstützen. Und auch bei den diversen Konferenzen und Verhandlungen, die zum jetzigen Stand des Friedensprozesses geführt haben, waren stets Repräsentantinnen von Frauen-NGOs dabei und haben Einfluß genommen.

Eingeladen zu der großen Frauen-Konferenz von 1996 hatte das „Bougainville Inter-Church Women's Forum“ (BICWF, gegründet im Juli 1995), ein Zusammenschluß besonders engagierter Friedensfrauen aller auf Bougainville relevanten Kirchen (Katholiken, United Church, SDA). Dieses Forum hat vielerorts eine entscheidende Rolle für die Anbahnung lokaler Friedensprozesse gespielt. Oft sind die Frauen unter Gefahr für Leib und Leben in den „bush“ gegangen, um jugendliche Kämpfer zur Rückkehr in ihre Dörfer und zu ihren Familien und zur Beteiligung an Versöhnungsprozessen zu bewegen. Sie haben sog. „healing of memories“ – Seminare durchgeführt, in denen sie Mitglieder verfeindeter Gruppen zusammenbrachten und mit diesen Kurse abhielten, an deren Ende wechselseitige Vergebung und Versöhnung standen. Auch andere Frauengruppen wirkten in diesem Sinne, etwa das Bougainville Women's Forum, die Bougainville Women for Peace and Freedom (im BIG/BRA-kontrollierten Gebiet) und die (von Frauen getragene) Foundation for Community Development on Bougainville.

Auch heute noch tragen die Frauen die Hauptlast der psychischen Kriegs-Nachsorge und sind zugleich offensichtlich verstärkt Opfer innerfamiliärer Gewalt. Jedenfalls meinen KennerInnen der Verhältnisse eine deutliche Zunahme der „domestic violence“ in der Nachkriegszeit feststellen zu können, was sie vor allem auf die Verrohung der Männer während des Krieges

und den erschreckend gestiegenen Alkoholkonsum zurückführen. Spezielle Programme für Frauen dagegen, die auf ihre besonderen Kriegserfahrungen (Vergewaltigungen, Verlust von Familienangehörigen, Entwurzelung) und ihre speziellen Bedürfnisse (etwa in Ausbildung, Wirtschaft (Kleinkredite) und Politik (empowerment)) zugeschnitten wären, gibt es kaum. Viele Frauen, die während des Krieges ihre Ehemänner oder Kinder oder andere Verwandte verloren haben, sind schwer traumatisiert, bekommen aber keine psychologische Betreuung. Auf diesem Gebiet wäre externe Unterstützung sehr sinnvoll. Denn traditionale Methoden reichen in diesem Falle nicht aus, geht es doch um die Verarbeitung neuer moderner (Kriegs-)Erfahrungen, wofür auch neue Verarbeitungsformen vonnöten sind.

Zwar sind auf Bougainville bereits NGO's aktiv, die Trainingskurse in Friedenserziehung, Konfliktmediation, Counselling u.a. anbieten und damit moderne Ergänzungen zu den traditionellen Konfliktbearbeitungsmechanismen bereitstellen. Doch speziell auf Frauen ausgelegte Trauma-Counselling-Programme gibt es nicht. Im trauma counselling sind gegenwärtig auf Bougainville allein die Maristen – mit äußerst bescheidenen Mitteln (s.u.) aktiv(das Trauma Counselling Institute und die Leitana Nehan Women's Development Agency sind in ihrer Arbeit auf Buka beschränkt). Daneben ist noch zu erwähnen die Melanesian Peace Foundation (Peace), deren MitarbeiterInnen bereits während des Krieges auf der Insel unterwegs waren, um mit der Bevölkerung interessierter Dörfer ihre conflict-resolution-Trainingskurse durchzuführen. Sie leisten an der Basis einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung, indem sie den Menschen aufzeigen, welche Methoden ziviler Konfliktbearbeitung in Ergänzung zu und angepaßt an ihre eigenen traditionellen Konfliktregelungsmechanismen fruchtbar gemacht werden können. Gegenwärtig bietet Peace Kurse an in People Skills, Community Development, Restorative Justice und Conflict Resolution. Doch sind diese Kurse weder frauenspezifisch noch speziell auf trauma counselling ausgerichtet. (Erst jüngst soll es ein Training in trauma counselling für die Trainer und Mediatoren von Peace, durchgeführt vom Trauma Counselling Institute, gegeben haben, welchen Niederschlag dies in den o.g. Kursen bereits gefunden hat, ist nicht bekannt).

Abschließend festzuhalten ist: Auch im gegenwärtigen Stadium des Friedensprozesses auf Bougainville gibt es angesichts der immer noch nur fragmentarischen Versöhnung und spiritu-ell-psychischen Rehabilitation einen Bedarf an Unterstützung für solcherart Aktivitäten – auch dies ein genuines Feld Zivilen Friedensdienstes. Insbesondere die psychosoziale Rehabilitation sowie die Stärkung der Stellung der Frauen(-NGOs) in Gesellschaft, Politik und Wirtschaftsleben ist von wesentlicher Bedeutung für die Friedenskonsolidierung.

1.5.3 Wiederaufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei

Re-Integration von Ex-Kombattanten und Versöhnung müssen flankiert werden vom Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung, Justiz und Polizei. Auf Bougainville gibt es – wie in Nachkriegszeiten üblich – ein erhebliches „law and order“-Problem. Die soziale Desintegration in der Folge des Krieges, die leichte Zugänglichkeit von Waffen und der kriegsbedingte Wegfall von psychischen Barrieren und kulturellen Tabus gegenüber der Anwendung von Gewalt sind Ursachen hierfür. Das staatliche Gewaltmonopol ist im Krieg zusammengebrochen. Es muß unter ziviler und rechtsstaatlicher Kontrolle wiederhergestellt werden, damit die Menschen wieder ein Sicherheitsgefühl entwickeln und Zutrauen zur Funktions- und Schutzfähigkeit des Staatsapparates zurückgewinnen können. Dies ist für den Wiederaufbau und die Ankurbelung des Wirtschaftslebens ebenso von Bedeutung wie für die Rekonstruktion zivilgesellschaftlicher Strukturen. Trotz der prinzipiellen Bereitschaft aller Konfliktparteien, am Aufbau von Polizei und Justiz mitzuwirken, sind entsprechende konkrete Maßnahmen bisher kaum vorangekommen. Sie sind aber für die Friedenskonsolidierung auf Dauer unerlässlich. Es bleibt abzuwarten, ob mit der Etablierung der politischen Autonomie für Bougainville endlich Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht werden können. Für den Fall, daß man sich politisch über

die künftigen Strukturen von Polizei und Justiz auf Bougainville einigen kann, ist eine externe Unterstützung entsprechender Schritte sinnvoll. Dies kann nicht zuletzt dann ein wichtiger Beitrag zu Ziviler Konfliktbearbeitung sein, wenn – wie geplant – auch ehemalige Kämpfer von BRA und Resistance in die neuen Ordnungskräfte aufgenommen werden. Der Aufbau dieser Kräfte wäre dann auch unter dem Aspekt der Re-Integration von Ex-Kombattanten zu sehen. Unterstützung beim Aufbau einer an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten, unter ziviler Kontrolle stehenden Polizei kann in einer Nachkriegssituation wie der auf Bougainville eine genuine Aufgabe Zivilen Friedensdienstes sein.

Gleiches gilt auch für den Aufbau der öffentlichen Verwaltung generell, und hier insbesondere den Aufbau tragfähiger und vertrauensschaffender Verbindungen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Noch herrscht in der Bevölkerung Bougainvilles kein großes Vertrauen in den – tatsächlich ja auch nur schlecht funktionierenden – öffentlichen Dienst. Die – nicht unbegründete – Auffassung, die Beamten seien unfähig, korrupt und nur auf den persönlichen Vorteil (und den ihrer Angehörigen) bedacht, wirkt sich negativ auf das Verhältnis Staatsapparat – Staatsbürger aus. Die Loyalität der StaatsbürgerInnen gegenüber der Verwaltung ist ebenso gering wie die Bereitschaft der Verwaltung, tatsächlich im Dienste der BürgerInnen zu funktionieren. Das ist der Friedenskonsolidierung äußerst abträglich. Der Aufbau einer effizienten, transparenten und „bürgernahen“ Verwaltung ist unmittelbar friedensstabilisierend, insbesondere, wenn diese Verwaltung den Beitrag der Zivilgesellschaft und der NGOs für den Wiederaufbau anerkennt und zu fördern sucht. Dann wird auch auf seiten der NGOs die Bereitschaft steigen, in bestimmten Bereichen mit der Verwaltung zu kooperieren. Eine wechselseitige Beförderung der Aktivitäten von Staatsapparat und NGOs kann wesentliches zur Stabilisierung des Friedensprozesses beitragen. Verständnis für die Rolle der NGOs in der Verwaltung zu schaffen und den Aufbau von tragfähigen Verbindungen zwischen Apparat und Zivilgesellschaft zu unterstützen ist daher im Grundsatz ebenfalls ein genuines Feld Zivilen Friedensdienstes. Allerdings fehlen derzeit auf Bougainville auf seiten der Verwaltung noch die Voraussetzungen, die einen Einsatz von Friedensfachkräften sinnvoll möglich machen würden.

1.5.4 Politische Lösungen für den künftigen Status Bougainvilles

Alle Bemühungen um Wiederaufbau, Versöhnung und Rehabilitation werden den Frieden letztlich nicht sichern können, wenn keine allseits akzeptierten politischen Lösungen für die kriegsursächlichen Probleme gefunden werden (wie auch umgekehrt politische Lösungen ohne Wiederaufbau und Versöhnung an der Basis auf Dauer nicht tragfähig wären). Man ist in den letzten Jahren – langsam, aber sicher – solchen politischen Lösungen näher gekommen. Die Stichworte Autonomie und Referendum beschreiben deren Kern. Nunmehr geht es darum, die Konzepte Autonomie und Referendum mit konkretem Gehalt zu füllen. In bezug auf die Autonomie scheint das – trotz der Verzögerungen in jüngster Zeit machbar. Hier geht es darum, die Kompetenzen von Zentralregierung einerseits und bougainvilleanscher Autonomieregierung andererseits auszuhandeln und sich über die Zuteilung der Ressourcen zu einigen. Weitestgehende Autonomie „short of independence“ scheint das gemeinsame Ziel aller Gruppierungen auf Bougainville. Das hieße etwa: Übernahme der Steuerhoheit und aller politischen Kompetenzen bis auf Außenpolitik, Währungs- und Außenwirtschaftspolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die Autonomieregierung. Es bleibt abzuwarten, ob die Zentralregierung ein ähnliches Verständnis von „weitestgehender Autonomie“ hat; auf alle Fälle sollte das verhandelbar sein. Verfassung und Gesetze PNG's müßten so geändert bzw. ergänzt werden, daß eine solche Autonomie rechtlich einwandfrei implementiert werden kann. Eine Autonomieregierung müßte aus demokratischen Wahlen hervorgehen.

Schwieriger gestaltet sich die Frage des Referendums. Die überwiegende Mehrheit der Kräfte auf Bougainville scheint ein Referendum über die Frage der politischen Unabhängigkeit

für Bougainville in absehbarer Zeit – etwa in fünf Jahren - zu wollen. Die Zentralregierung hält im Prinzip weiter an der Auffassung fest, daß Bougainville auch künftig integraler Bestandteil des Staatsverbandes von PNG bleiben soll. Die Bereitschaft, Referenda über wichtige politische Fragen künftig durch Verfassungsänderung möglich zu machen, ist (noch) recht nebulös. Außerdem scheint man seitens der Zentralregierung auf Zeit spielen zu wollen, argumentiert man doch, daß der Referendumsfrage erst näher getreten werden solle, wenn die Autonomieregelung einige Zeit in Kraft gewesen sei und angemessen beurteilt werden könne. Dabei scheint man eher in Jahrzehnten denn in Monaten zu denken. Demgegenüber sehen die Zeitvorstellungen der Bougainvilleans anders aus. Für relevante Kräfte auf Bougainville ist die Autonomieregelung lediglich eine Übergangslösung bis zur Durchführung eines Referendums, welches – so ist man sich sicher – eindeutig für die politische Unabhängigkeit ausfallen wird. Und so scheint sich der Konflikt auf die Referendumsfrage zuzuspitzen. Um diesen Konflikt gewaltfrei lösen zu können, müssen sich die Parteien über einige zentrale Fragen verständigen. Dazu gehören: Worum soll es im Referendum gehen? Welche Verbindlichkeit soll der Ausgang des Referendums haben? Wer soll abstimmungsberechtigt sein? Wann soll das Referendum stattfinden? Soll es ein Referendum geben oder mehrere Referenda? Wie wird die Vorbereitungsphase des Referendums gestaltet? Wie wird die Abstimmung überwacht? Wie werden Minderheitenrechte gewährleistet? Soll es eine „Rückholbarkeit“ der Entscheidung geben? Usw.usf. Ungeachtet der Kompliziertheit der Materie wird es in absehbarer Zukunft Fortschritte auch in der Referendumsfrage geben müssen. Denn unter großen Teilen der Bevölkerung Bougainvilleans wächst die Ungeduld und der Eindruck, hingehalten zu werden. Zum Jahresbeginn 2001 hat sich in dieser Hinsicht das politische Klima deutlich verschlechtert. Dennoch: Für eine dauerhafte Friedenskonsolidierung müssen die Probleme Autonomie und Referendum politisch gelöst werden. Anzustreben sind Ergebnisse, die breitestmöglich getragen werden; anzustreben ist mithin ein "win-win"-Ergebnis, das keine "Gewinner" und "Verlierer" zurückläßt. Auch hierbei ist externe Unterstützung denkbar, wenn sie denn von den Konfliktparteien gewünscht wird. Dabei kann es sich etwa um juristische Expertise zu den rechtlich komplexen Gegenständen von Autonomie und Referendum handeln, oder auch um die Vermittlung von politischen Erfahrungen mit Autonomieregelungen und Referenda anderorts. Schließlich kann – falls gewünscht – die Entsendung von internationalen Beobachtern zu den Wahlen für eine Autonomieregierung und zur Durchführung eines Referendums die Akzeptanz des Ausgangs der jeweiligen Abstimmungen erhöhen und damit unmittelbar friedensfördernd wirken. Die Entsendung von Wahl(prozeß)- bzw. Referendumsbeobachtern in Nachkriegssituationen ist eine genuine Aufgabe des Zivilen Friedensdienstes.

1.6 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst

Mittlerweile sind diverse ausländische bzw. internationale Hilfsorganisationen mit Programmen, Projekten und/oder Personal auf Bougainville präsent. Sie leisten beim Wiederaufbau von Infrastruktur, Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitswesen Hilfestellung. Am stärksten engagiert ist Australien, welches im Rahmen eines Fünfjahresprogramms 136 Millionen australische Dollar für den Wiederaufbau einbringt. Die staatliche australische Entwicklungszusammenarbeitsorganisation AusAid betreut auf Bougainville eine ganze Reihe von Projekten, z.B. zur „cocoa rehabilitation“ (Ausbringung von rund 20 Millionen Setzlingen für Kakaopflanzen; gemeinsam mit UNDP) oder ein „Community Development Programme“. Die EU ist mit 5 Millionen ECU dabei. Weitere größere Geber und Projektträger sind Neuseeland, das UNDP, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz.

Im Gegensatz zum Österreichischen Entwicklungsdienst, der mit zwei Projekten auf Bougainville vertreten ist, haben sich deutsche Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen dort noch nicht bzw. in sehr geringem Maße engagiert (Unterstützung Misereor für Peace Founda-

tion Melanesia und Marist Brothers; Brot für die Welt für Bougainville Inter-Church Women's Forum).

Extern geförderte Projekte und Programme, die dem Bereich Ziviler Konfliktbearbeitung zugeordnet werden können, sind allerdings immer noch spärlich. Zu nennen sind insbesondere die bereits erwähnten Trainingskurse der Peace Foundation Melanesia, insbesondere die Kurse in Conflict Resolution und Restorative Justice; Peace bekommt dabei Unterstützung von AusAid, Caritas und dem Princess Diana Fund. Autochthon bougainvilleansche Aktivitäten in diesem Feld werden bzw. wurden von Kirchen- und Frauengruppen, insbesondere dem Bougainville Inter-Church Women's Forum, sowie der Foundation for Community Development, den Bougainville Women for Peace and Freedom, dem Trauma Counselling Institute (Buka), der Leitana Nehan Women's Development Agency (ebenfalls Buka), den Maristen und KumGie durchgeführt, allerdings ohne oder nur mit geringfügiger externer Unterstützung. Die Kontinuität der Maßnahmen ist oft wegen finanzieller und personeller Engpässe gefährdet, so mußte mittlerweile z.B. die Foundation for Community Development on Bougainville ihre Arbeit einstellen. Ebenso ist die Arbeit des sog. Human Rights Desk in Arawa, welcher Menschenrechtsverletzungen während der Krise eruieren und dokumentieren soll und der gemeinsam vom Bougainville Inter-Church Women's Forum und den Bougainville Women for Peace and Freedom getragen wird (Genevieve Pisi), zur Zeit wegen Mangel an "funds" ausgesetzt.

Es lassen sich zwei Bereiche identifizieren, in denen Friedensfachkräfte zur Unterstützung lokaler bougainvilleanscher Initiativen zur Friedenskonsolidierung und zivilen Konfliktbearbeitung beitragen könnten: Bei der *Reintegration von jugendlichen Ex-Kombattanten* und bei der *Betreuung kriegstraumatisierter Frauen*. Ein weiteres, zeitlich stärker begrenztes Engagement, ist schließlich denkbar bei der Beobachtung von Wahlkampf für und Wahlen zu einer Autonomieregierung sowie Vorbereitung und Durchführung eines Referendums.

Es fehlt auf Bougainville nach wie vor an Konzepten und Trägern von Reintegrationsprogrammen für die große Gruppe der *jugendlichen Ex-Kombattanten*. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die auf diesem Gebiet in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern bereits reiche Erfahrungen gesammelt hat, könnte hier einen sinnvollen Beitrag zur Friedenskonsolidierung auf Bougainville, auch durch die Unterstützung in Gestalt von Friedensfachkräften im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes, leisten. Die Friedensfachkräfte könnten bei der Konzeptualisierung, Koordination und Durchführung spezieller Programme für die schulische Grundbildung und die berufliche Ausbildung sowie die Beschäftigungsförderung von Ex-Kombattanten tätig werden. Angebunden werden könnten solche Friedensfachkräfte bei KumGie, in deren Zweigbüro Buka (Lukis Romaso). *Kum Gie* ist eine gemeinnützige NGO mit Erfahrung in den Bereichen Finanzen, Administration, Management, Organisation, Projektplanung, Monitoring und Evaluation, Business Training und Existenzgründungsberatung, die eng mit dem DED zusammenarbeitet. Mit dem ÖED, der gegenwärtig in Koromira in Zentralbougainville, einer BRA-Hochburg, ein Berufsschulzentrum aufbaut (Reinhard Lorenz) und bereits seit längerem Erfahrungen mit der Arbeit auf Bougainville hat, könnte und sollte ebenso kooperiert werden wie mit den *Maristen*, die in Marbiri (in der Nähe von Arawa) ein vocational training centre betreiben (Brother Ken (McDonald), Brother Bernard (McGrath)). Ein weiterer Kooperationspartner könnte die *Peace Foundation Melanesia/Zweig Bougainville* sein (Joe Barenke). Zu achten ist insbesondere darauf, daß die Maßnahme auch das Zentrum und den Süden von Bougainville abdeckt, sind doch Buka und der Norden bisher relativ bevorzugt (mit einem Berufsschulzentrum auf Buka (Burunotui) und zweien im Norden Bougainvilles (Tinputz und Tarlena) und generell besserer schulischer Versorgung), was wiederum damit zusammenhängt, daß bis heute generell der eher "regierungstreue" Norden und Buka gegenüber dem eher "rebellischen" Süden und Zentrum entwicklungs- und wiederaufbaumäßig privilegiert behandelt werden. Das Problem dabei ist allerdings, daß Zentrum und Süden infrastrukturell immer noch sehr unzureichend ausgestattet sind (so gibt es immer noch keinen Strom und kein Telefon in Arawa), was große organisatorische Schwierigkeiten aufwirft. Die

Bildung einer „Achse“ Buka – Arawa scheint daher angebracht (organisatorische Abwicklung über KumGie in Buka, Maßnahmen im Zentrum/Süden, ggf. in Kooperation mit „Peace“ Bougainville).

Kriegstraumatisierte Frauen finden heute auf Bougainville nur unzureichende Unterstützung. Entscheidende Bereiche ihrer traumatischen Erfahrungen (Vergewaltigung) sind mit gesellschaftlichen Tabus belegt; sie können kaum thematisiert werden. Externe psychologische Unterstützung kann und muß daher traditionale Umgangsformen mit diesem Problem ergänzen. Allerdings handelt es sich hier um ein hochsensibles Feld, daß von einer potentiellen - dann unbedingt weiblichen - Friedensfachkraft wohl nicht nur hervorragende psychologische Fähigkeiten, sondern auch ebensolche ethnologische Kenntnisse und ein großes persönliches christlich-spirituelles Engagement verlangt. Eine solche Friedensfachkraft könnte beim *Bougainville Inter-Church Women's Forum* angebunden werden (Sister Lorraine Garasu) bzw. bei einer neuzuschaffenden psychologischen Beratungseinheit, die aus der Zusammenarbeit von Bougainville Inter-Church Womens's Forum, den bereits im Trauma-counselling aktiven *Maristen* (Brother Ken), eventuell der *Melanesian Peace Foundation* (Joe Barenke in Arawa) und *KumGie* (Lukis Romaso) entstehen könnte.

Gegenwärtig stellen sich allerdings noch Probleme: erstens ist das Inter-Church Women's Forum gegenwärtig mit zwei größeren Projekten – einem Small Business Development Project (finanziert von AusAid) und einem Literacy Project (mehrere donors, darunter Brot für die Welt via DED) voll ausgelastet und hat zudem nur eine unzureichende organisatorische Struktur (was sich in den nächsten Monaten – unterstützt von DED (Ulla Kroog) und KumGie – ändern soll: Die Kirchenfrauen planen, ihr Programm zu erweitern und organisatorisch zu wachsen); zweitens haben die Maristen lediglich eine einzige Person (Brother Ken aus Mabiri), die mit psychologischer Zusatzausbildung ausgestattet trauma counselling betreibt; und drittens hat Peace Foundation Melanesia gewisse Probleme in der Leitung in Port Moresby, und der Bougainville-Zweig von „Peace“ denkt daran, sich von der Zentrale abzunabeln und künftig selbständig zu agieren (was ebenfalls vom DED für sinnvoll gehalten wird und unterstützt werden würde). Wenn sich diese drei Kräfte zusammenschließen würden, um gemeinsam trauma counselling für kriegstraumatisierte Frauen anzubieten, so stünde KumGie bereit, in organisatorischen und finanziellen Fragen Unterstützung zu leisten. In einer solchen Struktur könnte eine externe Friedensfachkraft sinnvoll eingebunden und eingesetzt werden. Das könnte der allseits anerkannten, aber notwendig beschränkten (lokal auf Arawa und Mabiri konzentrierten) Arbeit von Brother Ken zusätzliche Wirkung verschaffen und die Bemühungen der Kirchenfrauen (healing of memories – Seminare, s.o.) in einer neuen Dimension fortsetzen. Eine Kooperation mit Misereor, das bereits die Maristen auf Bougainville unterstützt und offensichtlich bereit ist, sich dort noch stärker zu engagieren, wäre anzustreben.

Die oben erwähnten *Leitana Nehan Women's Development Agency* (LNWDA; Helen Hakena) und das *Trauma Counselling Institute* kommen zwar im Prinzip auch infrage. LNWDA macht – finanziert von AusAid - Kurse zu „Violence against Women“ und bietet „counselling services to victims of rape cases, domestic violence, sexual harrassment and child abuse“ an. Sie haben m.E. allerdings den Nachteil, daß sie im wesentlichen auf Buka (und allenfalls Nord-Bougainville) beschränkt sind bzw. von dort kommen; das Counselling Institute hat aber bereits mit "Peace" zusammengearbeitet, so daß auch hier Verbindungen bestehen.

Wenn es schließlich zu Wahlen für eine Autonomieregierung und zur Durchführung eines Referendums kommen sollte und hierfür internationale BeobachterInnen angefordert werden, könnte *Wahlprozeßbegleitung* sowie *Wahl- und Referendumsbeobachtung* eine Aufgabe für Friedensfachkräfte sein. Diese hätten dann allerdings lediglich in einem Kurzeinsatz (einige Wochen vor und nach den Wahlen/Referendum) zu wirken, während für die anderen o.g. Arbeitsfelder Einsatzzeiten von mindestens zwei Jahren (möglichst länger) vorzusehen wären. Kenner der Verhältnisse rechnen mit einer mindestens einjährigen Eingewöhnungs- und Lern-

phase und betonen, daß eigentlich nur ein mehrjähriger Einsatz nachhaltige Erfolge zeitigen könnte.

Abschließend ein warnender Hinweis: Die extern unterstützten Projekte sind oft nicht hinreichend aufeinander abgestimmt und für die Bevölkerung vor Ort nicht immer transparent und nachvollziehbar. Gerade aber die Partizipation der lokalen Bevölkerung ist von entscheidender Bedeutung dafür, daß gutgemeinte Projekte tatsächlich friedenskonsolidierende Wirkung entfalten. Eine der Kriegsursachen auf Bougainville nämlich war nicht zuletzt das Verhalten der "Fremden" (etwa das (weiße) Management oder die "roten" Arbeitskräfte von Neuguinea auf der Panguna-Mine oder die Bürokraten aus der Hauptstadt Port Moresby) gegenüber den Bougainvilleans gewesen, die den Eindruck bekamen, von den Auswärtigen ausgebeutet, unterdrückt und verachtet zu werden. Das Mißtrauen gegenüber "Fremden" ist auf Bougainville immer noch groß - auch wenn diese mit den vorgeblich besten Absichten kommen. Partizipation, Transparenz und Kontrolle sind daher unabdingbar für erfolgreiche, d.h. tatsächlich friedenskonsolidierende, Maßnahmen von Wiederaufbau und ziviler Konfliktbearbeitung.

1.7 **Schlußbemerkung**

Bisher haben die Geduld und der Wille zu Frieden, Aufbau und Versöhnung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles sowie das politische Geschick ihrer RepräsentantInnen den Fall Bougainville zu einer "Erfolgsgeschichte" in Sachen Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten gemacht. Dazu entscheidend beigetragen hat zum ersten die Verknüpfung des "Friedensprozesses von oben" mit "Friedensprozessen von unten" sowie zum zweiten die Verknüpfung traditionaler und moderner Formen und Mechanismen der zivilen Konfliktbearbeitung. Eine Lehre aus dem Friedensprozeß auf Bougainville für andere Fälle kann auch und gerade sein, den traditionellen Konfliktregelungsmechanismen auch für die Bearbeitung moderner Konflikte Bedeutung zuzumessen, zumal die Konflikte in den Übergangsgesellschaften der Dritten Welt oft ja nur scheinbar modern oder nur partiell modern sind, traditionale Momente in ihnen aber häufig eine große Rolle spielen. Diese Betonung der autochthonen traditionellen Konfliktregelungskompetenz soll allerdings nicht heißen, daß nicht auch externe moderne Akteure einen Beitrag zur Friedenskonsolidierung leisten können bzw. dazu sogar verpflichtet sind. Allerdings müssen sich alle externen Akteure stets darüber bewußt sein, daß sie lediglich Gäste auf der Insel sind und daß die Bougainvilleans auch und gerade im Krieg und Nachkrieg ein starkes Selbstbewußtsein entwickelt haben, Vertrauen in die eigene Kraft geschöpft haben und willens und in der Lage sind, ihre Angelegenheiten letztlich selbst zu regeln. Für Bougainville gilt in ganz besonderem Maße der Grundsatz, daß von außen lediglich Hilfe zur Selbsthilfe auch bei der Friedenskonsolidierung geleistet werden kann und soll. Unterstützung ziviler Konfliktbearbeitung durch externe Friedensfachkräfte kann so verstanden und praktiziert durchaus einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, daß die "Erfolgsgeschichte" Bougainville tatsächlich zu einem happy end geführt wird.

2. Salomonen

2.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung

Die Salomonen befinden sich gegenwärtig in der Übergangsphase vom gewaltsamen Konfliktaustrag zur post-conflict Situation. Ein Rückfall in gewaltsame Auseinandersetzungen ist leicht möglich. Im Vergleich zum Fall Bougainville handelt es sich um eine noch sehr prekäre und instabile Lage, in der Friedenskonsolidierung ganz am Anfang steht. Zivile Konfliktbearbeitung ist dringend erforderlich und zugleich nur schwer umzusetzen. Zwar haben sich die Konfliktparteien auf einen Waffenstillstand und ein Friedensabkommen geeinigt, doch sind diese brüchig. Deklaratorisch befürworten zwar alle relevanten Akteure eine friedliche Lösung des Konflikts, doch der Nachweis für die Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit dieser Deklarationen steht noch aus. Noch beherrschen faktisch bewaffnete Gruppen die Hauptinsel Guadalcanal und die Hauptstadt Honiara. Regierung und Staatsapparat sind schwach, ein rechtsstaatlich legitimes staatliches Gewaltmonopol ist noch nicht wiederhergestellt.

Zivilgesellschaftliche Kräfte, die für Friedenskonsolidierung arbeiten wollen und ein Gegengewicht zu den bewaffneten Akteuren bilden könnten, sind zwar vorhanden - auch und gerade im kirchlichen Bereich -, doch ebenfalls schwach und noch wenig durchsetzungsfähig. Externe Unterstützung könnte für sie sehr hilfreich sein, sowohl in einem konkreten materiellen als auch in einem moralischen und psychologischen Sinne. Allerdings ist eine solche unter den gegenwärtigen politischen und Sicherheitsbedingungen nur schwer zu realisieren. Nichtregierungsorganisationen stehen unter dem Druck bewaffneter Gruppen, ihre Mitglieder werden bedroht und drangsaliert; internationale und ausländische NGOs hatten ihr Personal (ganz oder teilweise) zurückgezogen und ihre Arbeit eingestellt bzw. eingeschränkt; sie kehren erst neuerdings zurück. Angesichts der prekären Sicherheitslage kann nicht empfohlen werden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Friedensfachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes bei potentiellen Partnerorganisationen vor Ort einzusetzen (Das bezieht sich wohlgernekt lediglich auf den Einsatz von Friedensfachkräften im Kontext der Bearbeitung des Guadalcanal-malaitanischen Konflikts; andere Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in anderen Regionen der Salomonen stehen damit in keiner Weise infrage).

Geht man allerdings davon aus, daß der Prozeß der Friedenskonsolidierung auf den Salomonen in der nächsten Zeit konkrete Fortschritte machen wird und daß die Vorbereitung des Einsatzes von Friedensfachkräften ohnehin einen gewissen zeitlichen Vorlauf braucht, so kann man schon heute künftige Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes vorbereiten. Arbeitsfelder und potentielle Partnerorganisationen hierfür gibt es durchaus. Zu denken ist insbesondere ebenso wie im Falle Bougainville an den Komplex der Reintegration von - ganz überwiegend jugendlichen - Ex-Kombattanten und an "trauma counselling" für Menschen, die zu Gewaltopfern geworden sind, insbesondere kriegstraumatisierte Frauen. Zu denken ist ferner an Unterstützung beim Aufbau einer zivil kontrollierten, rechtsstaatlich verfaßten, unter ethnischen Gesichtspunkten ausgewogen besetzten und daher gesellschaftlich allgemein akzeptierten Polizei. Und zu denken ist schließlich auch an generelle Unterstützung bei Wiederaufbau und Stärkung von NGO's, die als zivilgesellschaftliche Akteure einen bedeutenden Beitrag zur Friedenskonsolidierung leisten können - und müssen.

2.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts

Seit der zweiten Jahreshälfte 1998 eskalierten auf den Salomonen Spannungen zwischen der Bevölkerung der Hauptinsel Guadalcanal und Zuwanderern von der Nachbarinsel Malaita gewaltförmig. Es bildete sich zunächst eine "Guadalcanal Liberation Army" (später umbenannt in Isatabu Freedom Fighters oder Isatabu Freedom Movement - IFM), die den bewaffneten

Kampf gegen die Polizeikräfte der Regierung aufnahm und systematisch Überfälle gegen zugewanderte Malaitaner mit dem Ziel verübte, diese von Guadalcanal zu vertreiben. Den Übergriffen und Kampfhandlungen fielen im Jahre 1999 mehrere Dutzend Menschen zum Opfer, noch mehr "verschwanden". Mehr als 20.000 Malaitaner mußten von Guadalcanal zurück auf ihre Heimatinsel fliehen. Versuche einer friedlichen Regelung des Konflikts scheiterten 1999 mehrfach. Anfang 2000 formierte sich auf seiten der Malaitaner die "Malaita Eagle Force" (MEF), eine bewaffnete Gruppierung, die das IFM bekämpfte und nun ihrerseits Guadalcanal drangsalierte. Am 5. Juni 2000 übernahmen die MEF und Teile der Polizeikräfte in einer sog. "joint operation" die Macht in der Hauptstadt Honiara. Sie brachten alle Waffenarsenale der Polizei (eine Armee haben die Salomonen nicht) unter ihre Kontrolle, zwangen den Premierminister Ulufa'alu zum Rücktritt, stellten ihn unter Hausarrest und besetzten alle strategisch wichtigen Positionen in der Stadt

Danach eskalierten die Kämpfe zwischen IFM und MEF. Einer Ende Juni neugebildeten Regierung gelang Anfang August die Vermittlung eines Waffenstillstands. Im Oktober kam es zu Friedensgesprächen in Townsville, Australien, die mit dem "Townsville Peace Agreement" (TPA) abgeschlossen werden konnten. Die Lage auf Guadalcanal und insbesondere in der Hauptstadt Honiara sowie auf Malaita ist gleichwohl nach wie vor unsicher, der Ausgang der Bemühungen um eine Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden ungewiß.

Der aktuelle Gewaltkonflikt hat ein komplexes Bündel von Faktoren zur Ursache und eine längere Vorgeschichte.

Die Salomonen wurden 1978 aus dem britischen Kolonialreich in die Unabhängigkeit entlassen. Die südpazifische Inselgruppe besteht aus mehreren relativ großflächigen Inseln, von denen Guadalcanal mit 5358 Quadratkilometern und Malaita mit 4225 Quadratkilometern die größten sind, sowie 915 kleinen Inseln, von denen allerdings lediglich rund 100 bewohnt sind. Die zu mehr als 95 Prozent melanesische Bevölkerung von ca. 440.000 Einwohnern setzt sich zusammen aus rund 120 ethno-linguistischen Gruppen, die sich soziokulturell z.T. stark voneinander unterscheiden. Dreiviertel der Bevölkerung lebt von Subsistenz-Landwirtschaft, ergänzt durch den Anbau von cash crops (vor allem Kokosnüsse/Kopra). Das Bevölkerungswachstum ist mit 3,24 Prozent (1998, geschätzt) hoch. Über 50 Prozent der Menschen leben auf den beiden größten Inseln Guadalcanal und Malaita (26 Prozent). Die Hauptstadt Honiara auf Guadalcanal war als einzige größere Stadt (rund 50.000 Einwohner) Attraktionspol für die ländliche Bevölkerung, die in ganz überwiegender Zahl in kleinen Dörfern lebt. Insbesondere von der Nachbarinsel Malaita, der bevölkerungsreichsten Salomonen-Insel, wanderten während des Zweiten Weltkriegs, als die US-Streitkräfte eine große Militärbasis für den Kampf gegen die Japaner errichteten, und dann vor allem in den Jahren nach der Unabhängigkeit viele Menschen zu, weil es für sie auf ihrer Heimatinsel keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten gab. Sie ließen sich in Honiara oder der Umgegend nieder, so daß schließlich fast 60.000 Malaitaner auf Guadalcanal lebten. Sie suchten Beschäftigung im modernen Sektor, d.h. auf den Plantagen, in der Fischerei (Thunfisch), der einzigen Goldmine des Landes (Gold Ridge Mine, seit 1996, im Besitz zunächst des australischen Bergbaukonzerns Ross Mining, dann der ebenfalls australischen Delta Gold), im Handel und insbesondere auch im Staatsapparat. Letzteres führte dazu, daß Malaitaner in der Verwaltung und der Polizei der Salomonen überrepräsentiert sind. Auch in der Politik auf gesamtstaatlicher Ebene spielen Persönlichkeiten aus Malaita eine herausragende Rolle.

Teile der indigenen Bevölkerung Guadalcanals sahen sich durch den Zustrom der Malaitaner zusehends negativ betroffen. Insbesondere gab es Probleme wegen des von den Zuwanderern für Siedlungszwecke beanspruchten Landes, vor allem in der Umgebung von Honiara. Land ist auf den Salomonen auch heute noch zu mehr als 85% im gemeinschaftlichen Besitz von Clans/erweiterten Familien. Es ist in der noch weitgehend auf Subsistenzwirtschaft beruhenden salomonischen Gesellschaft ebenso wie auf Bougainville und in Melanesien generell von großer ökonomischer und sozialer, aber auch kultureller und spiritueller Bedeutung.

Landkonflikte sind daher äußerst brisant und eskalationsträchtig. Die Landsituation auf Guadalcanal verschärfte sich mit der Zuwanderung aus Malaita; in und um Honiara entstanden ausgedehnte "squatter settlements". Die rechtliche Seite dieser malaitanischen Landnahme war oft unklar. Land wurde sowohl ohne rechtliche Grundlage besetzt als auch erworben bzw. zur Nutzung überlassen. Die ohnehin komplizierten Landrechtsverhältnisse wurden dadurch noch verworrener, daß auf Guadalcanal Land"besitz" und Landübertragung matrilinear organisiert ist, auf Malaita hingegen patrilinear. Männer aus Malaita, die an Land auf Guadalcanal interessiert waren, setzten sich mit Männern aus Guadalcanal (die gemäß traditionellen guadalcanalesischen Verhältnissen gar nicht autorisiert waren) ins Benehmen - unter Vernachlässigung der eigentlich berechtigten Frauen. (Dasselbe Verhalten war übrigens eine der Ursachen des Konflikts auf Bougainville: Dort verhandelten in den 60er und 70er Jahren die Männer des australischen Bergwerkskonzerns und der australischen Kolonialverwaltung mit den Männern der lokalen Clans über die Landnutzung für die Errichtung der Panguna-Mine - bei Ausgrenzung der in der lokalen matrilinearen Gesellschaft tatsächlich zuständigen landbesitzenden Frauen). Malaitanisch-guadalcanalesische Mischehen, deren Zahl beständig zunahm, ließen die Landrechtsfrage noch komplizierter werden. Hinzu kam weiterer Landdruck durch das Bevölkerungswachstum, mancherorts auch durch die umweltschädigenden Folgen des Bergbauprojekts und den großflächigen Raubbau an den wertvollen Hart- und Edelhölzern der Insel. Der Druck auf die Subsistenz-Landwirtschaft nahm kontinuierlich zu.

Auf der anderen Seite profitierten die Guadalcanalesen kaum von Projekten im modernen Sektor der Wirtschaft. Das größte Unternehmen der Salomonen zum Beispiel, Solomon Islands Plantation Limited (SIPL), welches vor dem Krieg 20% zum Bruttosozialprodukt der Salomonen beitrug, hat seine Plantagen in den Ebenen von Guadalcanal. Doch halten die indigenen Landbesitzer lediglich 2% an SIPL, während die britische Commonwealth Development Corporation 68% und die Zentralregierung 30% der Anteile halten. Die jährlichen Pachteinahmen für die Landbesitzer waren zudem äußerst gering, und SIPL beschäftigte sehr viel mehr Leute von anderen Inseln (überwiegend – 60% - Malaitaner) als Guadalcanalesen. Diese gewannen den Eindruck, daß sie zwar ihr Land für SIPL zur Verfügung stellen, aber selber viel zu wenig von SIPL profitieren.

Die ohnehin problematische Lage verschärfte sich in den letzten Jahren noch einmal aufgrund folgenswerer politischer Weichenstellungen. Die Auslandsverschuldung der Salomonen stieg dramatisch an. Ende 1997 hatten sich 1,2 Milliarden SI-Dollar (rund 240 Mio US-Dollar) Auslandsschulden angehäuft, mehr als das Doppelte des gesamten Staatshaushalts. Die seit August 1997 amtierende Regierung des Premierministers Bartholomew Ulufa'alu (ein Malaitaner) sah sich angesichts dessen und aufgrund von von IMF und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogrammen zu Sparmaßnahmen gezwungen. Verdienst und Beschäftigungsmöglichkeiten im modernen Sektor gingen in der Folge zurück; im öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber des Landes, kam es zu Lohnstop und Personalabbau. Die Konkurrenz um die relativ wenigen Arbeitsplätze im formalen Sektor verschärfte sich (nur etwa ein Fünftel der arbeitsfähigen Bevölkerung stehen in einem formalen Arbeitsverhältnis, davon rund die Hälfte in der Hauptstadt); freigesetzte Arbeitskräfte waren gezwungen, in die Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, was wiederum die Landprobleme verschärfte.

In großen Teilen der Bevölkerung Guadalcanals entwickelte sich unter diesen Bedingungen die Wahrnehmung, von den negativen sozialen Prozessen besonders hart betroffen zu sein, während sich die Malaitaner aufgrund ihrer Positionen und Beziehungen im Geschäftsleben sowie in Staat und Verwaltung zu schützen wußten und Lasten auf die Guadalcanal-Bevölkerung abwälzen würden. Und zu allem Überfluß hatten sich diese Zuwanderer auch noch auf guadalcanalesischem Land festgesetzt, wobei die rechtliche Seite dieser Landnahme häufig sehr unklar war. Das führte zu sich vertiefenden anti-malaitanischen Ressentiments und Stimmungen, die aufgrund einzelner Vorkommnisse (angebliche oder reale Gewalttaten von Malaitanern gegen Guadalcanalesen) so weit angeheizt wurden, daß unter der indigenen Gua-

dalcanal-Bevölkerung eine aktivistische militante Bewegung entstand, die die bereits lange schwelenden Landkonflikte aktualisierte und als "Lösung" die Rückkehr der Malaitaner auf ihre Heimatinsel forderte.

Seit Oktober 1998 kam es zu Überfällen von bandenmäßig organisierten Guadalcanalesen auf Wohngebiete von Malaitanern in Honiara oder der Umgebung der Hauptstadt. Die zum Schutz der Malaitaner eingesetzte - und von Malaitanern dominierte - Polizei, die Royal Solomon Islands Police (ca. 900 Mann), reagierte teilweise äußerst hart und trug damit zur Eskalation bei. Aus den Banden der Guadalcanal-Leute bildete sich die "Guadalcanal Liberation Army" (auch "Guadalcanal Revolutionary Army"), die sich später die Selbstbezeichnung "Isatabu Freedom Fighters" bzw. "Isatabu Freedom Movement" (Isatabu ist ein lokaler Name für Guadalcanal) gab. Dem IFM schlossen sich mehrere hundert Kombattanten an (Höchstschätzungen sprechen von ca. 2000), darunter zahlreiche Jugendliche und auch Kinder. Sie rekrutierten sich vor allem aus der Bevölkerung der peripheren unzugänglichen Südküste Guadalcanals, der sog. "Weather Coast". Die Regierung setzte die „Police Field Force“ und die „Rapid Response Unit“, das sind para-militärische Spezialeinheiten der Polizei, gegen die von ihr als „Militants“ oder „kriminelle Elemente“ apostrophierten IFM-Kämpfer ein. Bei Gefechten gab es mehrere Tote. Die Polizei suchte Dörfer heim, in denen sie Kämpfer des IFM vermutete und ließ sich dabei offensichtlich Übergriffe gegen Personen, die als "Sympathisanten" verdächtigt wurden, zuschulden kommen. Die IFM-Kämpfer ihrerseits drangsalierten Malaitaner, brannten hunderte von Häusern nieder, nahmen Geiseln und ließen Menschen "verschwinden". Sie forderten die Rückführung aller Malaitaner auf ihre Heimatinsel, Kompensationen, eine Reorganisation der Polizei, um den Einfluß der Malaitaner dort einzuschränken, sowie größere politische Autonomie für Guadalcanal.

Viele Malaitaner flüchteten in die Hauptstadt Honiara, wo sie in vom Roten Kreuz betreuten Lagern unterkamen. Zeitweise drangen IFM-Kämpfer bis in die Außenbezirke der Hauptstadt vor, die wiederum von Malaitanern durch Kontrollpunkte und Barrikaden an den Ausfallstraßen verteidigt wurde. Zum Teil bildeten die Malaitaner Selbstschutz-Gruppen, die nun ihrerseits insbesondere in Honiara Jagd auf Menschen machten, die verdächtigt wurden, zu den IFM zu gehören oder mit diesen zu sympathisieren. Plantagen und die Goldmine, die wegen der mit ihrem Betrieb verbundenen Umweltzerstörungen ohnehin Zielscheibe des Protestes der lokalen Landbesitzer war, sowie andere Unternehmen, in denen großteils Malaitaner (und andere Zuwanderer) beschäftigt waren, mußten ihren Betrieb wegen der Unruhen zumindest zeitweise einstellen; Schulen wurden geschlossen.

Im Juni 1999 erreichten die gewaltsamen Auseinandersetzungen einen ersten Höhepunkt; Mitte des Monats verhängte die Regierung Ulufa'alu den Ausnahmezustand und schränkte u.a. die Presse- und Informationsfreiheit drastisch ein, so daß die Berichterstattung über den Konflikt erheblich beeinträchtigt wurde; die Kompetenzen der Polizei wurden zugleich erweitert. Es kam zu einem Massensexodus von Malaitanern. Bis zum Jahresende 1999 sollen 20.-30.000 von ihnen Guadalcanal verlassen haben und auf ihre Heimatinsel zurückgekehrt sein. Dort war ihre Lebenssituation schwierig. Versorgungsmöglichkeiten und Infrastruktur waren auf den Massenandrang nicht ausgelegt. Australien, UN-Hilfsorganisationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz leisteten den Flüchtlingen auf Malaita ebenso wie den in die Hauptstadt Geflüchteten Hilfe (Nahrungsmittel, medizinische Versorgung u.a.).

Die Zentralregierung bemühte sich um eine Deeskalation des Konflikts und um eine friedliche Regelung der zugrunde liegenden Probleme, wohl wissend, daß eine "militärische Lösung" angesichts der Unterstützung, die das IFM in größeren Teilen der Bevölkerung Guadalcanals genöß und angesichts der für Guerillakriegführung nahezu idealen Bedingungen auf Guadalcanal keine Erfolgsaussichten hatte. Sie bat das Commonwealth-Sekretariat um Vermittlung. Dieses beauftragte den ehemaligen Premierminister Fijis, Sitiveni L. Rabuka, als Sonderbotschafter des Commonwealth eine friedliche Lösung des Konflikts anzubahnen. Rabuka führte auf Guadalcanal Gespräche mit allen relevanten Akteuren, und auf seine Ver-

mittlung hin kam am 28. Juni 1999 nach mehrtägigen Verhandlungen ein Friedensabkommen, das sog. „Honiara Peace Accord“ zustande, in dem sich die Konfliktparteien zum Gewaltverzicht und zur Kooperation mit dem Sonderbotschafter bei der Suche nach einer dauerhaften friedlichen Lösung bekannten.

In diesem Übereinkommen wurden als Ursachen der Krise u.a. benannt: die Forderung nach Rückgabe von Land, welches Guadalcanal-Landeigentümern für die Entwicklung der Hauptstadt und die Ansiedlung von Malaitanern genommen worden war; die Forderung nach Kompensationen für die Ermordung von Guadalcanalesen durch Malaitaner; die Forderung nach einem „state government“ für Guadalcanal, welches u.a. die Kompetenz zur Kontrolle der Zuwanderung auf die Insel bekommen sollte. Als Maßnahmen, die zur Konfliktregelung ergriffen werden sollten, wurden u.a. festgelegt: Die Einrichtung eines Versöhnungsfonds in Höhe von 2,5 Millionen Solomon-Dollar, verwaltet von der Provinzregierung Guadalcanals, „in Anerkennung der sozialen Kosten, die von der indigenen Bevölkerung Guadalcanals als Ergebnis der Tatsache, daß die Hauptstadt Honiara ist, zu tragen sind“; eine Überprüfung der Landesgesetzgebung, eine Untersuchung über eventuell illegal besiedeltes Land mit dem Ziel der Rückgabe bzw. Kompensation; eine strengere Gesetzgebung gegen „squatters“, also illegale Siedler; eine Politik gegen die Land-Stadt-Migration, insbesondere durch forcierte Infrastrukturentwicklung in den ländlichen Gebieten vor allem Malaitas; eine Überprüfung des bestehenden föderalen Systems der Provinzen und Provinzregierungen (die Salomonen sind verwaltungsmäßig in neun Provinzen und die Hauptstadt gegliedert); eine Politik, die „eine gleiche und faire Vertretung aller Provinzen in der nationalen Verwaltung und der Polizei“ anstrebt. Ferner wurde festgelegt, daß alle bewaffneten Gruppen sofort aufzulösen und daß alle Waffen an festgelegten Übergabepunkten auszuhändigen seien. Eine Amnestie, wie von einzelnen IFM-Führern verlangt, wurde ausdrücklich ausgeschlossen.

Der „Schönheitsfehler“ dieses Abkommens bestand darin, daß das IFM selbst gar nicht zu den Verhandlungspartnern und Unterzeichnern gehörte; es unterzeichnete lediglich der Premierminister der Provinzregierung von Guadalcanal, Ezekiel Alebua, dem gewisse Verbindungen zum IFM nachgesagt wurden, gleichsam in deren Namen. Das Problem aber war, daß sich Alebua und Rabuka zwar vorab mit einzelnen IFM-Führern verständigt hatten und deren Einverständnis mit dem „Honiara Peace Accord“ eingeholt hatten, daß diese Führer aber keineswegs für alle IFM-Einheiten zu sprechen autorisiert waren. Auch später unterzeichneten nur einzelne IFM-Führer nachträglich.

Beim IFM nämlich handelt es sich nicht um eine einheitliche Organisation mit klaren Kommando- und Kontrollstrukturen; vielmehr agieren mehrere lokal gebundene Gruppen weitgehend unabhängig voneinander. Insbesondere gibt es ein „Kommando Ostküste“ und ein „Kommando Westküste“. Auch ideologisch und in der Zielsetzung ist das IFM uneinheitlich. So gibt es zumindest zwei Strömungen:

Erstens eine bereits seit langer Zeit bestehende traditionalistisch-fundamentalistische Gruppierung, die ihre Stützpunkte an der entwicklungspolitisch stark vernachlässigten und zurückgebliebenen Südküste Guadalcanals hat und die in Zusammenhang steht mit dem sog. Moro-Kult oder Moro-Bewegung, so benannt nach ihrem Führer Pelise Moro, einem angesehenen chief aus Komuvaolu an der Südküste. Die Anhänger dieser Bewegung sind anti-europäisch und anti-modernistisch eingestellt, haben bereits gegen die britische Kolonialverwaltung opponiert und lehnen auch heute grundsätzlich das moderne Staatswesen und westliche Einflüsse ab.

Zweitens eine dezidiert politische Gruppierung, die sich aus gebildeten, urban orientierten jüngeren Leuten zusammensetzt, die den modernen politischen Diskurs beherrschen. Sie argumentieren mit dem Recht auf Selbstbestimmung für die Bevölkerung von Guadalcanal und fordern größere Autonomie („state government“) für ihre Insel.

Schließlich haben sich auch mehr oder minder kriminelle Elemente der Bewegung angeschlossen, um sich durch Brandschatzung, Raub und Geiselnahmen persönlich zu bereichern.

Es zeigte sich alsbald, daß das Honiara-Abkommen noch keinen Durchbruch zu einer friedlichen Regelung brachte; auch im Juli und August 1999 kam es noch zu tödlichen Zusammenstößen. Daher wurde am 12. August 1999 ein weiteres Dokument, das sog. Panatina Agreement, unterzeichnet, welches die Implementierung des Honiara-Abkommens regeln sollte. Im Panatina-Agreement wurde zusätzlich vereinbart, daß die Polizei ihre Aktionen deutlich zurückschrauben und ihre Präsenz verringern sollte, daß im Gegenzug die IFM-Kämpfer in ihre Heimatdörfer zurückkehren und mit der Abgabe ihrer Waffen beginnen sollten und daß die Regierung den Ausnahmezustand „in angemessener Frist“ aufheben sollte. Auch dieses Übereinkommen wurde nicht von IFM-Repräsentanten unterzeichnet.

In der Folgezeit erwies es sich als schwierig, den Inhalt der zwei Abkommen an die „Basis“, in die Dörfer und an die lokalen Einheiten der IFM zu vermitteln. Die Umsetzung der Abkommen kam daher nur schleppend voran. Nur im Norden und Westen Guadalcanals entspannte sich die Lage; im Osten und Süden kam es weiterhin zu Zwischenfällen. Die Abgabe der Waffen durch die IFM verzögerte sich immer wieder; den „Militants“ gesetzte Fristen zur Waffenübergabe mußten mehrfach verlängert werden, die meisten Waffen wurden schlicht nicht übergeben. (Abgesehen davon ist es auf den Salomonen relativ leicht, jederzeit an Kleinwaffen zu gelangen: Ein Großteil der Ausrüstung des IFM bestand bzw. besteht aus reaktiviertem Gerät aus dem Zweiten Weltkrieg, von dem auf den Salomonen noch immer große Mengen vorhanden sind, befand sich hier doch einer der Hauptkriegsschauplätze des Pazifikkrieges zwischen Japanern und Alliierten.).

Die Regierung setzte als Zeichen guten Willens den bisherigen Oberkommandierenden der Polizei (einen Malaitaner) ab und betraute Ende September 1999 einen neuseeländischen - also „neutralen“ - Polizeioffizier mit diesem Amt, und zwar handelte es sich dabei um einen Maori, also einen indigenen Neuseeländer. Ferner hob sie Mitte Oktober tatsächlich den Ausnahmezustand auf und zog ihre paramilitärischen Polizeieinheiten aus jenen Regionen zurück, die als Hochburgen der IFM galten. Zudem lud sie eine internationale Friedensbeobachtergruppe nach Guadalcanal ein, die die Implementierung der Friedensabkommen überwachen sollte. Diese „Peace Monitoring Group“ bestand aus 20 (unbewaffneten) Polizeioffizieren aus Fiji und Vanuatu und wurde von Australien und Großbritannien finanziert. Sie nahm Anfang November 1999 ihre Tätigkeit auf. Ihre Hauptaufgabe sollte die Kontrolle der Übergabe der Waffen durch das IFM sein. Doch blieb sie weitgehend ohne Erfolg.

Eine neue Dimension erhielt der Konflikt Anfang des Jahres 2000 dadurch, daß sich nun auch auf Seiten der Malaitaner eine bewaffnete Gruppierung bildete, die "Malaita Eagle Force" (MEF - so benannt nach einem populären malaitanischen Fußballclub), die sich vornehmlich aus Angehörigen vertriebener malaitanischer Familien rekrutierte und der sich ebenfalls mehrere Hundert Kämpfer anschlossen. Die MEF versorgte sich durch Überfälle auf Depots der Polizei mit Waffen (wobei allerdings der Verdacht besteht, daß diese "Überfälle" fingiert waren und mit der MEF sympathisierende malaitanische Polizeioffiziere ihre Hände im Spiel hatten). Gestützt auf Gewaltandrohungen forderte die MEF Kompensationen für die Ermordung und Vertreibung von Malaitanern und für die Zerstörung malaitanischen Eigentums sowie Rückkehrrecht für die Malaitaner. Seither standen sich im Konflikt drei Parteien gegenüber: die Zentralregierung und ihre Polizei, das IFM und die MEF (wobei man annehmen kann, daß die Provinzregierungen von Guadalcanal und Malaita mehr oder minder stark mit "ihren" Leuten in IFM und MEF sympathisierten). Der Regierung gelang es in den ersten Monaten des Jahres 2000 weder, zwischen den beiden rivalisierenden militanten Gruppen zu vermitteln, noch gelang es ihr, die staatliche Autorität mit Gewalt wieder herzustellen. Die Zusammenstöße zwischen MEF und IFM nahmen in dieser Zeit an Zahl und Heftigkeit zu, und zugleich häuften sich die Übergriffe auf unschuldige ZivilistInnen, die Opfer von Folter, „payback“-Tötungen, Geiselnahme, Vergewaltigungen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen wurden. Ein letzter Versuch der Regierung Ulufa'alu, eine Verhandlungslösung herbeizuführen, scheiterte im Mai 2000. Zu den für Anfang Mai in Buala, der Hauptstadt der

Provinz Isabel, anberaumten Friedensverhandlungen erschienen lediglich Vertreter der Zentralregierung und der Provinzregierung Guadalcanals, nicht aber Repräsentanten der Provinzregierung Malaitas oder der MEF und des IFM. Und bei den Friedensgesprächen in Auki, der Provinzhauptstadt Malaitas, Mitte Mai 2000 wiederum blieben Zentralregierung und die Provinzregierung Malaitas unter sich.

2.3 Die aktuelle politische Entwicklung seit dem Putsch vom 5. Juni 2000

Die Schwäche der Regierung wurde vollends offenbar, als die MEF und Teile der von Malaitanern dominierten Polizei am 5. Juni in einer sog. "joint operation" die Macht übernahmen. Ulufa'alu mußte mit seiner von den Putschisten geforderten Rücktrittserklärung diese Schwäche eingestehen. Ihm wurde von den Putschisten vorgeworfen, bei der Lösung des Konflikts versagt zu haben. Auch die internationalen Vermittler und die internationale Polizeitruppe erklärten ihr Scheitern und zogen sich zurück. Australische Truppen wurden in den Tagen nach dem Putsch lediglich dazu eingesetzt, australische StaatsbürgerInnen und andere AusländerInnen aus Honiara und Umgebung zu evakuieren.

Der Putsch war nicht zuletzt deshalb erfolgreich, weil sich ein Großteil der auf Guadalcanal stationierten Polizeikräfte mit der MEF verbündete. Das wiederum verwundert nicht, da die Polizei zu rund 75% aus Malaitanern bestand und malaitanisch geführt wurde (demgegenüber sind nur 30 Polizeibeamte aus Guadalcanal). Polizisten, die sich der "joint operation" nicht anschlossen, wurden entwaffnet und vertrieben bzw. flüchteten zur eigenen Sicherheit aus der Hauptstadt, so daß diese völlig unter Kontrolle der MEF gelangte. In Honiara und Umgebung kam es in der Folge zu massiven Übergriffen und Vertreibungsaktionen gegen Guadalcanalesen.

Die MEF erklärte dem IFM den "totalen Krieg". Durch die Übernahme von Waffen, Fahrzeugen und anderem Gerät der para-militärischen Polizeieinheiten und insbesondere der modern ausgerüsteten Patrouillenboote der Polizei war sie dem Gegner militärisch klar überlegen. Die IFM-Kämpfer wiederum kontrollierten die ländlichen Gebiete Guadalcanals; zudem brachten sie die Gold Ridge Mine (und die dort lagernden Sprengstoffvorräte) in ihre Gewalt. Die Mine mußte am 8. Juni 2000 ihren Betrieb einstellen, Management und Arbeiter mußten fliehen.

Die Kämpfe zwischen MEF und IFM erreichten nach dem Putsch im Juni und Juli 2000 eine bis dahin nicht gekannte Heftigkeit. Sie konzentrierten sich auf die Umgebung und Randbezirke Honiaras und den einzigen internationalen Flughafen des Landes, Henderson Airport bei Honiara. Das IFM mußte erhebliche Verluste in Kauf nehmen und Terrain in der Umgebung Honiaras aufgeben. Die MEF-Kämpfer gebärdeten sich in der Hauptstadt als die neuen Herren. Da im Zuge des Putsches auch das Gefängnis in Honiara von der MEF geöffnet und aufgelöst worden war (es wurde am 18. Juni offiziell geschlossen), konnten sich nun auch zahlreiche kriminelle Elemente als Trittbrettfahrer betätigen und von der chaotischen Lage in Honiara profitieren. Kriminelle, aber auch MEF-Mitglieder plünderten Geschäfte, "beschlagnahmen" Privatautos und brannten Häuser nieder. Guadalcanalesen, zusehends aber auch andere Nicht-Malaitaner waren Freiwild; viele Menschen flohen aus der Hauptstadt und der MEF-kontrollierten Umgebung. So teilten nunmehr Tausende von Guadalcanalesen das Schicksal der Malaitaner als Flüchtlinge und Vertriebene (die Rede ist von 3.000 bis 10.000 Personen).

Ende Juni kam es auf Betreiben der MEF-Führung zur Bildung einer neuen Regierung. Auch der gestürzte Ulufa'alu erklärte, daß er zwar nur der Gewalt gewichen sei, daß er aber im Interesse des Landes und der Wiederherstellung des Friedens bereit sei, eine neue Regierung zu akzeptieren. Nach wiederholten Verzögerungen versammelte sich schließlich die Mehrheit der Abgeordneten in Honiara und wählte am 30. Juni Manasseh Sogavare von der

Insel Choiseul zum neuen Premier. Er erhielt 23 Stimmen, sein Konkurrent Leslie Boseto aus dem Lager der ehemaligen Regierung Ulufa'alu 21. Allerdings hatten sich eine Reihe Abgeordneter geweigert, ins MEF-kontrollierte Honiara zu kommen, weil sie nicht unter dem Druck einer illegalen bewaffneten Gruppe ihrer parlamentarischen Arbeit nachgehen wollten. In der Tat hatte die MEF gedroht, das Flugzeug mit diesen Abgeordneten, die sämtlich Ulufa'alu-Anhänger waren, bei einem Landeversuch auf Henderson Airport abzuschießen.

Die MEF begrüßte die Wahl Sogavares und erklärte sich zur Zusammenarbeit mit dessen neuer Regierung bereit. Das IFM hingegen erkannte die Regierung Sogavare zunächst nicht an. Diese sei unter Druck und auf undemokratischem Wege zustande gekommen.

Gleichwohl gelang es Sogavare in der Folgezeit, in sein "Coalition Government of National Unity, Reconciliation and Peace" auch Mitglieder der ehemaligen Regierung Ulufa'alus einzubeziehen und die Tolerierung durch die nunmehr von Ulufa'alu geführte parlamentarische Opposition sowie die Provinzregierungen zu erreichen. Auch Australien und die anderen Nachbarstaaten erkannten die neue Regierung relativ rasch an.

Zur Hauptaufgabe machte es sich Sogavare, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand zwischen IFM und MEF zu vermitteln. Einen Rückschlag erfuhren diese Bemühungen dadurch, daß am 3. Juli zwei verwundete IFM-Kämpfer, die im Krankenhaus von Honiara lagen, von MEF-Mitgliedern kaltblütig umgebracht wurden. Um dennoch einen Annäherungsprozeß einzuleiten, bediente sich die Regierung Sogavare des Mittels der Kompensationszahlungen. Am 7. Juli wurde an Bord des australischen Kriegsschiffes Tobruk, welches im Juni zur Evakuierung der australischen Staatsbürger und anderer Ausländer eingesetzt worden war und das seither vor Honiara lag, in einer feierlichen Zeremonie eine erste Kompensations-Zahlung von 3 Mio SI-Dollars an Guadalcanal-Leute und 6,8 Mio an die Malaita-Seite geleistet. Weitere Kompensationszahlungen bzw. -zusagen in Richtung Guadalcanal und Malaita folgten (u.a. 70.000 SI-Dollar für die beiden im Krankenhaus ermordeten IFM-Mitglieder). Gleichzeitig bemühten sich Kirchen und andere NGOs, sowohl auf die einfachen Kämpfer als auch die Führung von IFM und MEF im Sinne einer friedlichen Lösung einzuwirken; von besonderer Bedeutung waren hierbei die Bemühungen von SICA (Solomon Islands Christians Association) und Melanesian Brotherhood.

Nachdem so ein Klima (leidlich) guten Willens geschaffen werden konnte und nachdem der Vizepremier Allan Kemakeza als Regierungsbeauftragter für den Waffenstillstand wiederholt getrennte Gespräche mit der MEF einerseits und dem IFM andererseits sowie den Provinzregierungen von Guadalcanal und Malaita geführt hatte, kam es seit dem 21. Juli an Bord der Tobruk zu Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Vertretern der MEF und des IFM. Allerdings nahm eine Reihe von IFM-Kommandeuren aus West-Guadalcanal daran nicht teil. Die MEF aber bestand auf der Anwesenheit aller IFM-Kommandeure. Nachdem mehrere Versuche, auch die Fehlenden auf die Tobruk zu holen, scheiterten, brach die MEF die Verhandlungen Ende Juli ab. Es kam zu neuerlichen Gefechten am Stadtrand von Honiara. Am 2. und 3. August gelang dann doch noch der Durchbruch. Am 2. August unterzeichneten die Kommandeure der MEF auf der Tobruk eine Waffenstillstandsvereinbarung, die dann nach Aruligo im Westen Guadalcanals gebracht wurde und dort einen Tag später von den IFM-Kommandeuren unterzeichnet wurde. Das Abkommen trat am 5. August in Kraft.

In diesem Abkommen wurden sog. "Areas of Influence" für die MEF und das IFM festgelegt, in denen sie die Kontrolle hatten, die sie aber nicht überschreiten durften. "Area of Influence" der MEF war im wesentlichen Honiara, mit bestimmten zusätzlichen Gebieten unmittelbar östlich und westlich der Hauptstadt. "Area of Influence" des IFM das restliche Guadalcanal, mit Ausnahme des Gebietes Marau im Osten. Die Royal Solomon Islands Police Force erhielt gemäß dieser Vereinbarung die Zuständigkeit für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung in Honiara zurück. IFM und MEF sollten ihre Waffen "niederlegen" - von einer Abgabe der Waffen war nicht die Rede. Überwacht werden sollte der Waffenstillstand von einem

achtköpfigen "Cease-Fire Monitoring Council", dessen Mitglieder einvernehmlich von Regierung, IFM und MEF bestellt wurden.

Zentralregierung, Provinzregierungen, Kirchen und NGOs begrüßten einhellig das Zustandekommen des Waffenstillstands. Dieser hielt im wesentlichen. Allerdings kam es zu vereinzelten Waffenstillstandsverletzungen, und zwar sowohl durch das IFM als auch durch die MEF. Doch konnte der "Ceasefire Monitoring Council" jeweils erfolgreich intervenieren und die Lage wieder beruhigen. MEF und IFM erklärten gleichermaßen, daß sie sich trotz der Zwischenfälle an den Waffenstillstand gebunden fühlten. Kämpfer von IFM und MEF kehrten in größerer Zahl in ihre Dörfer zurück.

Gleichwohl war Guadalcanal auch nach der Waffenstillstandsvereinbarung noch weit von Sicherheit, Ordnung und Frieden entfernt. Das IFM beherrschte nach wie vor die ländlichen Gebiete der Insel, die MEF Honiara und Umgebung. Guadalcanalesen konnten sich nicht in MEF-beherrschtes Gebiet trauen, Malaitaner nicht in IFM-Gebiet. Insbesondere in Honiara konnte von Wiederherstellung von Recht und Ordnung noch nicht die Rede sein. Trotz entsprechender Vereinbarungen im Waffenstillstandsabkommen übergab die MEF die Kontrolle nicht wieder an die Polizei - mit der Begründung, daß diese dazu noch zu schwach sei. Das war insofern fadenscheinig, als diese Schwäche ja gerade daraus resultiert, daß die MEF die Polizei entwaffnet hatte. Und so hatten die Einwohner der Hauptstadt weiter unter der Willkürherrschaft von undisziplinierten MEF-Kämpfern und kriminellen Banden zu leiden, die Geschäfte plünderten, private Fahrzeuge stahlen, Häuser niederbrannten und Nicht-Malaitaner bedrohten, beraubten und vertrieben.

Aber auch auf Malaita selbst verschlechterte sich die Sicherheitslage zusehends. Auch dort übernahm die MEF die Macht. Und undisziplinierte MEF-Kämpfer leisteten sich regelmäßig Übergriffe gegen die "eigenen" Leute. Immer mehr Waffen gelangten auf die Insel, und die Männer im Besitz dieser Waffen bedrohten ZivilistInnen, beraubten Geschäftsleute, schüchterten Frauen ein und beglichen persönliche Rechnungen. Auch auf Malaita bestehende Landkonflikte spitzten sich nunmehr zu; Zwistigkeiten zwischen Familien und Dörfern sowie innerhalb von Familien und Dörfern wurden zusehends gewaltsam ausgetragen. Frauen und Kinder lebten in Angst vor den bewaffneten und kriegstraumatisierten Männern. Besonders prekär war die Lage jener aus Guadalcanal stämmigen Ehefrauen von Malaitanern, die ihren Männern nach Malaita gefolgt waren und die nun in einer ihnen fremden und feindseligen Umgebung (oft ohne ihre Männer, die als MEF-Kämpfer nach Honiara zurück gingen) zurecht kommen mußten. Aber auch malaitanische Rückkehrer aus Honiara wurden von den Eingesessenen nicht immer freundlich aufgenommen und behandelt, weil dieser Zustrom Druck auf das Land, die Ernährungsbasis und die infrastrukturellen Einrichtungen mit sich brachte (zuwenig Unterkünfte, Schulen, Gesundheitsposten, Beschäftigungsmöglichkeiten für die massiv angestiegene Zahl von Menschen). Oft verwehrten die ortsansässigen landowners den Neuankömmlingen den Zugang zu Land und Wasser und deren Kindern den Zugang zu den Schulen. Die "law and order" - Situation auf Malaita verschlimmerte sich drastisch; auch hier spielten wie auf Bougainville der Konsum von selbstgebrautem Alkohol (kwaso) und die Eskapaden jugendlicher beschäftigungsloser "rascals" eine negative Rolle. Die von der MEF entwaffnete Polizei war machtlos - bzw. hatte sich in die MEF aufgelöst. Diese prekäre Lage hat sich bis zum Anfang des Jahres 2001 nicht verbessert.

Seit Ende August 2000 bemühte sich die Regierung um das Zustandekommen von Friedensverhandlungen. Auf dem vor der Küste Honiaras liegenden neuseeländischen Kriegsschiff Te Kaha begannen am 7. September nach mehrmaligen Verschiebungen "Vorgespräche" zur Vorbereitung solcher Verhandlungen. Sie gestalteten sich äußerst kompliziert, da es schwierig war, tatsächlich alle relevanten Akteure einzubeziehen. Schließlich kam man aber doch soweit, daß offizielle Friedensverhandlungen aufgenommen werden konnten. Australien erklärte sich bereit, hierfür einen neutralen Ort und die logistischen Voraussetzungen bereitzustellen. Mitte Oktober 2000 begannen auf der Garbutt Air Force Base in Townsville, Queensland, Friedens-

gespräche. An ihnen nahmen eine Delegation des IFM, der MEF und der Regierung - insgesamt 130 Personen - teil. Sie waren von australischen und neuseeländischen Militärmaschinen zum Tagungsort gebracht worden. Neuseeland und Australien waren ebenso wie das Commonwealth-Sekretariat mit Beobachtern bei den Gesprächen vertreten.

Nach sechstägigen Verhandlungen kam man schließlich am 15. Oktober zu einem Übereinkommen, dem Townsville Peace Agreement (TPA). Es sah u.a. die Einrichtung von entmilitarisierten Zonen, die Abgabe der Waffen durch die Milizen innerhalb von 30 Tagen, die Rückkehr der Kämpfer in ihre Heimatprovinzen und die Eingliederung ehemaliger Kämpfer in öffentliche Arbeitsprogramme vor. Überwacht werden sollte die Entwaffnung und die Einhaltung des Abkommens generell durch den Ceasefire Monitoring Council, welcher zum Peace Monitoring Council umgewandelt wurde, in Kooperation mit australischen und neuseeländischen Soldaten und Polizisten, die nach dem Vorbild der PMG auf Bougainville unbewaffnet sein sollten. Sie sollten innerhalb von 30 Tagen nach Vertragsabschluß auf den Salomonen stationiert werden und für zwei Jahre dort bleiben. Dieses International Peace Monitoring Team (IPMT) sollte alle Waffen und Munition von MEF und IFM unter ihre Kontrolle nehmen. Im Austausch gegen ihre Waffen wurde den Kämpfern der verfeindeten Milizen eine Amnestie zugesichert (ein entsprechendes Amnestiegesetz wurde am 18. Dezember 2000 vom salomonischen Parlament verabschiedet). Wer allerdings seine Waffen nicht innerhalb der 30-Tages-Frist abgeben würde, sollte auch nicht unter die Amnestie fallen. Schließlich einigte man sich auf eine detaillierte Untersuchung der Landkonflikte auf Guadalcanal und Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und den Provinzregierungen von Malaita und Guadalcanal über besondere Hilfen und Entwicklungsprojekte für die beiden Provinzen. Überdies sollen die Selbstverwaltungsrechte aller Provinzen ausgeweitet werden.

Nach seiner Rückkehr aus Townsville erklärte der Führer der MEF, Andrew Nori, daß der Krieg vorbei sei, daß die MEF innerhalb von Tagen oder höchstens Wochen ihre Lager und Stellungen auflösen werde und daß die MEF-Kämpfer Honiara verlassen würden. Dem folgten in den nachfolgenden Wochen allerdings keine Taten. Zwar beruhigte sich die Lage in der Hauptstadt etwas, doch faktisch blieb die MEF dort alleiniger Machtfaktor. Die Polizei war weiterhin durchsetzungsunfähig, weil sie Waffen und Gerät nicht zurückbekam. Die Frist, innerhalb derer die Kämpfer ihre Waffen aushändigen sollten, wurde Anfang November um vier Wochen - vom 15. November bis zum 15. Dezember - verlängert. Die Mitglieder des IPMT trafen zwar Mitte November in Honiara und auf Malaita ein, und es wurden von Australien Container angeliefert, in denen die abzugebenden Waffen eingelagert werden sollten. Doch begann die Aushändigung der Waffen nur äußerst schleppend. Kompliziert wurde die Lage noch dadurch, daß im November Spannungen innerhalb der MEF in Honiara offen aufbrachen. Mit ihrer Führung unzufriedene MEF-Mitglieder, die behaupteten, ihnen versprochene Geldzahlungen nicht erhalten zu haben, initiierten bewaffnete gewalttätige Demonstrationen in Honiara und brannten unter anderem das Gebäude nieder, in dem der MEF-Führer Nori sein Büro hatte. Wenige Tage später wurden von Gefolgsleuten Noris zwei der mutmaßlichen Brandstifter umgebracht. Das zeigte: Die MEF ist gespalten. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden MEF-Fraktionen sind künftig nicht auszuschließen.

Bis Mitte Dezember 2000 war offensichtlich nur ein geringer Teil der Waffen von MEF und IFM abgegeben worden, obgleich die - bereits verlängerte - Frist für die Einhäufigung der Waffen am 15. Dezember auslief. Der Vorsitzende des Peace Monitoring Council mußte wenige Tage nach Ablauf der Frist einräumen, daß ihrer gesicherten Kenntnis nach immer noch "mehrere Hundert" Waffen nicht abgeliefert worden seien. Das kleine, unbewaffnete IPMT (39 Mann) ist auf den guten Willen und die Kooperation der Kommandeure der bewaffneten Gruppen angewiesen, durchsetzen kann es die Waffenabgabe ebensowenig wie die Polizei. Es ist davon auszugehen, daß der Großteil der Waffen nicht eingehändigt wurde und auch nicht eingehändigt werden wird; diese Waffen werden entweder in ländlichen Gebieten Guadalcanals und Malaitas versteckt oder in Provinzen gebracht, die nicht unter das TPA fallen (insbe-

sondere die Western Province). In Honiara herrscht immer noch Gesetzlosigkeit; bewaffnete MEF-Mitglieder oder schlicht kriminelle Elemente holen sich bei Privatpersonen und Geschäftsleuten mit der Waffe in der Hand, was sie wollen; und immer wieder kommt es zu Brandstiftungen.

Auf Malaita ist die Sicherheitslage ebenfalls prekär; der große Zustrom von Waffen hat dort zu einer Militarisierung örtlicher Konflikte und zur Zunahme von Gewaltakten geführt (s.o.); die Provinzhauptstadt Auki war auch zum Jahresbeginn 2001 noch in der Hand der MEF; undisziplinierte MEF-Mitglieder drangsalierten und beraubten ZivilistInnen. Spaltungen innerhalb der MEF und zwischen MEF und MEF-kritischen Malaitanern bergen zudem die Gefahr zusätzlicher künftiger Gewaltanwendung.

Im ländlichen Guadalcanal hat sich die Lage demgegenüber offensichtlich beruhigt; viele IFM-Kämpfer sind in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt und haben ihre Waffen, wenn nicht abgegeben, so doch zumindest niedergelegt bzw. ihren Kommandeuren übergeben. Allerdings haben sich auf seiten des IFM nicht alle Gruppierungen dem Friedensprozeß angeschlossen. Eine besonders intransigente und gewaltbereite Gruppe von der Südwestküste unter Führung von Harold Keke hat sich als GRA (Guadalcanal Revolutionary Army) vom IFM gelöst. Gegenwärtig gibt es über diese Gruppierung unterschiedliche Nachrichten. Einmal heißt es, sie wolle weiterkämpfen und es bestehe die Gefahr, daß sie sich mit bewaffneten Gruppen aus der Western Province verbünde, dann wiederum heißt es, Keke sei in sein Dorf zurückgekehrt und wolle abwarten, wie sich der Friedensprozeß entwickle.

Noch völlig ungeklärt ist die sog. Marau-Frage. Der Küstenstreifen um Marau, nur 30 Bootsminuten von der Südküste Malaitas entfernt, im Osten Guadalcanals wird immer noch beherrscht von der Marau Eagle Force, einer von der MEF aufgebauten und mit dieser verbündeten bewaffneten Gruppierung, die ebenfalls gegen das IFM gekämpft hatte. Sie versteht sich als Schutztruppe der Ara-Ara sprechenden Bevölkerung der Region, einer mit den Malaitanern verwandten Sprachgruppe, die in schwere Landkonflikte mit der benachbarten guadalcanalesischen Bevölkerung (den Birau-Leuten) verwickelt ist. Die Ara-Ara-Leute wollen sich und ihr Siedlungsgebiet aus dem Verband der Provinz Guadalcanal herauslösen und künftig direkt der Zentralregierung unterstellt werden, während die Provinzregierung das nicht zulassen will. Die Marau-Frage wurde aus dem TPA ausgeklammert und gesonderten Verhandlungen vorbehalten. Solche Verhandlungen fanden im November 2000 statt, führten aber zu keinem Ergebnis. Daraufhin erklärten sich Australien und Neuseeland bereit, neue Verhandlungen an einem neutralen Ort technisch zu ermöglichen und zu finanzieren. Und so kam es nach einigen Verzögerungen zu weiteren Verhandlungen in Port Vila, der Hauptstadt Vanuatus. Daran nahmen rund 50 Vertreter aus Marau, vom IFM sowie der Provinzregierung Guadalcanals und der Zentralregierung teil. Ergebnisse lagen Anfang 2001 noch nicht vor. Die Marau Eagle Force hat sich noch nicht aufgelöst und ihre Waffen noch nicht abgegeben; die Marau-Frage birgt immer noch genügend Sprengstoff, um den Konflikt auch wieder in größerem Umfang gewaltsam eskalieren zu lassen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Entwaffnung und Auflösung der bewaffneten Gruppierungen, die gemeinhin als unabdingbar für die Wiederherstellung von Frieden, Sicherheit und Ordnung angesehen wird, zum Jahresbeginn 2001 erst äußerst unvollständig vollzogen ist.

2.4 Folgen des Gewaltkonflikts und Ausgangslage für Wiederaufbau und Friedenskonsolidierung

Die Salomonen stehen in Hinsicht auf die Konfliktsituation zur Zeit ungefähr dort, wo Bougainville im Oktober 1997, nach dem Burnham Truce, stand. Im besten Fall gehen sie gegenwärtig in die schwierige Phase des "post-conflict peace building", der Friedenskonsolidierung

in Nachkriegszeiten also, über. Wiederaufbau, Versöhnung, Wiederherstellung demokratischer staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Verhältnisse sind die Aufgaben dieser Phase. Das wird lange dauern, zumal die Ausgangsbedingungen schlecht sind. Für die kleinen Salomonen haben Putsch und Krieg, auch wenn sie im Vergleich zu anderen Kriegsschauplätzen der Welt nur relativ wenige Opfer gekostet haben, eine ungeheure Belastung für gesellschaftliche Stabilität und künftige Entwicklungschancen gezeitigt.

Der politische Zusammenhalt der Salomonen ist stark gefährdet worden. Nicht nur Guadalcanal fordert größere Autonomie, sondern auch in anderen Provinzen, die sichtlich entnervt sind von dem guadalcanalesisch-malaitanischen Konflikt, wurden zusehends entsprechende Forderungen erhoben. Die Rede ist von der Umstellung auf "state government" statt "provincial government", also größere Kompetenzen für die - insgesamt neun - Provinzen; zu diesen Kompetenzen soll dann insbesondere auch das Recht zur internen Migrationskontrolle gehören, um die Zuwanderung von Menschen aus anderen Provinzen begrenzen zu können (was unvereinbar wäre mit dem verfassungsmäßig verankerten Recht auf Freizügigkeit). In der Western Province leben separatistische Bestrebungen wieder auf. Sie hat sich am 7. Juli 2000 in "State of Western Solomons" umbenannt. Am 8. August folgte die Ost-Provinz Temotu (25.000 EinwohnerInnen) und erklärte sich zum "state" in "freier Assoziation" mit den Salomonen. Andere Provinzen folgten mit Schritten in dieselbe Richtung. Im TPA mußte diesen Tendenzen Rechnung getragen werden, indem man sich darauf einigte, über den künftigen föderalen Staatsaufbau der Salomonen und entsprechende Verfassungsänderungen zu verhandeln. Seither hat es Gespräche über den Übergang vom Provinzsystem zu einem System des „state government“ gegeben. Hierüber ist man sich im Prinzip einig, die Ausgestaltung des neuen Systems steht allerdings noch aus. Ebenso ist die Gefahr sezessionistischer Bewegungen noch nicht gebannt. Zum Jahresende 2000 drohten die Provinzen Temotu, Makira-Ulawa, Rennell-Bellona und Western immer noch damit, sich abzuspalten. Zwar haben kleinere Provinzen wie etwa Temotu kaum die Ressourcen, die ein eigenstaatliches Überleben möglich machen könnten, bei der Western Province sieht das allerdings anders aus. Und Regierung sowie Bevölkerung von Western sind mit dem TPA und der jüngsten Entwicklung generell unzufrieden; hier baut sich womöglich neues (Gewalt-)Konfliktpotential auf. Hinzu kommen in diesem Falle die geographische Nähe und die verwandtschaftlichen Beziehungen zu Bougainville, was für bestimmte sezessionistische Kräfte in Western und auf Bougainville ein Zusammengehen attraktiv erscheinen lassen könnte. Die Desintegration des salomonischen Staatsverbands ist eine konkrete Gefahr, zumal es ein „salomonisches“ Nationalbewußtsein kaum gibt. Vielmehr ist der Krieg auch Ausdruck des bisher gescheiterten nation-building auf den Salomonen. Kenner der politischen Verhältnisse bezweifeln, daß eine Umstrukturierung des staatlichen Aufbaus dieses Problem tatsächlich lösen kann, gehe es doch nicht so sehr um das „system of government“, sondern um die „quality of political leadership“ – und daran hapert es auf den Salomonen wie in anderen pazifischen Inselstaaten. Die gegenwärtige salomonische Regierung jedenfalls hat kaum Autorität, sie ist auf undemokratischem Wege zustande gekommen (s.o.) und letztlich immer noch abhängig von der MEF. (KritikerInnen aus den NGO's gehen sogar soweit zu behaupten, daß die Regierung von der MEF kontrolliert werde und Andrew Nori, der Führer der MEF, das letzte Wort habe). Neuwahlen könnten zumindest das Legitimationsproblem beheben; turnusgemäß stehen Wahlen in 2001 an, doch ist bereits die Rede davon, diese zu verschieben, um die Lage weiter zu beruhigen... Eine Verschiebung wäre der Stabilisierung des Friedensprozesses ebensowenig dienlich wie „Wahlen um jeden Preis“, d.h. also womöglich unter dem Druck nach wie vor bewaffneter paramilitärischer Gruppierungen, um eine pro forma legitimierte Regierung zu haben (das scheint die von Australien favorisierte Option zu sein).

Ebenfalls schwer geschädigt durch den Konflikt wurden Wirtschaft und soziale Institutionen des Landes. Nicht allein die Goldmine hat ihren Betrieb eingestellt, sondern auch die beiden anderen großen Unternehmen des Landes, die Solomon Islands Plantation Company und

Solomon Taiyo, die größte Fischerei-Gesellschaft der Salomonen (jeweils rund 2000 Beschäftigte). Die malaysischen Holzfirmen haben sich und ihr Personal gänzlich zurückgezogen. Das Geschäftsleben in Honiara war zeitweise nahezu zum Erliegen gekommen und erholt sich nur langsam. Der Tourismus ist zusammengebrochen. Mindestens 8.000 Arbeitsplätze gingen infolge des Krieges verloren. Das Bruttosozialprodukt ist um rund 40% zurückgegangen. Die Exporte sind um mehr als 40%, bei Fischereiprodukten sogar um 75% gesunken. Der Vertreter der Salomonen auf der EU-AKP-Versammlung David Sitai erklärte im Oktober 2000, es werde wohl ein Jahrzehnt dauern, bis die salomonische Wirtschaft wieder auf das Vorkriegsniveau gebracht sei.

Seit Monaten sind die Schulen auf Guadalcanal geschlossen, nur in Honiara wurde der Schulbetrieb wieder aufgenommen. Das Gesundheitswesen ist massiv angeschlagen. Zehntausende von Menschen leben nach wie vor als Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern, im Dschungel oder bei Freunden und Verwandten. Traf das Vertreibungsschicksal zunächst vornehmlich Malaitaner, so wurden nach dem Putsch auch mehrere Tausend Guadalcanalesen zu Vertriebenen, die zum Teil auf anderen Inseln Zuflucht suchen mußten; so gibt es in der Western Province guadalcanalesische Flüchtlingslager (nach anderen Informationen sind diese Flüchtlinge mittlerweile – Ende 2000 – zurückgekehrt). Und schließlich mußten auch Menschen aus anderen salomonischen Provinzen vor der Willkürherrschaft der MEF in Honiara und Umgebung fliehen, was dann wiederum auch zur Vertreibung von Malaitanern z.B. aus der Western Province führte. Das Rote Kreuz, die Kirchen und World Vision bemühten sich um Nothilfe und Grundversorgung für die Displaced Persons.

Für den Wiederaufbau zerstörter Häuser und Infrastruktur, für die Rücksiedlung und Wiedereingliederung der Flüchtlinge usw. usf. werden große Summen benötigt werden. Der Staatshaushalt der Salomonen aber ist selbstverständlich durch den Krieg massiv belastet worden. Die Kassen der Regierung sind nahezu leer. Der öffentliche Dienst funktioniert nicht mehr, die Gehälter der Staatsangestellten können nur unregelmäßig ausbezahlt werden.

Voraussetzung für eine Stabilisierung der Verhältnisse und die Einleitung von Wiederaufbau und Versöhnung ist die Schaffung einer einigermaßen tragfähigen politischen Basis, die es erlaubt, die nach wie vor bestehenden Konflikte und Probleme künftig nicht-gewaltförmig zu bearbeiten. Hierzu sind über die Ergebnisse von Townsville hinausgehende politische Vereinbarungen vonnöten. Eine umfassende Friedensregelung wird eine Fülle von Fragen zu thematisieren haben. Dabei wird es einmal um Kompensationen für die sowohl auf seiten der Malaitaner als auch auf seiten der Guadalcanalesen angerichteten Schäden gehen. Es wird aber auch grundsätzlich um die Fragen des Zusammenlebens auf Guadalcanal und insbesondere in Honiara gehen müssen sowie um die Wiedereingliederung der MEF- und IFM-Kämpfer ins Zivilleben und nicht zuletzt um Zusammensetzung von Regierung, Verwaltung und Polizei sowie den Staatsaufbau der Salomonen (s.o.). Das TPA hat diese Fragen nur sehr allgemein und damit interpretationsfähig thematisiert. Kritiker des TPA gestehen daher zwar zu, daß es kurzfristig zur Kriegsbeendigung nützlich war (und daß es in diesem Sinne zum TPA auch keine Alternative gegeben habe), daß es aber mittel- und langfristig wegen seiner Unbestimmtheit und Auslegbarkeit in wichtigen Fragen nicht funktionieren kann und eher kontraproduktiv wirken wird; es verspreche allen möglichen Interessengruppen alles mögliche (und sei dadurch in sich widersprüchlich), ohne Wege zur Realisierung dieser Versprechen aufzuzeigen. Dies könne künftig Enttäuschungen und Frustrationen und damit neue Konflikte hervorrufen.

Die Erfahrungen aus dem Fall Bougainville zeigen in der Tat, daß es für die Lösung obiger Fragen langwieriger, ja Jahre dauernder Verhandlungen, bedarf. Allen Beteiligten muß klar sein bzw. werden, daß der Prozeß des post-conflict peace building einen langen Atem erfordert. Das gilt sowohl für die Aushandlung von tragfähigen Lösungen auf der politischen Ebene als auch für die friedenskonsolidierenden Prozesse an der gesellschaftlichen Basis. Friedenskonsolidierung an der Basis wiederum ist vonnöten, um Lösungen der politischen Probleme abzusichern und für die Menschen als bedeutsam und sinnvoll erscheinen zu lassen.

Eine Einbeziehung der „Graswurzel“-Ebene in die Verhandlungsprozesse ist daher nötig. Kritik am Zustandekommen des TPA aus den Reihen der Zivilgesellschaft bezieht sich genau auf diesen Punkt: NGO's, Kirchen, Frauengruppen seien in Townsville nicht mit in die Verhandlungen einbezogen worden (weil MEF und Australier das nicht wollten); ihnen sei das TPA lediglich nachträglich zum Abnicken vorgesetzt worden. Zudem sei das Abkommen in völlig unangemessener Hast (die Australier hatten ursprünglich nur drei Verhandlungstage vorgesehen, schließlich wurden es sechs) zusammengezwimmert worden, man hätte sehr viel mehr Zeit gebraucht, um ein langfristig tragfähiges Ergebnis zu erzielen. Die Defizite des Zustandekommens würden sich nunmehr rächen. Aus dieser Kritik wird zum Teil bereits die Forderung nach einer Neuverhandlung des TPA abgeleitet, etwa im Rahmen einer Nationalen Friedenskonferenz, an der dann gesellschaftliche und politische Kräfte aus allen Provinzen beteiligt sein sollten und deren Ergebnisse dann auch für die ganzen Salomonen gelten sollten (im Gegensatz zum TPA, welches sich auf Guadalcanal und Malaita beschränkt). Die mit dem Friedensabkommen von Townsville verbundenen Erwartungen auf rasche Lösungen jedenfalls täuschen und können daher leicht zu Enttäuschungen führen.

Mangelndes Zutrauen in die Haltbarkeit des TPA und den Friedensprozeß generell wirkt sich negativ auf den ökonomischen Wiederaufbau aus. Das Wirtschaftsleben müßte wieder angekurbelt werden. Die Geschäftsleute in Honiara müßten die Garantie bekommen, daß sie wieder ohne Angst vor Diebstahl, Raub und Plünderung ihre Geschäfte öffnen können. Den smallholders müßte wieder Marktzugang für die Vermarktung ihrer Produkte gewährt werden. Dazu muß die Verkehrs-Infrastruktur wiederhergestellt werden. Die großen Unternehmen, die vor allem auch wichtige Arbeitgeber und Devisenbringer sind, müßten ihren Betrieb wieder aufnehmen: SIPL, Gold Ridge Mine, Solomon Taiyo. Davon wird gegenwärtig lediglich geredet. Die Betreiber der Goldmine sehen sich mit der Forderung nach Neuverhandlung über Kompensationszahlungen, zusätzliche royalties für die Landbesitzer und eine Erhöhung von deren Anteilen an der Minengesellschaft sowie weiteren Entwicklungsprojekten für die Region konfrontiert. Die Landbesitzer aus dem Minengebiet und vom Unterlauf der durch den Minenbetrieb geschädigten Flüsse wollen eine Wiederinbetriebnahme nur zulassen, wenn ihren Vorstellungen Rechnung getragen wird. Delta Gold zeigt sich aber verhandlungsunwillig. Folglich kann es noch dauern, bis die Mine wieder produziert, zumal während der Unruhen deren Maschinenpark und Anlagen weitgehend zerstört bzw. entwendet wurden – was die örtliche IFM-Einheit allerdings nicht daran hinderte, im November 2000 von der Minengesellschaft 120.000 SI-Dollar als Entschädigung dafür zu verlangen, daß sie während des Krieges die Mine „geschützt“ habe. Ende des Jahres wurden ausländische Beschäftigte der Mine, die nach Abschluß des TPA zurückgekehrt waren, erneut aus den Salomonen abgezogen, weil sie bedroht worden waren. Neue, im Prinzip interessierte Investoren aus dem Ausland werden sich hüten, unter den aktuellen Bedingungen auf den Salomonen Geschäfte zu beginnen.

Gesundheitsposten und Krankenhäuser müssen wieder kontinuierlich arbeiten. Und vor allem müssen die seit Monaten geschlossenen Schulen auf Guadalcanal ihren Betrieb wieder aufnehmen, damit nicht ähnlich wie auf Bougainville ganze Jahrgänge ohne formale schulische Ausbildung bleiben. Allein in Zentral-Guadalcanal konnten nach einer Erhebung des YWCA aus dem Dezember 2000 rund 6000 SchülerInnen, die mit ihren Eltern in den „bush“ fliehen mußten, noch nicht wieder die Schule besuchen. Auf Malaita sind Schulen wegen des Zustroms der Flüchtlinge von Guadalcanal hoffnungslos überfüllt; viele Flüchtlingskinder können gar nicht zur Schule gehen. Auch werden die „school fees“ zunehmend zum Problem, weil viele Familien gegenwärtig kein Geldeinkommen erzielen können und daher diese Schulgebühren nicht entrichten können. Überall fehlt es an Unterrichtsmaterialien. Zahlreiche LehrerInnen sind noch nicht wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Hier stellt sich – wie bei anderen Staatsangestellten auch – das Problem der regelmäßigen Gehaltszahlung. Die öffentliche Verwaltung war während des Krieges zusammengebrochen; viele Staatsangestellte flohen in ihre Heimatdörfer oder wurden in unbezahlten Urlaub geschickt.

Besondere Probleme stellen sich beim (Wieder-)Aufbau in den entwicklungs- politisch bisher vernachlässigten Gebieten von Guadalcanal und Malaita. Das IFM hatte besonders großen Rückhalt an der sog. Weather Coast Guadalcanals, einer unzugänglichen, zurückgebliebenen Region im Südwesten. Dorthin sollten künftig besondere Entwicklungs-Anstrengungen gerichtet werden. Auf Malaita hat sich die ohnehin schon prekäre wirtschaftliche und soziale Lage durch den Zustrom Tausender Malaitaner von Guadalcanal weiter verschärft. Nicht von ungefähr hatten so viele Menschen ihre Heimatinsel verlassen: Bevölkerungswachstum, Landknappheit und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten hatten sie dazu gezwungen. Wenn künftig neuerliche Abwanderung von Malaita in großem Stil verhindert werden soll und wenn eine größere Zahl von Guadalcanal-Rückkehrern auf Dauer auf Malaita (re)integriert werden sollen, so bedarf das besonderer Anstrengungen zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im modernen Sektor, denn die traditionale Subsistenzwirtschaft wird perspektivisch nicht mehr hinreichen, um die wachsende Bevölkerung zu absorbieren. Im TPA werden zwar diverse Entwicklungsvorhaben für Guadalcanal und Malaita versprochen, doch ist völlig unklar, wie diese finanziert und implementiert werden sollen.

Etwaige besondere Entwicklungsmaßnahmen für Guadalcanal und Malaita können zu Neid und Mißgunst in den anderen Provinzen führen und damit die Grundlage für neuerliche gewaltträchtige Konflikte legen. So sind zum Beispiel auch die abgelegenen Provinzen Temotu und Rennell und Bellona von den Kriegsfolgen betroffen, weil Menschen aus diesen Provinzen vor den Kriegswirren auf Guadalcanal in ihre Heimat geflüchtet sind, wo nun aufgrund dieser Bevölkerungszunahme Probleme etwa mit der Wasserversorgung entstehen. Schon regt sich in den anderen Provinzen Unmut über die angebliche entwicklungs- politische Bevorzugung von Malaita und Guadalcanal, die so noch dafür belohnt würden, das Land in die tiefste Krise seiner Geschichte gestürzt zu haben.

Ein weiteres besonderes Problem des Wiederaufbaus stellt die Rückkehr und Reintegration der Vertriebenen und Flüchtlinge dar. Es werden vertriebene Malaitaner nach Guadalcanal zurückkehren wollen (insbesondere jene, die guadalcanalesische Ehefrauen haben; Kinder aus solchen „gemischten“ Ehen haben ganz besondere Identitäts- und Integrationsprobleme). Und es werden die vertriebenen und geflüchteten Guadalcanalesen in ihre Heimatdörfer zurückkehren wollen. Beide Gruppen brauchen Starthilfen zum Wiederaufbau ihrer zerstörten und niedergebrannten Häuser, zur Wiederbeschaffung von häuslichen Einrichtungsgegenständen, Werkzeug und sonstigem Eigentum sowie Unterstützung für die Wiederaufnahme landwirtschaftlicher Produktion (Saatgut, Geräte usw.). Es wird darauf zu achten sein, daß diese Unterstützung in gerechter und transparenter Weise erfolgt, damit nicht daraus wieder Unmut, Mißgunst und Konflikte entstehen. Besondere Unterstützungsmaßnahmen für Frauen (Kleinkredite, beschäftigungs- und einkommensschaffende Projekte) sind geboten.

Zum Wiederaufbau muß – auch das demonstriert der Fall Bougainville eindringlich – die Versöhnung dazu kommen. Noch befindet sich diese in den Anfängen. Traditionale Formen der Konfliktregelung und Versöhnung, die auf Bougainville große Bedeutung erlangten, gibt es auch auf den Salomonen, und sie können auch dort zur Konfliktlösung beitragen. Allerdings wurden sie auf den Salomonen in jüngster Zeit massiv pervertiert und dadurch diskreditiert. So geschehen vor allem mit dem „kastom“ der Kompensationen: Im traditionellen Kontext werden Kompensationen unmittelbar zwischen den im Streit liegenden Parteien ausgehandelt und von diesen Parteien direkt geleistet, um so einen Konflikt beizulegen und die Streitparteien wieder miteinander zu versöhnen; im Falle des malaitanisch-guadalcanalesischen Konflikts aber hat die Zentralregierung als dritte Partei „Kompensationen“ an beide Streitparteien geleistet, was die Verbindlichkeit der Konfliktregelung für die Parteien und die tatsächliche Aussöhnung zwischen ihnen gravierend beeinträchtigt. „Kompensationen“ meinte dabei schlicht Geldzahlungen an die Mitglieder und Führer der bewaffneten Gruppierungen. So erhielten etwa die MEF- und IFM-Mitglieder 1000 SI-Dollar pro Kopf als „Reisegeld“ für die Rückkehr in ihre Dörfer; nicht wenige der Kämpfer haben mehrfach kassiert. Letztlich versuchte die Re-

gierung – mit australischer Unterstützung – auf diese Weise das Stillhalten der Kombattanten zu erkaufen (und die MEF belohnt sie auf diese Weise dafür, daß diese die Regierung ja überhaupt erst an die Macht gebracht hat). VertreterInnen von Kirchen und Friedensgruppen kritisieren zu Recht, daß auf diese Weise die Kombattanten noch für ihr – rechtswidriges und menschenverachtendes - Tun belohnt werden; mit Kompensationen im traditionellen Sinne habe das nichts mehr zu tun. Zyniker formulieren es so: Der einzige Geschäftszweig, der gegenwärtig auf den Salomonen floriert, ist das Kompensations-Geschäft. „Echte“ Kompensationen und Friedenszeremonien im traditionellen Zusammenhang stehen demgegenüber noch weitgehend aus.

Ergänzt werden können traditionale Versöhnungsformen ebenso wie auf Bougainville durch moderne Formen. Der Bezug auf den gemeinsamen christlichen Glauben und damit das Engagement der Kirchen spielen hierbei wiederum ebenso wie auf Bougainville eine große Rolle. Gemeinsame Gebete und das gemeinsame Lesen der Bibel nahmen bei den Basis-Aktivitäten der für Waffenstillstand und Frieden arbeitenden Frauen (s.u.) einen großen Stellenwert ein. Friedenserziehung, die Bearbeitung von Kriegstraumata, Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs und die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission können zur Versöhnung beitragen.

Problematisch ist die Frage einer Amnestie für während des Krieges begangene Verbrechen. Bisher sind Mord, Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen, die von allen Seiten (MEF, IFM, Polizei) während des Krieges verübt wurden, noch unaufgeklärt und ungesühnt; das Schicksal zahlreicher "Verschwundener" ist nicht geklärt. Gleichwohl verlangen die bewaffneten Gruppen eine (nahezu) bedingungslose Amnestie: Straffreiheit gegen die Abgabe der Waffen – so wurde es in Townsville vereinbart. Das kann dazu führen, daß selbst schwerste Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen ungesühnt bleiben. Das wiederum kann das Verhältnis von Tätern und Opfern (bzw. deren Angehörigen) fortdauernd belasten und damit womöglich Ausgangspunkt neuer (rächender) Gewalt sein. Es ist zu überlegen, ob dem durch traditionale Formen des Täter-Opfer-Ausgleichs und/oder Verknüpfung der Amnestie mit der Tätigkeit einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (nach südafrikanischem Vorbild) gegengesteuert werden kann. Amnesty international wendet sich entschieden gegen eine vollständige Amnestie und will Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter hiervon ausgenommen wissen. Gegen das Amnestiegesetz vom Dezember 2000 hat AI daher auch scharf protestiert, handele es sich dabei doch um ein „blanket amnesty law for virtually all crimes and human rights abuses“. AI warnte davor, daß dies „may encourage future political torturers and killers to expect to get away with atrocities“ (aus der Presseerklärung vom 19. Dezember 2000) und betonte, daß Frieden und Versöhnung nicht von Dauer sein können, wenn Mörder und Folterer ungestraft davon kommen. Auch die meisten NGO's auf den Salomonen selbst kritisieren den Amnestie-Ansatz des TPA; hiermit werde versucht, Frieden auf Kosten von Gerechtigkeit zu erkaufen, auf Dauer aber könne es Frieden nur auf der Basis von Gerechtigkeit geben. Eine Amnestie dürfe sich zunächst allenfalls auf die illegale Aneignung von Waffen und deren Gebrauch im Rahmen von Kampfhandlungen beziehen; für während des Krieges begangene Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen aber könne das nicht gelten, diesbezüglich müßten vielmehr Recht und Gesetz Anwendung finden (eine von NGO-VertreterInnen immer wieder gebrauchte Formulierung: „the full force of the law“ müsse reinstalled werden) bzw. die Täter müßten sich geregelten Verfahren vor einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission unterziehen, an deren Ende dann eine Amnestie stehen könne. Nur wenn die Wahrheit über Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen offenbart würde und die Täter sich bekennen würden, könnten auch Vergebung und Versöhnung folgen.

Der Fall Bougainville lehrt ferner, wie schwierig einerseits und wie notwendig für die Friedenskonsolidierung andererseits die Demobilisierung und Re-Integration der Ex-Kombattanten ist. Eine vollständige und dauerhafte Entwaffnung erscheint dabei – trotz der Vereinbarungen von Townsville (die sich wohlgerne nur auf Guadalcanal und Malaita be-

ziehen, Waffen und bewaffnete Gruppierungen in anderen Provinzen (z.B. Western) aber gar nicht thematisieren) – weder möglich noch unbedingt vorrangig. Auf den Salomonen als einem Hauptschauplatz des Pazifischen Krieges zwischen Alliierten und Japanern lassen sich auch heute noch mühelos Waffen und Munition aus jener Zeit reaktivieren, und während des Krieges scheinen moderne Waffen in großer Zahl eingeschmuggelt worden zu sein (wobei die „Bougainville-connection“ eine gewisse Rolle gespielt zu haben scheint). Die Regelungen des TPA bezüglich der Waffenübergabe sind unzureichend (s.o.), das Einsammeln der Waffen unter Aufsicht des IPMT und ihre Verwahrung in Containern kommt über symbolische Bedeutung kaum hinaus. Es geht also darum, die Anreize zur Benutzung von Waffen zu nehmen, deren Gebrauch moralisch zu diskreditieren und mit durchsetzbaren strafrechtlichen Sanktionen zu bedrohen. Hauptproblem sind dabei wie auf Bougainville die jugendlichen Ex-Kombattanten, die zur Zeit in Honiara oder ihren Dörfern beschäftigungslos „herumhängen“, große Mengen Alkohol und andere Drogen konsumieren und ein großes „law and order“-Problem darstellen, sind sie doch maßgeblich verantwortlich für die steigende Zahl von Raubüberfällen, Vergewaltigungen und sonstigen Gewaltdelikten. Womöglich stellt sich das Problem auf den Salomonen sogar noch schärfer als auf Bougainville. Immerhin sollen weit mehr als die Hälfte der Kämpfer arbeitslose Jugendliche gewesen sein, und es sollen sich zahlreiche Kindersoldaten in den Reihen insbesondere des IFM befunden haben. Dabei sollen Jugendliche auch gezwungen worden sein, sich den „Militants“ anzuschließen. Diesen Jungen und Jugendlichen gilt es bei der Bewältigung ihrer Kriegstraumata zu helfen und eine Perspektive im zivilen Leben zu eröffnen. Das meint vor allem Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten; und das wiederum ist äußerst schwierig angesichts der Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Salomonen unter 25 Jahren alt ist und daß schon vor dem Krieg jährlich ca. 8000 Schulabgänger um ca. 600 freie Stellen im modernen Sektor konkurrierten. Die Jugendarbeitslosigkeit wird generell als „Zeitbombe“ (so der SICA-Präsident Eric Takila) wahrgenommen.

Eine Option zur zumindest teilweisen Lösung dieses Problems scheint von seiten der Regierung und der Führungen von IFM und MEF darin gesehen zu werden, eine größere Zahl von Ex-Kombattanten in die wieder aufzubauende Polizei zu übernehmen. Das ist nicht unproblematisch, da viele ZivilistInnen während des Krieges sehr schlechte Erfahrungen mit diesen Kämpfern gemacht haben und ihnen gegenüber verständlicherweise großes Mißtrauen hegen. Völlig klar ist allerdings, daß die salomonische Polizei von Grund auf erneuert und umstrukturiert werden muß und daß dies ein entscheidendes Element für Erfolg oder Mißerfolg der Friedenskonsolidierung ist. Die salomonische Polizei hat während der Krise versagt und sich faktisch weitgehend aufgelöst. Die Mehrzahl der Polizisten hat sich der MEF, also einer illegalen bewaffneten Gruppierung, angeschlossen. Es ist noch nicht geklärt, wie mit diesen illoyalen Beamten verfahren werden kann. Angesichts der Machtverhältnisse wird man sie wohl großteils wieder aufnehmen müssen. So sieht es auch das TPA vor, welches andererseits aber auch eine künftig regional und ethnisch ausgewogene Zusammensetzung der Polizei anvisiert. Wie das unter einen Hut zu bringen ist, bleibt ein Geheimnis. Noch ist die Polizeiführung in der Hand der Malaitaner. Wie künftig Polizeibeamte, die loyal geblieben sind, und jene, die sich der MEF angeschlossen haben, wieder vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen, ist schwer vorstellbar, zumal die zur MEF gegangenen Polizisten in verschiedener Form vom Krieg profitiert haben (nicht zuletzt durch die auch ihnen gezahlten „compensations“), während die loyalen Beamten nur Nachteile hatten. Die Reintegration der abtrünnigen Polizisten wird jedenfalls eine schwere Belastung für die Zukunft darstellen.

Stimmen aus Kreisen der NGO's votieren dafür, die alte salomonische Polizei gänzlich aufzulösen, für eine Übergangszeit eine internationale Polizeitruppe ins Land zu holen und dann die Polizei mit ausländischer Unterstützung von Grund auf neu aufzubauen, wobei man vornehmlich auf eine ausgewogenere "ethnische" Zusammensetzung der Polizei zu achten ha-

be. Auf alle Fälle wird die neue Polizei eine gründliche Ausbildung auch in Fragen von friedlicher Konfliktbearbeitung, Mediation und Menschenrechtsarbeit benötigen.

Ähnliches wie für die Polizei gilt für das ebenfalls zusammengebrochene Justiz- und Gefängniswesen.

2.5. Voraussetzungen ziviler Konfliktbearbeitung: Der Zustand der Zivilgesellschaft und die Situation der NGO's

Jene Kräfte aus traditionellen gemeinschaftlichen und modernen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen, die für eine friedliche Bearbeitung des Konflikts eintraten, wurden mit der Eskalation des Konflikts zusehends in die Defensive gedrängt. Insbesondere nach dem Putsch vom 5. Juni 2000 waren ihre Handlungsmöglichkeiten drastisch eingeengt. Da die Waffensprachen, die Macht aus den Gewehrläufen kam und der Schutz eines rechtsstaatlich abgesicherten Gewaltmonopols nicht mehr gegeben war, hatten unbewaffnete, auf gewaltfreies Handeln verpflichtete Akteure einen schweren Stand. Sie wirkten angesichts der Dominanz gewaltbereiter und massiv Gewalt ausübender Gruppierungen hilflos und wurden, vor allem in der Phase der Willkürherrschaft der MEF in Honiara, Opfer von Einschüchterung und gewaltsamen Übergriffen. Den Gewalttätern war daran gelegen, zivile Konfliktlösungsalternativen zu diskreditieren und unmöglich zu machen. NGO's mußten ihre Aktivitäten daher oft einschränken, wenn nicht gar gänzlich einstellen, besonders exponierte NGO-VertreterInnen zum eigenen Schutz Honiara, Guadalcanal oder gar das Land verlassen. Abgesehen davon hatten die meisten internationalen bzw. ausländischen NGO's ihr Personal nach dem Putsch aus Sicherheitsgründen abgezogen.

Gleichwohl bemühten sich zivilgesellschaftliche Akteure auch während der schlimmsten Phasen des Konflikts um Vermittlung zwischen den Parteien und um Linderung der Not der Opfer. Hervorzuheben ist dabei das Engagement von Kirchen und kirchlich orientierten NGO's. Die Melanesian Brotherhood der Church of Melanesia war unermüdlich tätig. Angehörige der Melanesian Brotherhood setzten sich immer wieder persönlich großer Gefahr aus, um auf lokaler Ebene Waffenruhen zu vermitteln, lokale Dispute zu schlichten und vor allem Gewaltopfer zu retten und zu betreuen. Mehrfach gelang es ihnen, die Befreiung von Geiseln oder Gefangenen aus der Gewalt der bewaffneten Gruppierungen zu erwirken. Nach Abschluß des Waffenstillstands und dann des Friedensabkommens waren sie es, die bei deren Überwachung an der Basis eine hervorragende Rolle spielten.

Der bedeutendste zivilgesellschaftliche Beitrag zur Lösung des Gewaltkonflikts war eine dreitägige Nationale Friedenskonferenz, die von der Solomon Islands Christian Association (SICA) bzw. dem SICA-Friedensbüro organisiert wurde und vom 25.-27. August 2000 an Bord der neuseeländischen Fregatte Te Kaha vor der Küste Honiaras stattfand. Daran nahmen 150 Menschen aus allen salomonischen Provinzen und Honiara teil. Es handelte sich um Delegierte von Kirchen, Frauen- und Jugendorganisationen sowie der Geschäftswelt und um traditionale Autoritäten wie Dorfälteste und chiefs. Ziel dieser Nationalen Friedenskonferenz war die Initiierung eines umfassenden und inklusiven Friedensprozesses. Hierfür sowie für die Grundprinzipien eines nachhaltigen Friedensabkommens und einer post-conflict Friedenskonsolidierung wurden zahlreiche Vorschläge gemacht: Demilitarisierung unter internationaler Kontrolle, Neubestimmung des Verhältnisses von Zentralregierung und Provinzen, Neuaufbau der Polizei, konditionierte Amnestie, Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, Kompensation, Rehabilitation, Versöhnung usw. Mit dieser Konferenz meldete die Zivilgesellschaft deutlich ihren Anspruch an, als aktiver Partner in alle Friedensbemühungen einbezogen zu werden. Das stieß auf Vorbehalte und Widerstand bei den bewaffneten Gruppierungen. Zu den Friedensverhandlungen in Townsville im Oktober 2000 wurden daher Vertreter der Zivilgesellschaft nicht zugelassen, insbesondere wegen der ablehnenden Haltung der MEF,

der sich die Regierung und die australischen Gastgeber beugten. Es bleibt abzuwarten, was dies für die Nachhaltigkeit der Friedenskonsolidierung bedeutet. Der Fall Bougainville zeigt jedenfalls, daß gerade die starke Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure sich äußerst positiv auf den Friedensprozeß auswirkte. Diese Chance wurde auf den Salomonen bisher noch nicht in ausreichendem Maße genutzt. Gleichwohl bemühen sich die NGO's, intensiver ins Spiel zu kommen. Neben SICA, Melanesian Brotherhood und anderen kirchlichen Gruppierungen sind dabei besonders zu erwähnen der Solomon Islands Development Trust (SIDT) und Development Services Exchange (DSE), die sich auch bereits während der heißen Phase des Konflikts für seine Beendigung und Zivile Konfliktbearbeitung eingesetzt hatten. DSE als Dachorganisation der entwicklungsbezogenen NGO's hatte bereits vor dem Putsch ein Friedenskomitee etabliert, das die entsprechenden Ansätze und Initiativen bündelte.

Nicht zuletzt waren es ebenso wie auf Bougainville die Frauen und Frauenorganisationen, die mit Entschiedenheit für eine Beendigung des Krieges, friedliche Konfliktbearbeitung und Versöhnung eintraten. Oft gingen sie unter großem persönlichen Einsatz an die „Front“, stellten sich zwischen die Parteien und versuchten die Kämpfer davon zu überzeugen, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren und die Waffen niederzulegen. Das "Dazwischengehen" (im wörtlichen Sinne) von Frauen bei den Kämpfen zwischen Männern ist eine Methode traditionaler Konfliktbeilegung auf den Salomonen.

Auch meldeten die Frauen sich mit eigenen Frauenkonferenzen und Erklärungen zu Wort. Bereits vor dem Putsch, am 19. Mai 2000, hatte es eine von rund einhundert Frauen aus Honiara und allen Provinzen besuchte Konferenz gegeben. Hier waren bereits Forderungen erhoben worden, die dann von der Nationalen Friedenskonferenz im August aufgegriffen wurden, z.B. Reorganisation der Polizei. Darüber hinaus thematisierten die Frauen auch Anliegen, die ihnen als von dem Krieg betroffene Mütter besonders nahe lagen. So forderten sie von den bewaffneten Gruppierungen, die Kindersoldaten und Jugendlichen unter 18 Jahren umgehend nach Hause zu schicken, Jugendliche in kommunale Entwicklungsprojekte einzubeziehen sowie Schulen und Gesundheitsposten wieder zu öffnen.

Aufbauend auf der Frauenkonferenz vom 19. Mai 2000 konstituierte sich nach dem Putsch in Honiara eine Frauengruppe, die sich "Women for Peace Group" nannte und der in Honiara ansässige Frauen aus verschiedenen salomonischen Provinzen sowie Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen (National Council of Women, YWCA, SIWNET u.a.) angehörten. Sie machte es sich zur Aufgabe, die bewaffneten Gruppierungen zum Niederlegen der Waffen zu bewegen und zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen. In der Tat gelang es "Women for Peace", mit Vertretern der Regierung, der Polizei und von IFM und MEF zu sprechen. Mit einem "Women's Plea for Peace" traten sie an die Öffentlichkeit. Darüber hinaus organisierten sie verschiedene Basisaktivitäten, so Besuche in den Militärlagern bei den Kämpfern von IFM und MEF und in Flüchtlingslagern sowie regelmäßige wöchentliche Friedensgebete. Die katholischen Nonnen der Gruppe organisierten ein Austauschsystem zwischen den Frauen von Honiara und den Frauen aus der Umgebung (exchange of baskets). Die Frauen von Honiara überbrachten in ihren baskets z.B. Reis, Dosenfisch, Streichhölzer, Seife, Salz und Zucker - also Güter des täglichen Bedarfs, die wegen des Krieges im ländlichen Guadalcanal nicht mehr zu bekommen waren; und die Frauen von Guadalcanal übergaben dafür Lebensmittel aus ihren Gärten wie Kartoffeln, Gemüse und Früchte, an die die Stadtfrauen sonst nicht mehr herankamen. So wurde ein lebhafter Austausch über die "Grenze" hinweg angestoßen.

2.6 Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und Zivilen Friedensdienst

Konkrete Projekte im Bereich Friedenskonsolidierung sind noch rar und kommen nur langsam in Gang. Zwei Beispiele: Im September 2000 absolvierten 53 Studenten, denen die Regierung die Fortführung ihres Studiums an der University of the South Pacific in Fiji nicht weiter finanzieren konnte, einen friedens- und entwicklungspolitischen Kurs, der sie befähigen sollte, in den kommenden Monaten auf Gemeindeebene Entwicklungsprojekte zu unterstützen und zur Bearbeitung sozialer Konflikte beizutragen. Diese Studenten sind gegenwärtig noch „im Feld“, über Erfolg oder Mißerfolg dieser Initiative ist daher noch nichts bekannt. Im Dezember 2000 wurde ein zweiwöchiger „Critical Incident Stress Management Course“ von der katholischen Kirche in Honiara mit Frauen und Ex-Kombattanten durchgeführt; er wurde von Father Makario aus Fiji geleitet (Father Makario ist in Fiji sehr bekannt und anerkannt wegen seines „trauma counselling“ für Opfer von Putsch und Meuterei auf Fiji). Solche Absätze bleiben allerdings gegenwärtig punktuell und unkoordiniert. DSE, die Dachorganisation aller entwicklungspolitischen NGO's in den Salomonen, hat zwar ein ambitioniertes kohärentes Mehrjahresprogramm für Friedenskonsolidierung, Wiederaufbau und Versöhnung ausgearbeitet (das Non Governmental Organisation Peace and Development Support Programme August 2000 – 2006), doch ist völlig unklar, wie das finanziert und implementiert werden soll.

Externe Unterstützung kommt erst allmählich in Gang. Die EU hat während des Krieges eine Reihe von Hilfsprogrammen ausgesetzt. Neue Programme konnten wegen der Sicherheitslage nicht anlaufen (Implementierung des 1998er Stabex FMO; zusätzliche Strukturanpassungshilfen). Auf der anderen Seite hat die EU einige Projekte beschlossen, die direkt der Friedenskonsolidierung dienen sollen: Ein Mikro-Projekt-Programm zur Rücksiedlung von Vertriebenen (3 Mio Euro), ein Projekt zur Unterstützung von Medien und NGO's im Friedensprozeß (0,7 Mio Euro), ein Rehabilitationsprogramm (0,5 Mio Euro). Ferner ist beabsichtigt, ein Programm "Waffen für Frieden" mit 0,7 Mio Euro zu unterstützen: Tausch von Waffen gegen Werkzeuge und Geräte.

Die WHO, World Vision und das IKRK sind mit konkreten Nothilfeprogrammen vor Ort (diese Programme laufen allerdings gegenwärtig aus). UNDP, AusAid, die Weltbank, die Asian Development Bank, der IMF, die EU und Japan haben auf einer Tagung von VertreterInnen aus den Salomonen und potentiellen Geberorganisationen im Oktober 2000 in Brisbane, Australien, mehr oder minder konkrete Zusagen für mehr oder minder umfassende Wiederaufbauhilfen gemacht. UNDP und die ILO wollen gemeinsam ein "Overall Framework of Action" zur Koordination der Wiederaufbaumaßnahmen der verschiedenen UN-Agenturen ausarbeiten. Die Asian Development Bank hat Ende Dezember einen Kredit von rund 20 Mio australischen Dollar für ein „Post-Conflict Emergency Rehabilitation Project“ bewilligt; damit soll der Wiederaufbau von Regierungsgebäuden, Straßen, Brücken, Schulen etc. finanziert werden. Externe Organisationen und Institutionen, die direkt Unterstützung bei Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung leisten, sind demgegenüber bisher kaum präsent. Save the Children Australia hat im Rahmen des „Youth Outreach Programme in Solomon Islands“ im September 2000 die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen in Honiara begonnen; das Programm soll ab Anfang 2001 auf Guadalcanal, Malaita, Western sowie Rennell und Bellona ausgedehnt werden und explizit auch Friedens- und Versöhnungsaktivitäten umfassen. UNDP hat ebenfalls ein "youth mobilisation project" begonnen.

AusAid baut – mit erheblichem finanziellem und personellem Aufwand – eigene Strukturen für die Friedenskonsolidierung im Rahmen ihres Programms „Solomon Island Community Peace Restoration Fund“ auf. Bei den örtlichen NGO's stößt dieser Ansatz auf Skepsis, weil man sich übergangen und nicht ernst genommen fühlt und glaubt, daß man selbst mit eigener

intimer Kenntnis der Verhältnisse sehr viel besser in der Lage wäre, dieses Programm zu realisieren als von außen kommende Kräfte.

Externe Unterstützung bei Friedenskonsolidierung und post-konfliktiver Prävention ist vorrangig in folgenden Bereichen sinnvoll:

Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten: Hier ist - ähnlich wie auf Bougainville - an spezielle Ausbildungsprogramme für die jugendlichen Ex-Kombattanten zu denken, die es ihnen ermöglichen, sowohl versäumte schulische Ausbildung nachzuholen als sich auch für Berufe im Zivilleben zu qualifizieren. Dazu gehört aber auch Friedenserziehung und Traumabearbeitung, denn diese jugendlichen Kämpfer haben sich in den letzten Monaten in eine Unkultur der Gewalt verstrickt, die bei ihnen schwere seelische Schäden und moralisch-ethische Defekte hervorgerufen hat. Das muß bearbeitet werden, wenn diese Ex-Kämpfer auf Dauer erfolgreich ins Zivilleben reintegriert werden sollen. Zudem sollten möglichst kurzfristig cash-for-work - Programme aufgelegt werden, um die Jugendlichen "von der Straße" bzw. "aus dem Busch" zu holen, sie zu beschäftigen und ihnen die Möglichkeit zu geben, auf legale Weise an Geld zu gelangen - und um sie in ihren Dörfern zu halten, ist doch gegenwärtig zu beobachten, daß viele jugendliche Ex-Kombattanten, die in ihre Dörfer heimgekehrt sind, sich dort langweilen und daher wieder nach Honiara zurückstreben. UNDP will zusammen mit anderen UN-Agenturen und der salomonischen Regierung eine "Joint UN Programme Unit for Demobilization, Disarmament and Reintegration" etablieren - was dabei herauskommt, bleibt abzuwarten. Die South Sea Evangelical Church (SSEC) bereitet gegenwärtig eine Erhebung unter den (Ex-)Kombattanten vor: Erfasst werden soll, welche schulische und berufliche Ausbildung sie haben, welche Interessen und Bedürfnisse, Zukunftsvorstellungen usw. (verantwortlich: George Saemane vom Friedenskomitee der SSEC, zugleich DSE – Peace Office). Auf dieser Grundlage sollen dann Jugendprogramme konzipiert werden. (Da die SSEC vor allem auf Malaita stark ist, finden sich insbesondere unter den MEF-Kämpfern viele Angehörige der SSEC). - Allerdings gaben NGO-VertreterInnen zu bedenken, daß mit speziellen Programmen für jugendliche Ex-Kombattanten diese ein weiteres Mal zusätzlich „belohnt“ würden. Die Programme sollten daher grundsätzlich offen für alle Jugendlichen sein, eventuell mit besonderen Schwerpunkten für die Ex-Kombattanten.

Verarbeitung von Kriegserfahrungen und Versöhnungsarbeit: Insbesondere für die Kindersoldaten sind psycho-soziale Betreuungsmaßnahmen zu schaffen. Traumaarbeit mit Tätern und Opfern ist ebenso wichtig wie Trainingskurse in gewaltfreier conflict resolution. Die SSEC hat jüngst einen „Trauma Counselling Proposal“ erarbeitet und SICA vorgelegt, der vorsieht, professionelle „trauma counseling“ – Trainer anzuwerben, die Kirchenleute als „counselors“ ausbilden sollen.

Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen: Die erfolgreiche Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen ist unabdingbar für Friedenskonsolidierung; denn andernfalls würde hier ein neues gewaltträchtiges Konfliktpotential entstehen. Den heimkehrenden muß nicht allein Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Häuser und Haushalte und beim wirtschaftlichen Neuanfang zuteil werden, sondern sie müssen auch bei der sozialen Re-Integration unterstützt werden, kommen sie oft doch in ein soziales Umfeld, welches ihnen nicht unbedingt freundlich gegenübertritt. Das gilt vor allem für Menschen aus guadalcanalesisch-malaitanischen Misch-ehen. Guadalcanalesische Frauen, die mit ihren Männern auf Malaita bleiben (müssen), haben dort einen schweren Stand; aber auch malaitanische Männer, die mit ihren guadalcanalesischen Frauen nach Guadalcanal zurückkehren (wollen).

Aufbau einer Wahrheitskommission, die die Vorgänge während des Krieges aufarbeitet und insbesondere Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen aufdeckt, um so zu nachhaltiger Versöhnung beizutragen. Für die Zukunft sollte auch eine nationale Menschenrechtskommission oder ein Menschenrechtsbeauftragter institutionalisiert werden.

Neuaufbau der Polizei und Training der PolizistInnen in Mediation, Konfliktbearbeitung, Menschenrechtsarbeit (s.o.).

Wahlprozeßbegleitung und Wahlbeobachtung im Falle von Neuwahlen.

2.7 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst

Auch wenn gegenwärtig angesichts der nach wie vor zu instabilen Sicherheitslage der Einsatz von Friedensfachkräften noch nicht empfohlen werden kann, so ist doch für die nahe Zukunft unter der Voraussetzung einer sich weiter bessernden Sicherheitssituation ein solcher Einsatz durchaus vorstellbar. Friedensfachkräfte könnten tätig werden in folgenden Bereichen:

Trauma counselling bzw. Ausbildung hierfür;

Berufsausbildung(sprogramme) für jugendliche Ex-Kombattanten;

Training der (neu aufzubauenden) Polizei in Mediation, Konfliktbearbeitung, Bürgerrechten (allerdings nur unter der Voraussetzung, daß ein ernsthafter Neuaufbau der Polizei erfolgt);

Wahlbeobachtung und Wahlprozeßbegleitung, eventuell auch Unterstützung bei der Aufklärung über Wahlverfahren etc.

Capacity-building und Vernetzung von NGO's. Die NGO's haben während des Krieges stark gelitten. Sie sind aber für nachhaltige Friedenskonsolidierung unverzichtbar. Sie müssen gestärkt werden, um ihrer friedenskonsolidierenden Rolle gerecht werden zu können. Die Begleitung und Unterstützung durch externe Kräfte kann dabei von großer moralischer und psychologischer Bedeutung sein. Ihre Anwesenheit kann eine Schutzfunktion haben und zur Intensivierung der Kontakte zur Außenwelt beitragen. Auf der anderen Seite können Friedensfachkräfte, die den Wiederaufbau der NGO's und deren Friedensarbeit dokumentieren, u.U. wertvolle Lehren, die auf vergleichbare Konstellationen anwendbar sein können, "mit nach Hause nehmen" und weiter vermitteln.

Als Kooperationspartner kommen vor allem Kirchen und kirchlich orientierte NGO's in Betracht. Zum einen haben die Kirchen das dichteste und funktionsfähigste organisatorische Netzwerk an der Basis, welches auch die Menschen in abgelegenen Dörfern erreicht; und zum zweiten sind die Kirchen die Institution, die bei Bevölkerung, Regierung und militanten Gruppierungen gleichermaßen die höchste Akzeptanz besitzt. Zu denken ist insbesondere an SICA und YWCA als Kooperationspartnern.

SICA-Mitarbeiter haben während des Krieges Kontakt zu den „Militants“ gehalten, sind in den „bush“ gegangen und haben auf sie einzuwirken versucht, SICA hat – mit Unterstützung von AusAid und DanChurchAid – Nothilfemaßnahmen für Flüchtlinge durchgeführt (Verteilung von Zelten, Haushaltsgeräten etc.) und die Koordination der Hilfsmaßnahmen der Mitgliedskirchen übernommen. Das Peace Office von SICA hat während des Krieges wertvolle Dienste geleistet (s.o.), gegenwärtig ist es – vor allem wegen Finanzierungsproblemen – nicht funktionsfähig. Es könnte bei entsprechender Unterstützung zu einer zentralen Vernetzungsstelle für NGO-Aktivitäten auf dem Gebiet der Friedenskonsolidierung werden, zumal wenn es tatsächlich in absehbarer Zeit zu einer Nationalen Friedenskonferenz kommen sollte. Aus einer solchen Konferenz sollte ein ständiges Friedensbüro oder –komitee der Zivilgesellschaft hervorgehen; diese Funktion könnte das SICA-Peace Office – oder ein aus diesem hervorgehendes Gremium – übernehmen. Die Personen, die während des Krieges das SICA-Peace Office maßgeblich getragen haben (Matthew Wale, Bob Pollard, indirekt auch George Saemane vom Friedenskomitee der SSEC), sind sehr engagiert und kompetent. Sie haben allerdings das Problem, daß sie zum einen wegen ihres Engagements bei der MEF äußerst unbeliebt sind (sie wurden von der MEF massiv bedroht, ihre Häuser abgebrannt, zeitweise mußten sie Honiara aus Sicherheitsgründen verlassen), und daß sie zum anderen auch in Kirchenkreisen zum Teil als „unbequem“ gelten, weil sie sich persönlich sehr stark exponiert haben und SICA und die Kirchen immer wieder zu noch stärkerem Einsatz für den Frieden und eine klarere Sprache gegenüber den „Militants“ gedrängt haben.

Wenn es gelingt, das *SICA-Peace Office* wiederzubeleben, dann könnte im SICA-Kontext eine Friedensfachkraft sinnvoll eingesetzt werden, etwa auf den Feldern Capacity-building, Trauma counselling, Jugendarbeit. Insbesondere für letzteres eröffnen sich gute Möglichkeiten, da ab Januar 2001 eine (vom Council of World Mission unterstützte) Fachkraft (Rev. Gideon Tuke) für SICA Jugendarbeit machen wird und u.a. ein „drop-in centre“ für Jugendliche (Ex-Kombattanten) aufbauen soll. Ein christlicher Hintergrund sowie psychologische und sozialpädagogische Ausbildung und organisatorische Erfahrungen wären für eine Friedensfachkraft im SICA-Kontext erforderlich. Ansprechpartner für eventuelle ZFD-Maßnahmen sollte Charles Kelly, Leiter des SICA - Ecumenical Desk, sein.

YWCA war stark bei den Frauenfriedensaktionen während des Krieges engagiert. Die YWCA-Generalsekretärin Sophia Chottu war eine treibende Kraft in der Women for Peace Group. Gegenwärtig kümmert sich YWCA um die Frauen (insbesondere auf Guadalcanal), die immer noch unter den Folgen des Krieges leiden. Viele von diesen Frauen leben immer noch im „bush“, trauen sich nicht in ihre zerstörten Dörfer (und auf den Markt in Honiara) zurück und kämpfen um das Überleben ihrer Familien unter widrigsten Bedingungen. Nicht nur materiell und physisch hat der Krieg für sie große Zerstörungen und Verwundungen gebracht, sondern auch psychisch und spirituell. Und auch die Nachkriegssituation ist für sie schwer: „Domestic violence“ ist deutlich angestiegen, ebenso die Fälle von Vergewaltigungen, Geschlechtskrankheiten und „teenage pregnancies“. Viele Ehen sind zerrüttet, weil die Männer sich den bewaffneten Gruppierungen angeschlossen haben, lange Zeit von zu Hause fort waren und vielfach Verhältnisse mit anderen Frauen eingegangen sind (das gilt vor allem für die Männer aus Malaita, die zum Kämpfen nach Guadalcanal gegangen sind). Die Kinder dieser Frauen leiden an mangelnder medizinischer Versorgung, zur Schule gehen können die meisten immer noch nicht. Nach Aussage von YWCA brauchen diese Frauen neben der dringend benötigten materiellen Unterstützung vor allem psychische Betreuung. Trauma counselling wird daher hier ebenso wie auf Bougainville stark nachgefragt. Ausgebildete Kräfte hierfür gibt es nicht. Daher könnte hier ein Arbeitsfeld für Friedensfachkräfte im Zivilen Friedensdienst sein. YWCA wünscht sich externe Fachkräfte, die lokale Kräfte, die die Frauen und das Dorfleben kennen, in trauma counselling ausbilden. Psychologische/psychiatrische Kenntnisse und christliches Engagement werden von diesen Kräften ebenso erwartet wie die Bereitschaft, sich für mehrere Jahre auf die schwierigen Verhältnisse auf den Salomonen einzulassen. YWCA hat eine organisatorische Struktur, in die Friedensfachkräfte eingebunden werden können. Ein Problem ist angesichts der Finanzschwäche der Organisation der lokale Beitrag. Ansprechpartner für Maßnahmen im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes bei YWCA sind die Generalsekretärin Sophia Chottu und der Project Manager Moses S. Bariri.

3. Fiji

3.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung

Staat und Gesellschaft in Fiji befinden sich in einer tiefen Krise. Die internen Konflikte sind im Laufe des Jahres 2000 gewaltförmig eskaliert. Höhepunkte der Gewalteskalation waren der Putsch gegen die Regierung Chaudhry vom 19. Mai 2000 und die Meuterei einer Eliteeinheit der fijianischen Streitkräfte vom 2. November 2000. Gleichsam im Windschatten des Putsches kam es vielerorts zu gewaltsamen Übergriffen gegen den indisch-stämmigen Bevölkerungsteil. Noch hat die Gewalt in Fiji relativ (gerade auch in Relation zu den Fällen Bougainville und Salomonen) wenig Opfer an Menschenleben sowie an physischen und psychischen Zerstörungen gefordert. Da jedoch die der Gewalt zugrunde liegenden Konflikte bisher nicht bearbeitet, geschweige denn gelöst, wurden, sind für die Zukunft neuerliche Gewalteruptionen nicht auszuschließen. Auf Fiji geht es mithin sowohl um die Konsolidierung friedlicher Verhältnisse nach Putsch und Meuterei als auch um die Prävention neuerlicher – womöglich noch umfassenderer – Gewaltausbrüche.

Kurzfristig müssen zum Zwecke von Friedenskonsolidierung und Krisenprävention rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse wiederhergestellt werden. Gegenwärtig liegt die politische Macht bei demokratisch nicht legitimierten Institutionen, vor allem dem Militär, einer von diesem eingesetzten und abhängigen Interimsadministration und dem Great Council of Chiefs. Da eine Wiedereinsetzung der Regierung Chaudhry unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht realistisch ist, setzen sich demokratische und Menschenrechts-NGO's für die Bildung einer (Übergangs-)Regierung der Nationalen Einheit, Neuwahlen zum nächstmöglichen Zeitpunkt und die Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1997 ein. Nur unter diesen Voraussetzungen kann das Vertrauen der Mehrheit der BürgerInnen in die staatlichen Institutionen wiederhergestellt, die durch den Putsch und seine Folgen schwer angeschlagene Wirtschaft wiederbelebt und die internationale Stellung des Landes wieder normalisiert werden.

Mittel- und langfristig stehen die Menschen in Fiji vor der Aufgabe, einen umfassenden sozialen Strukturwandel zu bewältigen. Dabei geht es für die indigene fijianische Bevölkerung darum, in den verschiedensten Bereichen traditionale Vergesellschaftungsformen – die enge Bindung an das Land, die dörfliche Gemeinschaft, Subsistenzwirtschaft, das "chiefly system" – zu verbinden mit bzw. überzuleiten in moderne Sozialstrukturen und Lebensweisen, die gekennzeichnet sind etwa durch Urbanisierung, Individualisierung, Beschäftigung(slosigkeit) im modernen Wirtschaftssektor, politische Demokratie. Insbesondere für die junge Generation, die sich aus traditionellen Bindungen zu lösen beginnt, stellen sich Orientierungsprobleme und Schwierigkeiten, ihren Platz in einer im Übergang von Tradition zu Moderne befindlichen Gesellschaft zu finden. Daher verwundert es nicht, daß hier – ähnlich wie in Papua-Neuguinea und den Salomonen – arbeitslose männliche Jugendliche eine besonders problematische gewaltbereite soziale Gruppierung sind, die leicht als Fußvolk von Kräften mißbraucht werden kann, die ihrerseits die Übergangsprobleme zur Mehrung eigener politischer und wirtschaftlicher Macht nutzen wollen. Hinzu kommt als gleichsam fijianische Besonderheit, daß die Beziehungen zwischen dem indigenen fijianischen Bevölkerungsteil und dem – zahlenmäßig nahezu gleich starken – indischstämmigen Bevölkerungsteil endlich von den bisherigen Formen des Neben- und teilweise auch Gegeneinanders in ein multikulturelles Miteinander überführt werden müssen. Hierzu muß nicht allein das schwierige Problem des Verhältnisses von indigenen Landbesitzern zu indischstämmigen Landpächtern nachhaltig bearbeitet werden, sondern hier geht es auch um Fragen der inter-kulturellen und inter-religiösen Verständigung und der Überwindung wechselseitiger rassistischer Vorurteile.

Sowohl für die Bearbeitung der kurzfristigen politischen als auch der mittel- und langfristigen sozialstrukturellen Probleme kommt der Zivilgesellschaft und den NGO's große Bedeutung zu. Menschenrechtlich und demokratisch orientierte, um zivile Konfliktbearbeitung

bemühte NGO's sind in Fiji relativ stark (stärker als auf den Salomonen oder Bougainville und stärker auch als zur Zeit der Putsch von 1987) – so stark, daß sie von den politisch Mächtigen ernst genommen werden müssen (was sich zum einen in Repression, zum anderen in Gesprächsangeboten äußert). Sie sind aber noch nicht stark genug, um Ereignisse wie den Putsch vom 19. Mai und seine Folgen zu verhindern. Um aber Fiji nachhaltig auf den Weg von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bringen, müssen die Institutionen der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Sie können dann friedenskonsolidierend und krisenpräventiv wirken, etwa indem sie sich in ihrer Arbeit auf die gewaltbereiten sozialen Gruppen – vor allem die ländlichen und städtischen arbeitslosen männlichen Jugendlichen – konzentrieren sowie auf die Verständigung und Versöhnung zwischen den Bevölkerungsteilen. Für Friedensfachkräfte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes ergeben sich Einsatzmöglichkeiten folglich insbesondere auf den Gebieten von Friedenserziehung, Jugendarbeit, inter-kultureller und inter-religiöser Verständigung sowie Stärkung von Menschenrechts- und Friedensorganisationen und ihrer „Kampagnenfähigkeit“.

3.2 Zu Hintergrund, Ursachen und Geschichte des Konflikts

Am 19. Mai stürmte eine Handvoll bewaffneter Männer unter Führung von George Speight, einem bankrotten Geschäftsmann, das Parlamentsgebäude in Fijis Hauptstadt Suva und nahm 45 ParlamentarierInnen und Regierungsmitglieder, darunter den Premierminister Mahendra Chaudhry, als Geiseln. Die Putschisten forderten die Absetzung der vor Jahresfrist gewählten Regierung, die Aufhebung der seit 1997 gültigen Verfassung und eine Privilegierung der indigenen Fijianer gegenüber dem indischstämmigen Bevölkerungsteil. Im Gefolge des Putsches kam es zu massenhaften gewalttätigen Übergriffen gegen indischstämmige Fijianer und deren Eigentum. Das Militär übernahm am 29. Mai die Macht, setzte eine Übergangsregierung ein und führte langwierige Verhandlungen mit den Putschisten, denen erhebliche Zugeständnisse gemacht wurden. So wurde die 1997er-Verfassung suspendiert. Am 9. Juli wurde ein Abkommen mit den Putschisten geschlossen (Muanikau Accord), in dessen Folge die letzten Geiseln frei kamen. Die Putschisten, denen ursprünglich Straffreiheit zugesichert worden war, wurden schließlich doch verhaftet, weil sie gegen das Muanikau-Abkommen verstoßen haben sollen (keine vollständige Abgabe ihrer Waffen). Gleichwohl blieb die ehemalige Regierung Chaudhry abgesetzt und die Verfassung außer Kraft. Am 2. November meuterte eine Eliteeinheit der fijianischen Armee, die bereits in den Putsch verstrickt gewesen war. Die Meuterei wurde von loyalen Einheiten niedergeschlagen.

Die Interimsregierung hat eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingesetzt und Neuwahlen für 2002 versprochen. Der Putsch vom 19. Mai und die darauf folgenden Geschehnisse haben Staat und Gesellschaft in Fiji in eine ernste Krise gestürzt, die bis heute nicht überwunden ist. Der Putsch hat die Widersprüche und Konflikte zwischen indischstämmigen und indigenen Fijianern, aber auch zwischen verschiedenen sozialen und politischen Gruppierungen der letzteren, bloßgelegt und dramatisch vertieft.

Den Geschehnissen des Jahres 2000 liegen Ursachen zugrunde, die in Geschichte und sozialer Struktur des Landes begründet sind; sie haben eine länger zurückreichende komplizierte Vorgeschichte.

Fiji, im Zentrum des Südpazifik gelegen, besteht aus 332 Inseln, von denen 109 bewohnt sind. Ihre Gesamt-Landfläche beträgt rund 18.000 Quadratkilometer. Die drei großen Inseln Viti Levu (rund 10.000 qkm), Vanua Levu (5500 qkm) und Taveuni (435 qkm) umfassen rund 90% dieser Fläche. Auf der Hauptinsel Viti Levu finden sich die vier größten Städte, die Hauptstadt Suva mit rund 160.000 Einwohnern, Lautoka (30.000), Nadi (8000) sowie Ba (7000). Von den rund 830.000 Bewohnern leben 86% auf den drei großen Inseln, 70 % allein

auf Viti Levu. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung wohnt auf dem Lande, doch der Zuzug in die Städte ist ein wesentliches strukturveränderndes Merkmal der jüngsten Zeit; Fiji ist sehr viel stärker urbanisiert als die anderen pazifischen Inselstaaten. Eine weitere Besonderheit der fijianischen Gesellschaft ist ihre Multiethnizität. 51% der Bevölkerung sind indigene melanesische Fijianer, 44% sind indischstämmig, die restlichen 5% sind Europäer, Chinesen und Insulaner aus anderen Regionen des Pazifik.

Die Indo-Fijianer sind Nachkommen der von den britischen Kolonialherren – Fiji wurde 1874 britische Kolonie – in der Zeit zwischen 1879 und 1916 zur Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen auf die Inseln geholten etwa 60.000 indischen Arbeitskräfte. Von diesen blieben rund 40.000 nach Ablauf ihrer auf zehn Jahre befristeten Zeitarbeitsverträge auf Fiji. Sie wurden zunächst vornehmlich Zuckerrohrbauern, betätigten sich dann aber auch als Geschäftsleute oder in Verwaltung, Finanz-, Schul- und Gesundheitswesen usw. Das führte dazu, daß die wirtschaftliche und Bildungselite Fijis heute großteils aus Indo-Fijianern besteht und daß das Durchschnittseinkommen der indischstämmigen Fijianer höher ist als jenes der indigenen Fijianer. Zu einer Vermischung zwischen den Indern und ihren Nachkommen einerseits und den indigenen melanesischen Fijianern andererseits ist es kaum gekommen. Unterschiede in Kultur, Sprache und Religion (die Inder sind großteils Hindus, zum geringeren Teil Moslems, die indigenen Fijianer Christen) standen dem ebenso entgegen wie eine britische Kolonialpolitik, die nach dem Motto "Teile und herrsche" für die Separation der beiden Gruppen sorgte. Wechselseitige rassistische Vorurteile finden unter diesen Voraussetzungen einen günstigen Nährboden.

Der Anbau und die Verarbeitung von Zuckerrohr beschäftigt auf Fiji die meisten Menschen; Zucker ist das wichtigste Exportgut. Die indischstämmigen Zuckerrohrbauern sitzen zum ganz überwiegenden Teil auf von den indigenen Fijianern gepachtetem Land. Auf Fiji befindet sich - ebenso wie in PNG oder auf den Salomonen - der Großteil des Landes im gemeinschaftlichen Besitz von Familien/Clans (über 80%). Der Rest ist Staatsbesitz oder Privateigentum (freehold land). Von dem Clan-Land sind etwa 25% zur Nutzung an den Staat oder Privatleute verpachtet, vor allem eben an die indischstämmigen Zuckerrohrfarmer. Die Landpacht wird durch eine Treuhandgesellschaft, das Native Land Trust Board (NLTB), nach den Maßgaben eines speziellen Gesetzes, des Agricultural Landlord and Tenants Act (ALTA), verwaltet. Diese 1940 geschaffene Institution hat das alleinige Recht, alle Fragen bezüglich von Lizenzen und Pachtverträgen zu regeln; sie ist völlig in Händen der indigenen Fijianer und verwaltet rund 25.000 Pachtverträge, deren Mehrheit sich auf die Pacht landwirtschaftlich genutzten Landes, d.h. vor allem Zuckerrohrplantagen indisch-stämmiger Fijianer, bezieht (aber auch Pachtverträge für Wohngebiete, Industrieanlagen, Einrichtungen von Tourismus und Handel).

Auseinandersetzungen um die Höhe der Pacht prägen das Verhältnis von indigenen zu indischstämmigen Fijianern. Diese Auseinandersetzungen spitzten sich in der jüngsten Zeit zu, da gegenwärtig oder in naher Zukunft viele Pachtverträge auslaufen und erneuert werden müßten. Für die indischstämmigen Pächter, die oft bereits in der dritten oder vierten Generation auf dem Pachtland sitzen, hängen Ernährungs- und Erwerbsmöglichkeiten an einer solchen Erneuerung der Pachtverträge. Dies ist für die indigenen Landbesitzer eine willkommene Gelegenheit, auf die indischstämmigen Pächter Druck auszuüben, mit der Nichterneuerung der Verträge zu drohen und höhere Pachtzinsen zu verlangen. Diesen Forderungen wurde und wird vielerorts durch illegale Übergriffe wie körperliche Gewalt, Erpressungen, Diebstahl und Brandstiftungen Nachdruck verliehen, so daß sich unter den indischstämmigen Zuckerrohrbauern ein Klima von Einschüchterung und Angst breit machte. Im Gefolge des Putsches verschärfte sich diese Problematik dramatisch (s.u.); sie ist bis heute nicht gelöst.

Bei dem Landproblem handelt es sich allerdings keineswegs um einen rein "indisch-fijianischen Konflikt. Vielmehr erhöht sich der Druck auf die indischstämmigen Bauern gerade

wegen einschneidender sozialer Veränderungen auf seiten der indigenen landbesitzenden Gemeinschaften, die wiederum inner-indigene Konflikte hervorrufen.

Die traditionellen Gemeinschaften auf Fiji sind - ebenso wie in PNG oder den Salomonen - wesentlich durch ihre Beziehung zum Land strukturiert. Land – fijianisch: vanua – ist nicht nur der Grund und Boden als nutzbare Ressource, sondern der sozio-kulturelle Lebensraum der traditionellen Gemeinschaft, zu der auch die Seelen und Geister der Vorfahren gehören, die ebenfalls in diesem Lebensraum präsent sind. Land ist mithin nicht nur von materieller, sondern auch großer spiritueller Bedeutung. Die Menschen sind Teil des Landes; nicht das Land gehört den Menschen, sondern die Menschen dem Land. Der Einzelne hat Verbindung zum Land wiederum lediglich als Glied der traditionellen Gemeinschaft, des „Stammes“ – auch dies auf fijianisch: „Vanua“. Land und „Stamm“ sind eins. Ohne Land kann es keinen „Stamm“, keine traditionale Gemeinschaft geben; Land wiederum existiert bzw. hat Bedeutung nur als Lebensraum traditionaler Gemeinschaften. Es ist nutzlos ohne Menschen, die Menschen sind nichts ohne Land, das ihre materielle, soziale und spirituelle Sicherheit gewährleistet.

Dieses traditionale Landsystem koexistiert aber nun bereits seit Jahrzehnten, seit dem Beginn der britischen Kolonialherrschaft, mit dem modernen, westlich-kapitalistischen Konzept, welches Privateigentum an Land, die Möglichkeit seines Kaufes und Verkaufes bzw. seiner Verpachtung vorsieht. Insbesondere das Pachtsystem hat zur Erosion des traditionellen Systems geführt. Ein großer Teil indigenen Landes wurde – wie gezeigt – verpachtet. Auch wenn die Vorrangigkeit des indigenen fijianischen Landsystems und entsprechender Besitzansprüche unzweifelhaft in Gesellschaft und Politik verankert sind, so ergibt sich aus der Koexistenz beider Systeme doch ein Spannungsverhältnis, welches zu Konflikten nicht nur zwischen den traditionellen Landbesitzern auf der einen Seite und den (zumeist indisch-stämmigen) modernen Pächtern auf der anderen Seite führt, sondern auch zu Konflikten innerhalb der traditionellen Gemeinschaften – etwa über Fragen wie: wer entscheidet darüber, welches Land zu welchen Bedingungen verpachtet wird, wie werden die Pachteinahmen verteilt und genutzt? Diese letztgenannten Konflikte gewinnen um so mehr an Bedeutung als auch die traditionale soziale Gliederung aufgrund vielfältiger Modernisierungserscheinungen Erosionsprozessen ausgesetzt ist.

Die traditionale Sozialstruktur ist streng hierarchisch. Es besteht ein "Chiefly System" mit in der Regel gewählten chiefs. Diese stehen den sozialen Einheiten auf mehreren Hierarchie-Ebenen vor. Die Basis bilden die erweiterten Familien (toka toka); mehrere toka tokas bilden ein mataqali (Sub-Klan oder lineage). Heute sind die mataqalis die landbesitzenden sozialen Einheiten. Ihr Land kann nicht verkauft und gekauft werden – wohl aber (über Vermittlung des NLTB) verpachtet und gepachtet. Die mataqalis werden zu javusas (Clans) und jene zu vanuas (Stämmen) zusammengefasst. Vanuas können sich zu matanitus („Staaten“/„Königreichen“) zusammenschließen, die wiederum – labile, nur durch die Dominanz starker „paramount chiefs“ stabilisierte – „Konföderationen“ bilden können. (Die heutige Verwaltungseinteilung Fijis in vier „divisions“ geht auf die vier traditionellen matanitus zurück, die bereits die britische Kolonialverwaltung ihrer Distrikteinteilung Fijis zugrunde gelegt hatte).

Die Chiefs haben in der traditionellen Struktur große Autorität und genießen Respekt und Loyalität bei ihren Untergebenen, von denen sie Gehorsam verlangen und für die sie im Gegenzug umfassend zu sorgen haben. Dieses patrimoniale System wechselseitiger Verpflichtungen steht allerdings unter zunehmendem Modernisierungsdruck. Zum einen beschränken sich die chiefs nicht mehr auf ihre Rolle in der traditionellen Gemeinschaft, sondern betätigen sich auch im modernen Sektor - als Unternehmer, Politiker usw. - und verhalten sich dort den modernen Regeln entsprechend (streben also z.B. nach persönlicher Bereicherung und wirtschaften in die eigene Tasche, statt an ihre Gefolgsleute zu verteilen). Das führt zu Rollenkonflikten und Unmut bei den Gefolgsleuten, die sich nicht mehr unbedingt auf ihre chiefs verlassen können. Zum anderen entziehen sich zusehends Gefolgsleute - vor allem Angehörige der jüngeren

Generation - ihren Verpflichtungen in der traditionellen Gemeinschaft, suchen Ausbildungs- und Einkommens- sowie Karrieremöglichkeiten außerhalb ihres Dorfes und unterminieren dadurch die Autorität der chiefs, mit deren Leistungen und Führungsstil sie nicht zufrieden sind. Diese jungen Leute sind oft besser ausgebildet als die alten chiefs, denen es häufig an formaler moderner Bildung fehlt, sie wollen sich nicht mehr umstandslos in die traditionellen Hierarchien einfügen und den damit verbundenen vielfältigen Verpflichtungen nachkommen. Werte und Erwartungshaltungen von Jung und Alt klaffen zusehends auseinander. Kurz: Es kommt zusehends zu Konflikten innerhalb der traditionellen Gemeinschaften, insbesondere zwischen den Generationen, und das traditionale System erodiert.

Der Prozeß der Erosion der traditionellen Sozialstruktur ist an verschiedenen Orten unterschiedlich weit fortgeschritten, so daß auch daraus Konflikte erwachsen. Das wiederum kann zur Verschärfung von ohnehin bereits traditionell bestehenden Widersprüche zwischen den Regionen führen. Denn auch früher lebten die verschiedenen Clans, mataqalis und vanuas nicht nur in Einklang miteinander. Es gab immer Konflikte, die sich an lokalen bzw. regionalen Loyalitäten festmachten, und auch heute sind die Bindungen an die eigene Provinz prioritär handlungsbestimmend: die alten traditionellen „Königreiche“ und ihre Rivalitäten leben in den heutigen 14 Provinzen fort; hervorzuheben ist die Konkurrenz zwischen Osten und Westen (Viti Levus). Seit den Tagen der Kolonialherrschaft dominieren der Osten und seine chiefs die Politik, während das wirtschaftliche Zentrum im Westen liegt. Vorrangig aus dem Osten kommen heute die nationalistisch-rassistischen „hardliner“ unter den indigenen politischen Kräften, während der Westen eher von „Pragmatikern“ repräsentiert wird – und das obgleich (oder gerade weil) die Hauptanbauggebiete von Zuckerrohr und damit die Mehrzahl der indischstämmigen Landpächter im trockeneren Westteil Viti Levus zu finden sind. Diese überkommenen Konflikte - zwischen den Provinzen, zwischen Küste und Inland, zwischen West und Ost usw. - haben ihre Auswirkungen auch noch auf die heutige Konfliktkonstellation und das heutige Konfliktgeschehen.

Problematisch ist das chiefly system nicht zuletzt deswegen, weil es auch in die moderne politische Verfassung Fijis hineinreicht, obgleich es ja lediglich rund die Hälfte der fijianischen Bevölkerung erfaßt. Der Great Council of Chiefs (GCC) ist in der Verfassung verankert und hat verfassungsgemäß erhebliche Rechte und großen Einfluß auf das politische Geschehen - wie auch die jüngste Krise wieder zeigte (s.u.); die chiefs spielen eine große Rolle auf der Bühne der nationalen Politik (ohne aber wirklich die "Nation" im Blick zu haben, vielmehr verfolgen sie ihre persönliche Agenda bzw. die ihrer jeweiligen lokalen oder regionalen Gemeinschaft). Der gegenwärtige Konflikt ist in seinem Verlauf und seinen Bearbeitungsversuchen nicht zu verstehen, ohne das chiefly system (und die Tendenzen zu seiner Erosion!), die Rolle der chiefs sowie die regionalen Rivalitäten zwischen den verschiedenen „Königreichen“ oder „Häuptlingstümern“ in Rechnung zu stellen.

Fiji wurde 1970 unabhängig. Aus den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit ging der indigene Fijianer Ratu Sir Kamisese Mara, ein Chief aus einer einflußreichen Familie aus der Lau-Gruppe im Südosten, als Premierminister hervor. Er führte auch die Regierungen nach den Wahlen von 1977 und 1982. Im Jahre 1985 wurde die Fiji Labour Party (FLP) - hervorgehend aus den Gewerkschaften und von indischstämmigen Fijianern dominiert - gegründet, die in den Wahlen von 1987 ebenso wie die ebenfalls „indische“ National Federation Party (NFP) so erfolgreich war, daß erstmals unter dem Führer der Labour Party Timoci Bavadra („commoner“ (also nicht chief) aus dem Westen Viti Levus) als Premierminister eine Regierung gebildet wurde, in der "Inder" wichtige Ressorts besetzten und erheblichen politischen Einfluß hatten. Das wiederum rief in Teilen der indigenen Bevölkerung, denen ohnehin die starke Stellung der "Inder" in Wirtschaft und öffentlichem Leben ein Dorn im Auge war, zunehmende anti-"indische" Ressentiments hervor. Zum Organ dieser Strömung wurde die rechtsnationale Taukei-Bewegung. Sie stand hinter dem ersten Militärputsch in der Geschichte Fijis und des Südpazifik: Am 14. Mai 1987, nur einen Monat nach Bildung der Regierung

Bavadra, putschte das von indigenen Fijianern dominierte Militär unter Führung des damaligen Oberstleutnants Sitiveni Rabuka, setzte die "indisch" dominierte Regierung ab und installierte eine Regierung der Nationalen Einheit. Als diese jedoch Neuwahlen vorbereitete, die zur Schwächung Rabukas und seiner Gefolgsleute hätten führen können, putschte dieser am 25. September 1987 erneut, ernannte sich selbst zum Staatsoberhaupt und setzte eine neue Regierung unter Ratu Mara ein. Im Gefolge der Putschs wurde Fiji aus dem Commonwealth ausgeschlossen und erklärte sich zur Republik.

Die Interimsregierung Maras amtierte bis zum April 1992; sie ließ eine neue Verfassung ausarbeiten, die 1990 in Kraft trat und in der eine Vormachtstellung für die indigenen Fijianer und entsprechende Diskriminierungen der nicht-indigenen, also vor allem der indischstämmigen Bevölkerungsgruppen, verankert wurden. So wurde etwa festgelegt, daß in den beiden Kammern des Parlaments - Repräsentantenhaus und Senat - die indigenen Fijianer die Mehrheit der Sitze bekommen sollten (37 zu 27 bzw. 24 von 34). Dahinter stand die in den Putschs sich ausdrückende Auffassung, daß die indigenen Fijianer das „natürliche“ Recht hätten, Fiji zu beherrschen, während andere ethnische Gruppen lediglich „Gäste“ im Lande seien; multikulturelle Konzepte wurden zurückgewiesen, demokratische Verfahren nur soweit und solange geduldet, wie sie die Vormachtstellung der indigenen Fijianer nicht gefährdeten. In Folge der Putschs und dieser rassistischen Diskriminierung verließen ca. 15.000 indischstämmige Fijianer ihre Heimat, zumeist hochqualifizierte Fachkräfte.

Aus den Wahlen von 1992 und den vorgezogenen Neuwahlen von 1994 gingen jeweils nahezu rein indigene fijianische Koalitionsregierungen unter dem ehemaligen Putschisten Rabuka als Premier und Führer der nunmehr zur politischen Partei umgeformten nationalistischen Taukei-Bewegung (SVT) hervor. Gleichwohl mußten sie der starken Opposition der indisch-fijianisch dominierten Parteien – FLP und NFP – Zugeständnisse machen, insbesondere in der Frage einer Änderung der rassistisch diskriminierenden Verfassung. Doch wurde dieses Problem äußerst dilatorisch behandelt. Schließlich setzte sich aber angesichts wirtschaftlicher Probleme und politischer Spannungen bei den entscheidenden Kräften des indigenen fijianischen Establishments die Einsicht durch, daß ohne eine nicht-diskriminatorische Einbeziehung der indischstämmigen Bevölkerungsgruppe eine gedeihliche Entwicklung der fijianischen Gesellschaft nicht möglich sei. Nach zähen Verhandlungen mit der Regierung und dem Great Council of Chiefs wurden daher letztlich die Vorschläge einer unabhängigen Verfassungskommission – gegen den Widerstand einer starken Minderheit unter den indigenen fijianischen politischen Kräften – von Repräsentantenhaus, Senat und GCC einstimmig gebilligt; allerdings votierten acht der 14 Provinzen gegen den Verfassungsentwurf.

Die neue Verfassung realisierte zum einen die Gleichberechtigung der indischstämmigen Bevölkerung, zum anderen aber nahm sie auch Rücksicht auf traditionelle Privilegien der indigenen melanesischen Bevölkerungsgruppe. In der Verfassung ist beispielsweise festgelegt, daß die überkommenen Landrechte der indigenen Fijianer unantastbar sind, daß der Great Council of Chiefs und der – indigen-fijianisch dominierte – Senat quasi ein Vetorecht in allen Fragen haben, die traditionelle indigene Rechte, also besonders auch die Landrechte, berühren und daß das NLTB weiterhin völlig unter Kontrolle der indigenen Fijianer bleibt, daß der Great Council of Chiefs das Staatsoberhaupt, den Präsidenten, bestimmt. Die Verfassung trat am 1. Juli 1997 in Kraft. Fiji konnte danach 1998 in den Commonwealth zurückkehren. Aus den Wahlen vom Frühjahr 1999 ging die People's Coalition unter Führung der FLP angesichts der starken Zersplitterung unter den indigen-fijianischen Parteien als großer Sieger hervor; sie gewann mit 37 Sitzen die absolute Mehrheit. SVT und fijianische Ultra-Nationalisten hingegen mußten Wahlniederlagen hinnehmen. Erstmals in der Geschichte Fijis wurde nach diesem Wahlergebnis ein indischstämmiger Fijianer, der Führer der FLP Mahendra Chaudhry, Premierminister. Seine Regierung, das People's Coalition Government, versuchte eine vornehmlich an den Interessen der sozial schwachen Bevölkerungsteile orientierte Politik zu machen: Landreform, Bekämpfung von Korruption und Armut, Einführung von Mindestlöhnen, Steige-

rung der Sozialausgaben. Vor allem in Wirtschaftskreisen und bei den nationalistischen Kräften der indigenen fijianischen Bevölkerung traf sie dabei auf erbitterte Gegnerschaft. Erstere opponierten gegen die Eingriffe der Regierung in die „freie Marktwirtschaft“ und „unternehmerische Freiheiten“. Letzteren paßte die ganze Richtung nicht; sie konnten es nicht verkraften, daß ein „Inder“ Fiji regierte und behaupteten, die neue Verfassung und die neue Regierung würden die Rechte der indigenen Bevölkerung beschneiden und die traditionellen Landrechte der indigenen Fijianer infrage stellen. Zugute kam ihnen, daß von den Befürwortern der neuen Verfassung von 1997 nur sehr unzureichend dafür gesorgt wurde, die tatsächlichen Inhalte der Verfassung in breiten Schichten der Bevölkerung zu erläutern und zu popularisieren..

Mit ihrer anti-"indischen", auf das "Selbstbestimmungsrecht" der Indigenen pochenden Propaganda hatten die nationalistischen Kräfte daher relativ leichtes Spiel, zumal die großen Medien auf ihrer Seite standen. Sie konnten Frustration und Unmut größerer indigener Bevölkerungsschichten, deren wirtschaftliche und soziale Probleme sich zuspitzten, rassistisch aufladen und gegen die „indische“ Regierung und den „indischen“ Bevölkerungsteil lenken. So kam es zu einem Bündnis von Teilen des indigenen fijianischen Establishments mit benachteiligten unteren Gruppen des indigenen Bevölkerungsteils. Das sind zum einen indigene Fijianer aus den ländlichen Gebieten, die von Verarmung bedroht sind, zum anderen städtische Marginalisierte, wie etwa arbeitslose Jugendliche. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, ist ein großes und stetig wachsendes soziales Problem. Die fijianische Bevölkerung ist jung, mehr als zwei Drittel der Menschen sind unter 30 Jahre alt. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors, der Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Tourismus-Boom sowie Versuche, exportorientierte arbeitsintensive Verarbeitungsindustrien aufzubauen (Textilindustrie, Fischverarbeitung) konnten bisher nicht in ausreichendem Maße jugendliche Schulabgänger absorbieren, die zusehends das Land verlassen und Beschäftigung in den Städten suchen. An deren Rändern entstanden Elendssiedlungen; die Wohnungsnot ist groß. Durchschnittlich 1500 pro Jahr neu geschaffenen Arbeitsplätzen stehen 10.000 neu Arbeitssuchende jährlich gegenüber.

Aus den Gruppen ländlicher und urbaner (meist arbeitsloser, jugendlicher) indigener Unterklasseangehöriger rekrutierte sich das Fußvolk der Putschisten um George Speight.

3.3 Der Putsch vom 19. Mai 2000 und die Folgen

Der Geiselnahme vom 19. Mai 2000 waren heftige anti-"indische" Demonstrationen unter Führung von Taukei vorausgegangen. Auch der Putsch selbst entwickelte sich aus einem Protestmarsch von rund 5000 Taukei-Anhängern heraus. Noch während der Demonstration erstürmte eine Handvoll schwerbewaffneter maskierter Männer das Parlamentsgebäude, wo man gerade den ersten Jahrestag der Regierung Chaudhry feierte, und nahm Kabinettsmitglieder und ParlamentarierInnen gefangen.

Als sich diese Nachricht in Suva verbreitete, begann ein aufgeputschter Mob „indische“ Läden und Geschäfte zu plündern und in Brand zu setzen. Die Führer der Geiselnahmer, der bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend unbekanntes Geschäftsmann George Speight und der pensionierte Major Ilisoni Ligairi, vormals Ausbilder der Eliteeinheit „Counter Revolutionary Warfare Unit“ der fijianischen Armee, erklärten die Verfassung von 1997 und generell die parlamentarische Demokratie nach westlichem („Westminster“) Muster für abgeschafft, forderten den Rücktritt des Präsidenten Kamisese Mara und Amnestie für die Putschisten. Gleichzeitig reklamierten sie, für die indigene fijianische Bevölkerung und deren Rechte zu sprechen und zu handeln und drohten damit, ihre Geiseln erst frei zu lassen, wenn alle ihre Forderungen erfüllt wären.

Während Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Interessenvertretungsorgane der indischstämmigen Bevölkerung den Putsch ebenso verurteilten wie die internationale Öffentlichkeit und Staatenwelt, verhielt sich das indigene fijianische Establishment äußerst ambivalent. Zwar mißbilligte man mehrheitlich den Putsch, doch den Forderungen der Putschisten begegnete man durchaus mit gewissen Sympathien. Das Militär erklärte zwar zunächst, daß es loyal zur Verfassung und zum Präsidenten stehe, unternahm aber nichts, nicht zuletzt, weil es den Entschlüssen des Great Council of Chiefs nicht vorgreifen wollte. Dieser debatierte vom 23. bis 25. Mai die Forderungen der Putschisten und ging in einer 10-Punkte-Erklärung vom 26. Mai auf nahezu alle Forderungen ein. Allerdings bestätigte er den Präsidenten und gab ihm den Auftrag zur Bildung einer Interimsregierung (wozu er verfassungsmäßig überhaupt nicht berechtigt war).

Die Putschisten wiesen die Erklärung als unzureichend zurück. In den folgenden Tagen kam es zu weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen, bei denen auch ein unbewaffneter Polizist getötet wurde. Daraufhin forderte der Chef des Militärs, Frank Bainamarama, den Präsidenten zum Rücktritt auf, suspendierte die 1997er-Verfassung und rief das Kriegsrecht aus (29 Mai). Mara kam der Aufforderung nach, nicht ohne vorher die gewählte Regierung (deren Mitglieder zu dieser Zeit als Geiseln in der Gewalt von Putschisten waren) für abgesetzt zu erklären. Es folgten wochenlange Verhandlungen zwischen den Militärs und den Putschisten. In dieser Zeit kam es vielerorts zu gewalttätigen Aktionen von Anhängern der Putschisten; sie errichteten Straßensperren, besetzten Polizeistationen und Kasernen, griffen indischstämmige Bauern an, brandschatzten deren Häuser und trieben sie von Haus und Hof. Speight folgende Offiziere und Soldaten brachten die Kasernen von Labasa auf Vanua Levu in ihre Gewalt und besetzten die Städte Korovou und Levuka. Die loyalen Ordnungskräfte gingen nur zögerlich gegen alle diese Ungesetzlichkeiten vor. Innerhalb der melanesischen Führungsschicht wurden tiefe Meinungsverschiedenheiten offenbar; ein Teil der chiefs unterstützte mehr oder minder offen die Putschisten. Deren Forderungen wurden schließlich weitgehend erfüllt. Am 9. Juli nämlich unterzeichneten Bainamarama und Speight ein Abkommen – das Muanikau Agreement –, welches u.a. festlegte: Amnestie für die Putschisten, im Gegenzug Freilassung aller Geiseln, Ernennung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten durch den Great Council of Chiefs aus dessen eigenen Reihen; Installierung einer Interimsregierung und einer Verfassungskommission durch den neuen Präsidenten; Suspendierung der 1997er-Verfassung; Abgabe aller aus Militärbeständen entwendeten Waffen. Nach Unterzeichnung des Abkommens wurden die letzten Geiseln tatsächlich frei gelassen (zwischenzeitlich waren immer einmal wieder einzelne Geiseln frei gekommen). Speight und seine Leute verließen am 20. Juli das Parlament, sammelten sich aber mit ein paar hundert Anhängern in einer Schule außerhalb des Stadtzentrums, um auf die Entwicklung weiterhin Einfluß nehmen zu können. Am 26. Juli wurde Speight mit einer Gruppe von Anhängern an einer Straßensperre des Militärs festgenommen – mit der Begründung, daß sie entgegen dem Abkommen vom 9. Juli weiterhin bewaffnet seien. Am folgenden Tag stürmte das Militär die von Speights Leuten besetzte Schule unter Einsatz von Schußwaffen und Tränengas (ein Toter), nahm alle dort Versammelten – rund 400 Personen - fest, darunter auch Major Ligairi. Die Führungsgruppe der Putschisten wurde in einem Tourist-Resort auf der Insel Nukulau vor der Küste Suvas festgesetzt, wo sie seither ein – recht komfortables – „Gefangenen“-Dasein fristet. Nukulau wurde zum Sperrgebiet erklärt. Die anderen Anhänger Speights wurden nach kurzer Zeit auf freien Fuß gesetzt – ihnen drohen Anklagen wegen verschiedener Gesetzesverstöße. Der Führungsschleife der Putschisten soll der Prozeß wegen Hochverrat gemacht werden. Sie hätten die ihnen ursprünglich zugesicherte Amnestie durch Verletzung des Muanikau-Abkommens verwirkt.

Nach der Festsetzung Speights und der Auflösung des Camps seiner Anhänger bei Suva kam es zu vereinzelt Aktionen von Anhängern der Putschisten an verschiedenen Orten, jedoch nicht zu größeren Aufstandsversuchen. Immerhin aber wurde die Stadt Labasa zeitweilig

von Speight-Anhängern besetzt, Geschäfte wurden geplündert und indischstämmige Geschäftsleute bedroht und verprügelt. Zeitweilig wurde auch ein Flughafen auf Vanua Levu besetzt; von der größten Zuckerrohrplantage des Landes wurden 50 indischstämmige Plantagenarbeiter entführt. Militär und Polizei machten Jagd auf versprengte Anhänger Speights, die sich zum Teil ins schwer zugängliche Innere Viti Levus flüchteten oder Zuflucht bei ihren Clans suchten. Noch immer befinden sich bewaffnete Unterstützer Speights auf freiem Fuß.

Die Unschädlichmachung der Putschisten führte nicht zu einer Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustand von vor dem 19. Mai 2000. Vielmehr bestimmte der Great Council of Chiefs tatsächlich einen neuen Präsidenten, Josefa Iloilo (ein über 80jähriger Chief, der an der Parkinson'schen Krankheit leidet und offensichtlich nicht zur Führung der Amtsgeschäfte in der Lage ist). Vizepräsident wurde Ratu Jope Seniloli, der den Putsch offen unterstützt hatte. Der neue Präsident setzte eine Interimsregierung ein. Deren Premier wurde der Bankier Laisenia Qarase. Am 28. Juli nahm die 32-köpfige Interimsregierung, der lediglich ein einziger indischstämmiger Fijianer angehört, ihre Arbeit auf. Die Verfassung von 1997 gilt weiterhin als suspendiert, die Regierung Chaudhry für abgesetzt. Die neue Interimsregierung versprach Neuwahlen in zwei Jahren und setzte eine Verfassungskommission (Constitutional Review Commission - CRC) ein, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Sie besteht fast nur aus indigenen Fijianern; Vertreter von Organisationen der indischstämmigen Fijianer haben eine Beteiligung abgelehnt (die vier indischstämmigen Mitglieder der CRC haben keinerlei Rückhalt in ihrer community).

Auch wenn in der Interimsregierung keine offenen Unterstützer der Putschisten vertreten sind, so doch einige Sympathisanten bzw. Persönlichkeiten, deren Rolle während des Putsches und der aufgeregten Zeit danach äußerst zweifelhaft ist, darunter auch zwei Politiker der in den Wahlen unterlegenen nationalistischen SVT. In der Verfassungskommission finden sich sogar Personen, die Speight während des Putsches offen unterstützten und auf dessen Wunschliste für eine neue Regierung standen; der Kommissionsvorsitzende Aselesia Ravuvu ist einer der Architekten der rassistischen 1990er-Verfassung und auch heute noch bekennender Rassist.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß es im indigenen Establishment Sympathien für die Putschisten gibt. Eine weitverbreitete Auffassung in diesen Kreisen ist, daß man deren "Methode" zwar ablehne, ihre "Sache" aber unterstütze. Gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Chaudhry, die eine an den Interessen der Unterschichten orientierte Politik zu machen versuchte, gab es in Wirtschaftskreisen erhebliche Abneigung, und in den Wahlen von 1999 unterlegene Politiker sahen im Putsch und seinem Nachspiel die Gelegenheit, doch wieder an die Schalthebel der Macht zurückzukehren. Gerüchte darüber, daß Speight lediglich eine vorgeschobene Figur ist, hinter der Politiker von ganz anderem Gewicht sowie handfeste ökonomische und machtpolitische Interessen stehen, sind weit verbreitet. Insbesondere die sich herausbildende indigene Bourgeoisie hatte von den unter Rabuka nach den 1987er-Putschen in großem Maßstab durchgeführten Privatisierungen von Staatsunternehmen und den „affirmative actions policies“ zur besonderen (Wirtschafts-)Förderung der indigenen Fijianer profitiert und befürchtete nun, durch die von der Regierung Chaudhry angekündigte teilweise Rückgängigmachung dieser Maßnahmen Pfünden und Macht zu verlieren. Diese Kreise verbündeten sich mit extrem nationalistischen Kräften, die zum Umsturz der Regierung Chaudhry aufriefen; so gingen in gewissem Sinne Neo-Liberalismus und rassistischer Ultrationalismus eine unheilige Allianz ein. Speight selbst symbolisierte in seiner Person diese Verbindung, hatte er doch enge Beziehungen zu einigen führenden indigenen Wirtschaftsbossen und Politikern und stand selbst in Gefahr, im Rahmen einer von der Regierung initiierten Untersuchung der Korruption überführt zu werden.

So ist eine These, daß hinter dem Putsch auch Auseinandersetzungen um die Ausbeutung der Mahagony-Wälder stehen. Fiji hat die weltgrößten Bestände an Mahagony, die in jüngster Zeit Begehrlichkeiten bei diversen ausländischen Holzfirmen weckten, weil in anderen Weltre-

gionen (insbesondere Brasilien) die übermäßige Abholzung zu Engpässen in der Versorgung der europäischen und nordamerikanischen Märkte geführt hat. Seit 1998 gab es auf Fiji heftiges Gerangel darum, welcher ausländische Konzern mit der Ausbeutung und Verwertung des fijianischen Mahagonys beauftragt werden sollte. Hauptantagonisten waren die englische Commonwealth Development Corporation (CDC) und das US-amerikanische Timber Resource Management (TRM), mit dem auch George Speight verbunden war. Hinweise auf Bestechung und Korruption häuften sich.... Die Regierung Chaudhry entschied sich schließlich für CDC. Doch dann kam der Putsch, und gegenwärtig ist die Mahagony-Frage wieder offen....

Die Konkurrenz um Fijis natürliche Ressourcen - nicht nur Wald, sondern auch Erdgas und -öl sowie Gold - bildet eine nicht zu vernachlässigende Komponente in den innerfijianischen Konflikten, und damit zusammenhängend sind Korruption, Bestechung, Nepotismus Erscheinungen, die das politische fijianische Establishment, Verwaltung und Regierungsführung in nicht unbeträchtlichem Maß beeinflussen. Verwickelt darin sind gerade auch häufig chiefs, traditionale Autoritäten also, die die Macht, die sie in traditionellen Zusammenhängen haben, nun auch für den eigenen Vorteil (und den ihrer Klientel) im modernen Sektor zu nutzen versuchen. Das Resultat - ähnlich wie in PNG oder auf den Salomonen -: "bad governance".

Regionale und lokale Bindungen spielen unter diesen Bedingungen eine wichtige politische Rolle. Politische Unterstützung für Speight und seine Leute kam und kommt vor allem aus den östlichen Provinzen (Bau, Naitasiri u.a). Die westlichen Provinzen gingen demgegenüber deutlich auf Distanz zu den Putschisten. Hier kam es sogar zu Protestkundgebungen indigener Fijianer gegen den Putsch. Übergriffe gegen indischstämmige Fijianer waren hier seltener als in den Ostprovinzen, wo auf dem Lande vielerorts Jagd auf indischstämmige Bauern gemacht wurde und es zu massiven Ausschreitungen aufgeputschter indigener Jugendlicher kam. In den westlichen Provinzen fühlt man sich von den Politikern und chiefs aus dem Osten ohnehin seit langem zurückgesetzt und diskriminiert (nicht vergessen ist hier, daß sich der Putsch gegen Bavadra 1987 auch gegen eine Persönlichkeit aus dem Westen gerichtet hatte, die in die bis dahin traditionell von chiefs aus dem Osten dominierte politische Domäne erfolgreich eingebrochen war). Den Putsch nahm man daher zum Anlaß, verstärkt über eigene politische Wege, größere Autonomie oder gar eine eigene Regierung, nachzudenken.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß hinter dem Putsch nicht allein „indisch“-indigene Widersprüche stehen, sondern auch (oder eher: vor allem) innerfijianische Gegensätze. Die von den Putschisten beschworene "Einheit" der indigenen Fijianer ist angesichts der von Konflikten geprägten Geschichte und der aktuellen Gegensätze in der fijianischen community ein purer Mythos. Die anti-„indische“ rassistische Propaganda wurde und wird auch genutzt, um die innerfijianischen Machtkämpfe zu verschleiern und von den tiefen und stetig wachsenden sozialen Ungleichheiten innerhalb der indigenen community abzulenken.

3.4 Die Meuterei vom 2. November und die politische Lage zum Jahresbeginn 2001

Am 2. November 2000 meuterte die Counterrevolutionary Warfare Unit (CRW) der fijianischen Armee. Diese nach dem Vorbild der britischen SAS gebildete Eliteeinheit war von Rabuka nach den Putschen von 1987 aufgebaut worden und galt als die beste und kampfkraftigste Einheit der fijianischen Streitkräfte. Sie bestand ausschließlich aus indigenen Fijianern. Zahlreiche ihrer Offiziere und Mitglieder waren am Putsch vom 19. Mai beteiligt. Sie waren deswegen nur kurzfristig vom Dienst suspendiert worden, dann aber wieder in die Armee eingegliedert worden. Dafür "bedankten" sie sich mit der Meuterei. Deren Ziel war offensichtlich die Ermordung des Oberkommandierenden der Streitkräfte, Kommodore Voreqe (Frank) Bainimarama, die Übernahme der politischen Macht, die Befreiung der Putschisten und die voll-

ständige Durchsetzung von deren Forderungen. Die Meuterer überfielen das Hauptquartier der fijianischen Armee in den Queen Elisabeth II Barracks in einem Vorort Suvas, ermordeten kaltblütig drei unbewaffnete Kameraden, nahmen Geiseln und versuchten, Bainimarama in ihre Gewalt zu bringen. Dieser konnte jedoch flüchten. Nach heftigen Schießereien konnten loyale Soldaten die Meuterer überwältigen. Fünf von diesen fanden den Tod - aber offensichtlich nicht während der Kampfhandlungen. Vielmehr wurden sie nach ihrer Gefangennahme zu Tode geprügelt. Flüchtige Meuterer wurden verfolgt und im Laufe der nächsten Tage festgenommen. Insgesamt sollen sich 50 (von 80) Angehörige der CRW an der Meuterei beteiligt haben; 38 sitzen Anfang des Jahres 2001 noch in Haft und warten auf ihren Prozeß. Die CWR soll aufgelöst werden.

Ebenso wie im Falle des Putsches ist unklar, wer die Hintermänner der Meuterei waren. Wiederum spielte Sitiveni Rabuka, immerhin der Chef des GCC, eine zumindest zwielichtige Rolle. Jedenfalls war er am 2. November überraschend schnell am Ort des Geschehens - um zu "vermitteln", wie er später angab. Noch sind die Hintergründe der Meuterei ebensowenig aufgeklärt wie die des Putsches. Die Meuterei hat in der indigenen fijianischen community einen schweren Schock ausgelöst, wurde doch hierdurch offenbar, wie tief die Spaltungen innerhalb dieser community sind. Bis dahin konnte man noch dem Glauben anhängen, daß es bei der Krise um den Gegensatz von Indigenen und "Indern" ging. Das war nun nicht mehr möglich. Bis dahin hatte man es auch für undenkbar gehalten, daß in Fiji "Truppe auf Truppe" schießen könnte. Nun hatten sich "Kameraden" gegenseitig massakriert, wobei sich beide Seiten an Brutalität nichts nahmen.

Die Bainimarama gegenüber loyale Fraktion des Militärs ging aus der Niederschlagung der Meuterei gestärkt hervor. Seitdem ist das politische Machtzentrum des Landes vollends in die Kasernen verlagert. Das Militär ist zwar weitgehend unbeliebt, weil es - wohl zu Recht - als brutal und rücksichtslos gilt, wird aber unter den gegebenen Bedingungen doch zugleich von Vielen als einziger Garant von Ruhe und Ordnung angesehen (und auch das wohl zu Recht). Gegenüber der Militärführung müssen sich der (altersschwache und kranke) Präsident, die Interimsregierung und auch der GCC mit untergeordneten Rollen zufrieden geben. In der fijianischen Öffentlichkeit herrscht die Einschätzung, daß die Militärführung gegenwärtig die Macht hat, der Interimsadministration und allen anderen Akteuren vorschreiben zu können, welchen politischen Weg es einzuschlagen gelte. Allerdings hat sie hiervon noch keinen Gebrauch gemacht; Bainimarama gilt als guter Soldat, aber als bar jeder politischen Ambitionen und Fähigkeiten. Und so tritt die Politik in Fiji gegenwärtig auf der Stelle. Die Übergangsregierung bemüht sich zwar, das ramponierte internationale Ansehen Fijis wieder herzustellen, doch sind die bisherigen Ansätze zu einer Rückkehr zu tatsächlich rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnissen weniger als halbherzig. Die Frist, in der man zu demokratischen Verhältnissen zurückkehren will, wurde zwar - nicht zuletzt auf australischen Druck - von drei Jahren auf achtzehn Monate reduziert. Jetzt ist von Neuwahlen im März 2002 die Rede. Gleichzeitig halten Militär und Interimsregierung daran fest, daß es eine neue Verfassung geben müsse und lassen die CRC gewähren. Diese veranstaltet seit November 2000 Anhörungen, in denen alle gesellschaftlichen Kräfte ihre Vorstellungen über eine neue Verfassung darlegen sollen. Da aber die indischstämmige community und auch die aufgeklärten und demokratischen Kräfte unter den indigenen Fijianern die CRC boykottieren, melden sich dort nur die reaktionären, rassistischen und ultranationalistischen Strömungen aus dem Taukei-Umfeld zu Wort. Mit Recht kritisieren die menschenrechtlich und demokratisch orientierten NGO's diese Anhörungen und die CRC als Farce und Geldverschwendung.

Der Handlungsspielraum dieser NGO's ist gegenwärtig deutlich eingeschränkt. Sie stehen offensichtlich unter der Beobachtung von Polizei und Militär und werden mehr oder minder deutlich ermahnt, sich zurückzuhalten. Vorgeschieben werden dabei stets „Sicherheitsgründe“, so etwa, als Ende November 2000 eine Demonstration, die das Fiji Women's Crisis Centre unter dem Motto „We need Rainbows not Rambos“ für Frieden, Demokratie und Menschen-

rechte durchführen wollte, verboten wurde. Militär und Interimadministration argumentieren gegenüber den NGO's damit, daß sie die einzigen Kräfte seien, die den Unmut im Lande – und insbesondere auf dem Lande – noch eindämmen könnten und neuerliche Gewalterruptionen verhindern könnten; daher sollten sich die NGO's gefälligst zurückhalten und nicht zu viel verlangen. Gleichzeitig werden NGO's – etwa das Citizens Constitutional Forum (CCF), Frauen- und kirchliche Gruppen – durchaus als Gesprächspartner ernst genommen.

Diese setzen zur Zeit vor allem auf den Rechtsweg. Wenige Tage nach der Niederschlagung der Meuterei, am 15. November 2000, nämlich hat ein Oberster Richter, Anthony Gates, entschieden, daß die 1997er-Verfassung nach wie vor in Kraft und die Absetzung des Präsidenten Ratu Sir Kamisese Mara und der Chaudhry-Regierung unrechtmäßig, die Interimsadministration mithin illegal, sei. Die Interimsadministration und die konservativen Kräfte der indigenen community sind nicht willens, diesen Richterspruch zu akzeptieren. Die Interimadministration hat Berufung eingelegt, und im Februar 2001 soll der Court of Appeal endgültig über den Spruch des Richters Anthony Gates vom 15. November 2000 entscheiden. Auf diese Entscheidung richten sich alle Hoffnungen jener Kräfte, die zurück zur Verfassung von 1997 und zu rechtsstaatlich-demokratischen Verhältnissen wollen. Dazu gehört auch die alte Regierungskoalition. Chaudhry und andere Vertreter des „People's Coalition Government“ beharren seit ihrer Freilassung aus der Geiselhaft darauf, daß ihre Regierung weiterhin die einzig legitime Regierung Fijis sei und wieder in alle ihre Rechte eingesetzt werden müsse. Da ein solcher legalistischer Standpunkt allerdings angesichts der realen Kräfteverhältnisse und der seit dem Putsch geschaffenen Tatsachen zusehends realpolitisch undurchsetzbar scheint, hat man in den Kreisen der ehemaligen Regierung(sparteien) auch die Idee einer „Regierung der Nationalen Einheit“, in der alle relevanten politischen Strömungen repräsentiert sein sollen, aufgegriffen. Ursprünglich war diese Idee von zivilgesellschaftlichen Akteuren, so etwa dem PCRC, lanciert worden. Chaudhry selbst hat in den Wochen und Monaten seit seiner Freilassung vor allem auf Auslandsreisen um internationale Unterstützung für seine Position (und Person) geworben, war dabei durchaus in gewissem Maße erfolgreich (etwa in den Gremien des Commonwealth, in Indien, bei der EU), hat damit aber notgedrungen die Überzeugungsarbeit im eigenen Land vernachlässigt. Da er ohnehin in weiten Kreisen – auch unter eigenen Leuten – als „arrogant“ gilt und sein Regierungsstil nicht frei von Selbstherrlichkeit war, hat das nicht gerade zur Stärkung seiner Stellung im Lande selbst beigetragen. Sein Vizepremier Tupeni Baba dagegen hat sich in Fiji selbst rastlos um die Wahrung der Interessen des People's Coalition Government bemüht und dafür auch weitgehende Anerkennung erhalten. Möglich scheint, daß sich relevante Teile der alten Koalition auf eine Zusammenarbeit mit anderen Kräften im Rahmen einer Regierung der Nationalen Einheit einlassen könnten (dann allerdings wohl unter Umgehung Chaudhrys). Letztlich liegt es an der Militärführung, ob sie willens ist, den Weg zu einer solchen Regierung zu öffnen, also die Interimadministration und die CRC "in die Wüste zu schicken". Eine endgültige Gerichtsentscheidung im Sinne des Gates-Urteils vom 15. November 2000 könnte hierfür hilfreich sein. Dann könnte eine „Regierung der Nationalen Einheit“ im Rahmen der 1997er-Verfassung berufen werden. Eine solche Gerichtsentscheidung birgt andererseits aber auch die Gefahr neuerlicher Putschversuche des intransigenten Flügels des indigenen Establishments.

Zusammengefasst: Die Situation auf Fiji ist zu Beginn des Jahres 2001 festgefahren. Die Ausgangsbedingungen für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und für eine demokratische Entwicklung auf Fiji haben sich in Folge des Putsches verschlechtert. Die Beziehungen zwischen Teilen der indischstämmigen und der indigenen fijianischen Bevölkerung sind gespannt; viele "Inder" leben in Furcht (ein markantes Indiz: viele "indische" Frauen trauen sich immer noch nicht wieder aus dem Haus). Künftige Gewalterruptionen sind nicht auszuschließen. Staat und Gesellschaft, politische Eliten und Bevölkerung des Landes stehen gegenwärtig angesichts der Wunden, die der Putsch und seine Folgen zeitigt haben, vor großen Herausforderungen. Es ist ungewiß, ob diese menschenrechtskon-

form und demokratisch-rechtsstaatlichen Standards entsprechend gemeistert werden. Zivile Konfliktbearbeitung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und auf verschiedenen Handlungsebenen ist jedenfalls dringend vonnöten. Die Zivilgesellschaft und NGO's können und müssen hierbei eine gewichtige Rolle spielen.

3.5 Die Aufgaben: Demokratisierung, Wiederaufbau, nachhaltige gesellschaftliche Stabilisierung

Auch wenn die post-conflict-Lage auf Fiji nicht mit jener auf Bougainville, wo es einen nahezu ein Jahrzehnt währenden Krieg zu bewältigen gilt, und auch nicht mit jener auf den Salomonen, wo immerhin etwa zwei Jahre ein erbitterter Gewalt- und Vertreibungskonflikt herrschte, zu vergleichen ist, so stellen sich doch auch hier schwerwiegende Aufgaben ziviler Konfliktbearbeitung. Es sind zwar nicht - wie auf Bougainville - Tausende oder - wie auf den Salomonen - auch nur Hunderte von Toten eines Gewaltkonflikts zu beklagen. Auch hält sich die Zahl der Vertriebenen im Vergleich zu den Salomonen in klaren zahlenmäßigen Grenzen; und es sind generell weniger Zerstörungen an materiellen Gütern und psychische Wunden und Leiden zu beklagen als in den beiden anderen Fällen. Gleichwohl gibt es auch auf Fiji zahlreiche Opfer des Konflikts: Vertriebene, Traumatisierte, an Hab und Gut beraubte, physisch und psychisch Verletzte, in ihren Rechten und Lebenschancen Verkürzte. Und es gibt zahlreiche Täter, die selbst Gewalt ausgeübt oder gebilligt haben. Wiederaufbau, Versöhnung und Rehabilitation sind mithin auch im Falle Fiji geboten. Mehr noch als in den Fällen Bougainville und Salomonen, in denen es im wesentlichen um Friedenskonsolidierung - und damit nachholende, post-konfliktive Prävention - geht, geht es auf Fiji aber um Krisen- und Gewaltprävention im eigentlichen Sinne, nämlich darum zu verhüten, daß es künftig zu gewaltsamem Konfliktaustrag in noch viel stärkerem Maße als während der Zeit des Putsches kommt. Zur Gewalt bereite und fähige Akteure gibt es - wie der Putsch und die in seinem Schatten verübten Gewalttaten sowie die Meuterei vom 2. November zeigen - durchaus. Ihnen muß der Boden entzogen werden durch angemessene Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung auf verschiedenen Ebenen.

Auf der politischen Ebene geht es um die Wiederherstellung verfassungsmäßiger, rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse und einer entsprechenden Regierung.

Die gegenwärtig amtierende Interimsadministration kann nicht als rechtsstaatlich zustande gekommen und demokratisch legitimiert gelten. Trotz ihres "Interim"-Status trifft sie weitreichende Entscheidungen (Einsetzung der Verfassungskommission, substantielle Gesetzesänderungen), und es ist unklar, wann sie einer neuen demokratisch legitimierten Regierung Platz zu machen gewillt ist. Die worst-case- Entwicklung für Fiji wäre, wenn die Interimadministration weiter im Amt bliebe, eine rassistische Verfassung wie die von 1990 ausarbeiten ließe, es daraufhin zu einer umfassenden Abwanderung indischstämmiger Fachkräfte und harten Sanktionen des Auslands und in der Folge zu einer umfassenden ökonomischen und sozialen Krise käme. Dies muß verhindert werden. Da eine Rückkehr des People's Coalition Government an die Macht unrealistisch scheint und auch erheblichen - womöglich wiederum gewaltsamen - Widerstand bei großen Teilen des indigenen Establishments und der indigenen Bevölkerung hervorrufen würde, bietet sich die Etablierung einer Übergangsregierung der Nationalen Einheit an, in der alle relevanten politischen Kräfte, insbesondere ParlamentarierInnen der Parteien der alten Koalitionsregierung und der indigenen Parteien der Opposition, vertreten sind. Ihre vordringliche Aufgabe wäre die Vorbereitung von Neuwahlen zum nächst möglichen Zeitpunkt. Eine Überprüfung der 1997er-Verfassung sollte sich im Rahmen eben dieser Verfassung bewegen; gewisse Änderungen mögen vorstellbar sein, substantielle Rückschritte hinter das Maß der in dieser Verfassung erreichten Gleichstellung der indisch-stämmigen Bevölkerung sind unter den Aspekten von Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Rechts-

staatlichkeit allerdings nicht akzeptabel. Ein Zurück zu den rassistischen Diskriminierungen der 1990er-Verfassung darf es nicht geben. Überprüfung und gegebenenfalls Ergänzungen oder Änderungen der Verfassung sollten allerdings nur von demokratisch gewählten und legitimierten Institutionen vorgenommen werden. Die CRC ist nicht legitimiert, sie sollte aufgelöst werden (eine Forderung der Parteien der alten Regierungskoalition und vieler NGO's). Es ist für eine breite Popularisierung der (ggf. veränderten) Verfassung zu sorgen. Anti-"indische" Ressentiments konnten von den Putschisten und Ultrationalisten nämlich auch deswegen mobilisiert und instrumentalisiert werden, weil die indigenen Fijianer "draußen im Lande" über den tatsächlichen Inhalt der Verfassung von 1997 nur äußerst unzureichend informiert worden waren. Zu überlegen wäre, ob es ein Referendum über die Annahme der Verfassung geben sollte, um so deren Legitimität und Akzeptanz zu erhöhen. Desgleichen wäre zu überlegen, ob das äußerst komplizierte, für den „einfachen Mann“ und die „einfache Frau“ nur schwer durchschaubare Wahlverfahren bei Parlamentswahlen (AV - Alternative Vote) nicht revidiert und damit transparenter gemacht werden sollte. Dafür plädieren jedenfalls die menschenrechtlich-demokratisch engagierten NGO's. Und sie plädieren dafür, daß sich das Ausland nicht mit negativen Sanktionen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf Fiji engagieren möge (Sanktionen werden durchgängig als kontraproduktiv, weil nur der Interimadministration und den reaktionären Kräften nützend, angesehen), sondern mit positiver kreativer Unterstützung zur langfristigen Stärkung der demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft - auch und gerade, um gewissen durchaus vorhandenen resignativen Tendenzen in diesen Kreisen gegenzusteuern.

Der Putsch und die Meuterei haben eklatante Defizite bei Militär, Polizei, Justiz und Verwaltung offenbart. Es zeigte sich, daß diese Institutionen (ebenso wie die Institutionen der traditionellen Gemeinschaften, insbesondere der GCC) tief gespalten sind und es an Loyalität gegenüber einer demokratisch gewählten Regierung fehlen ließen; überall fanden sich mehr oder minder zahlreiche, mehr oder minder offene Unterstützer der Putschisten. Militär und Polizei verhielten sich ihnen gegenüber äußerst zurückhaltend, ja konzilient; eine offene Konfrontation wurde nicht zuletzt deswegen vermieden, weil man in den Putschisten irgendwie auch „die eigenen Leute“ sah, deren Anliegen „eigentlich“ ganz berechtigt waren. Der Polizeichef, Isikia Savua, stand offensichtlich auf seiten der Putschisten; gleichwohl wurde er nach einer "Untersuchung" seiner Rolle während des Putsches im November 2000 wieder in sein Amt eingesetzt, was in der demokratischen Öffentlichkeit einen Aufschrei der Empörung hervorrief. Unter der Führung dieser diskreditierten Persönlichkeit sind eine Überwindung der Spaltungen in der Polizei und eine Reform des Polizeiapparats nicht zu erwarten. Das Militär – dessen Personal zu mehr als 90% aus indigenen Fijianern besteht - ist ebenfalls gespalten, wie die Meuterei offenbarte; offensichtlich sind hier die Loyalitäten gegenüber einzelnen Vorgesetzten und Herkunftsregionen größer als jene gegenüber Staat und Regierung. Auch wenn sich das Militär als Institution im Jahre 2000 nicht wie noch 1987 als putschistisch erwies, sondern nur einige Einheiten sich am Putsch und unterstützenden Aktionen beteiligten, ist es doch noch weit entfernt davon, sich fraglos demokratischer ziviler Kontrolle zu unterwerfen. In den oberen Rängen der Justiz fand und findet man zahlreiche Persönlichkeiten, deren Verfassungstreue und Loyalität höchst zweifelhaft sind. In der öffentlichen Verwaltung lassen Dienstethos und Loyalität ebenfalls zu wünschen übrig; Nepotismus und Korruption sind keine Ausnahmerecheinungen. Mit einem solchen Staatsapparat ist „good governance“ kaum zu realisieren.

Die ganze Problematik der Spaltungen und Illoyalitäten im Staatsapparat wird exemplarisch deutlich an dem bisherigen Umgang mit den Putschisten und Meuterern. Die juristische Aufarbeitung des Putsches ist bisher unzureichend. Es sind noch nicht einmal alle Putschisten bzw. Unterstützer, die sich krimineller Vergehen schuldig gemacht haben, festgenommen bzw. angeklagt worden. Viele von ihnen - selbst aus dem engsten Kreis um Speight - wurden mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt. Jene Soldaten, die sich den Putschisten angeschlossen hatten, wurden nicht belangt und sogar wieder in die Armee aufgenommen. Sie "bedankten"

sich dafür mit der Meuterei vom 2. November. Es bleibt abzuwarten, ob es zu rechtsstaatlichen Verfahren zumindest gegen Speight und seine engsten Vertrauten kommt und ob es ernsthafte Bemühungen geben wird, Hintermänner und Hintergründe des Putsches aufzudecken. Um das Vertrauen in der Bevölkerung in Funktionsfähigkeit und Unparteilichkeit von Justiz, Polizei, Militär und Staatsapparat allgemein wiederherstellen zu können, ist dies unbedingt notwendig.

Ebenso notwendig ist es, die Rechtssicherheit im Lande für alle BürgerInnen wiederherzustellen. Noch Monate nach dem Putsch kam es zu anti-indischen Ausschreitungen in einigen Teilen Viti Levus und auf Vanua Levu. Die Ordnungskräfte sahen vielfach zu bzw. weg, ohne einzugreifen. Indischstämmige Familien auf dem Lande leben vielerorts in Angst. Immer wieder werden sie bedroht oder beraubt. Indischstämmigen Bauern werden "Geschenke" oder sog. "goodwill money" abgepresst mit dem Versprechen bzw. der Drohung, daß ihre Pachtverträge nur bei Zahlung erneuert würden.

Der zentrale Hebel der Einschüchterung sind mithin die Pachtverträge. Das Problem der Verlängerung bzw. Erneuerung dieser Verträge birgt für die nahe Zukunft enormen sozialen und politischen Sprengstoff. Zum Jahresende 2000 laufen allein rund 1800 Pachtverträge aus, in 2001 wiederum rund 1300 und in den Folgejahren jeweils mehrere hundert. Es wird erwartet, daß in den nächsten sieben bis acht Jahren etwa 13.500 Pachtverträge von insgesamt 18.000 auslaufen. Das NLTB hat signalisiert, daß das meiste bisher verpachtete Land künftig "for native use" gebraucht werde, es versucht die landowners zu überreden, die Pachtverträge nicht zu erneuern, und gegenwärtig zeichnet sich ab, daß tatsächlich nur die wenigsten Verträge erneuert werden. Es muß eine Lösung des Problems gefunden werden, die sowohl die Rechte der indigenen Landbesitzer wahrt als auch die indischstämmigen Pächter vor der Vernichtung ihrer Existenz schützt. Das ist einfacher gesagt als getan. Zudem müssen die illegalen Praktiken des Eintreibens von „goodwill money“ und „Geschenken“ durch die Landbesitzer (bzw. durch von diesen angeheuerte jugendliche Banden) mit rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden werden. Auch das ist einfacher gesagt als getan. Langfristig wäre eine umfassende Land(rechts)reform anzustreben, die die gegenwärtig bestehenden und immer wieder zu Konflikten führenden Inkonsistenzen und Unklarheiten beseitigt.

Kurzfristig dagegen muß die Flüchtlingsfrage gelöst werden. Im Westen und Norden Viti Levus und auf Vanua Levu wurden nach dem Putsch Flüchtlingslager für indisch-stämmige Bauern eingerichtet, deren Häuser während der Unruhen niedergebrannt, deren Hab und Gut zerstört oder gestohlen wurde. Noch sollen mehrere Hundert Menschen in solchen Flüchtlingslagern leben. Wer nicht in ein Lager gegangen ist, hat Zuflucht bei Verwandten gesucht. Die Vertriebenen finden keine Arbeit, ihre Kinder gehen oft nicht zur Schule. Zu den in der Folge des Putsches gewaltsam Vertriebenen kommen in wachsender Zahl Zuckerrohrbauern hinzu, deren Pachtverträge nicht erneuert wurden und die daher ihr (Pacht-)Land verlassen mußten. In der nächsten Zeit sind weitere hunderte indischstämmige Kleinbauern gezwungen, ihr (Pacht)Land zu verlassen, wenn ihre Pachtverträge nicht verlängert werden. Sie sehen einem völlig ungewissen Schicksal entgegen.

Wenn die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht in ihre Heimatgemeinden zurückkehren können oder wollen (und danach sieht es zur Zeit in der Masse der Fälle nicht aus, auch wenn die Interimadministration das propagiert), dann ist vorauszusehen, daß es zu einem dramatischen Anwachsen von Armut und städtischen "squatter settlements" kommen wird. Das Rote Kreuz und andere soziale und karitative Organisationen meinen jedenfalls, sich auf diese Entwicklung vorbereiten zu müssen. Die Option der Emigration ins Ausland ist für die von ihrem (Pacht-)Land vertriebenen Bauern nämlich – anders als für Angehörige der städtischen Geschäfts- und Bildungselite – kaum realistisch: es gibt für sie keine aufnahmewilligen Länder. Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft gibt es für sie auch nicht, und als Landarbeiter bei den indigenen Landbesitzern werden sich nur die wenigsten verdingen wollen - die Angst vor einem Paria- bzw. quasi-Sklavendasein scheint nur zu berechtigt.

Wirtschaftliche Entwicklung ist generell eine notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende, Bedingung, um Konflikte künftig zivil bearbeiten zu können. Hierfür haben sich die Ausgangsbedingungen in Fiji drastisch verschlechtert. In der Folge des Putsches hatte die Volkswirtschaft schwere Einbrüche zu verzeichnen. Der Tourismus lag zeitweilig völlig darnieder, und die Branche erholt sich nur langsam. Die Arbeitslosigkeit ist drastisch angestiegen; mindestens 8.000 Menschen verloren als Putschfolge ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich damit und lag bei 15%. Im Export mußten Einbußen von 20% hingenommen werden. Insgesamt ist mit einem Minuswachstum der fijianischen Wirtschaft von rund acht Prozent in 2000 zu rechnen (statt projizierter 3,4% plus). Neue Investitionen werden angesichts der ungewissen Lage nicht vorgenommen. Die Zukunft des fijianischen Zuckerrohranbaus und der Zuckerindustrie ist völlig ungewiß; Kenner der Verhältnisse halten einen völligen Zusammenbruch dieses Wirtschaftszweigs im Laufe der nächsten Jahre für durchaus wahrscheinlich. Schlecht steht es auch um die Textilindustrie mit ihren rund 18.000 Beschäftigten. Hunderte von indischstämmigen Lehrern, Ärzten, Krankenschwestern, Geschäftsleuten, Intellektuellen und anderen gut ausgebildeten Fachkräften haben das Land bereits verlassen, weitere Tausende versuchen es; es vollzieht sich ein „brain drain“ wie nach den Putschen von 1987. Diese Fachkräfte werden von Australien und Neuseeland gern aufgenommen und haben dort bessere Verdienstmöglichkeiten als in Fiji. Schon muß Fiji Fachkräfte im Ausland anwerben, um die Lücken zu schließen. Zu Weihnachten 2000 trafen die ersten 20 Ärzte aus den Philippinen im Lande ein.

Künftig müssen vorrangig Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, insbesondere für die auf den Arbeitsmarkt drängende junge Generation, geschaffen werden. Die anti-"indischen" Ausschreitungen in Suva und auf dem Lande in der Folge des Putsches wurden vor allem von indigenen arbeitslosen Jugendlichen ohne berufliche Perspektive begangen. Sie bilden auch künftig ein gewaltbereites Unruhepotential. Und ob die jungen "indischen" Männer, die künftig arbeitslos in "squatter settlements" zusammengeballt werden, auch weiterhin so zurückhaltend sein werden wie bisher oder nicht doch den Weg der "Gegengewalt" beschreiten, ist nicht ausgemacht.

Noch aber liegt das Hauptproblem in Hinblick auf Gewaltbereitschaft und -tätigkeit auf der indigenen Seite der fijianischen Bevölkerung. Der Putsch und die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß es ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft bei jungen indigenen Männern gibt, die durch traditionale Mechanismen immer weniger eingehegt und kontrolliert wird. Traditionale Autoritäten und traditionale Konfliktregelungsmechanismen verlieren an Macht und Wirksamkeit - wenn nicht gar traditionale chiefs ihre Autorität mißbrauchen und zum eigenen Vorteil ihre Gefolgsleute zu Gewalttaten anstacheln. Moderne, demokratische, rechtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Mechanismen sind noch wenig entwickelt oder noch unzureichend akzeptiert und legitimiert.

Die traditionellen Institutionen und Autoritäten der indigenen fijianischen Gesellschaft sind durch den Putsch und seine Folgen nachhaltig erschüttert worden. Zeitweilig wurde der GCC, immerhin die höchste dieser Autoritäten, geradezu "vorgeführt". Die traditionellen sozialen Strukturen sind durch verschiedene Aspekte von Modernisierung – Landflucht und Urbanisierung, Beschäftigung(slosigkeit) im modernen Wirtschaftssektor, formale Bildung usw. – der Erosion ausgesetzt. Die regionale Ungleichzeitigkeit dieser Entwicklung, Konkurrenzen zwischen den traditionellen Autoritäten und deren – häufig erfolgloses – Engagement im modernen Sektor von Politik und Wirtschaft verschärfen die Konflikthaftigkeit des Übergangs von Tradition zu Moderne. Der Konflikt zwischen den Generationen spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle.

Die sozialen Unterschiede innerhalb der indigenen Gesellschaft werden überdies immer größer. Die Zahl der Armen in der indigenen Bevölkerung wächst beständig. Die Mehrheit der indigenen Fijianer ist mittlerweile mit ihrer sozialen Lage unzufrieden, und die indigene fijianische Elite versucht, diese Unzufriedenheit abzulenken, indem sie die vorgeblich so reichen "In-

der" zu Sündenböcken macht – und dabei geflissentlich übersieht, daß es auch in der indischen community große soziale Unterschiede gibt, etwa zwischen Zuckerrohrbauern und städtischen Arbeitern einerseits und den Geschäftsleuten andererseits.

Die indigene fijianische Gesellschaft steht vor der schwierigen historischen Aufgabe, den notwendig konfliktiven Übergang von traditionellen Gemeinschaften zur modernen Gesellschaft möglichst sozialverträglich und gewaltarm zu bewältigen, also etwa die Konzepte von traditionaler Gemeinschaftsbindung und modernem Individualismus, von "chiefly system" und moderner Demokratie, miteinander zu versöhnen. Um die Menschen nicht sozialer Desintegration und Desorientierung anheim fallen zu lassen, gilt es zum einen traditionale Zusammenhänge zu bewahren (das heißt vor allem: die Bindung an das Land und den "Stamm"), zum anderen aber auch moderne Strukturen so zu gestalten, daß die Menschen nicht ins Bodenlose fallen, sondern einen neuen Platz in der modernen Gesellschaft finden, das heißt vor allem: Ausbildung, Arbeitsplätze, urbane Wohnmöglichkeiten. Besondere, auf die indigene Bevölkerung abgestimmte, Förderprogramme („affirmative action policies“) sind mithin weiterhin notwendig, auch wenn sie in der Vergangenheit wenig erfolgreich waren und eher zur Bereicherung einer dünnen Schicht denn zur Hebung des Lebensstandards der breiten Masse geführt haben.

Diese besondere Aufmerksamkeit für die indigenen Fijianer muß allerdings einhergehen mit dem Bemühen, endlich ein tatsächliches Miteinander von Indigenen und "Indern" auf den Weg zu bringen.

Mißtrauen, Feindbilder, rassistische Vorurteile, Ignoranz und Unkenntnis prägen seit Jahrzehnten vielerorts das Verhältnis der indigenen und der indischstämmigen Fijianer zueinander. Der Putsch und die Ausschreitungen in seinem Gefolge haben die Gräben zwischen den Bevölkerungsgruppen weiter vertieft. Da es aber zu ihrem Miteinander in der Zukunft keine realistische, unter menschenrechtlichen und demokratischen Gesichtspunkten akzeptable, Alternative gibt, wird man sich auf den mühseligen und langwierigen Prozeß der Versöhnung und Verständigung einlassen müssen. Hier stellen sich den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, aber auch Akteuren der Zivilgesellschaft, besondere Aufgaben.

3.6 Ansatzpunkte und potentielle Arbeitsfelder für Zivile Konfliktbearbeitung und Zivilen Friedensdienst

Die NGO's haben in der Zeit des Putsches in der Regel eine klare Position bezogen: Sie haben Putsch und Gewalt eindeutig verurteilt, mit Aufrufen, Mahnwachen, Friedensgebeten und anderen symbolischen Aktionen – etwa der „blue ribbon“-Kampagne der Frauenorganisationen – Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen versucht und Gewaltopfern praktische Hilfe zukommen lassen. Sie sind in dieser Zeit enger zusammengerückt - was sich u.a. in der Bildung der "Coalition of NGO's for Human Rights" ausdrückte - und haben Standhaftigkeit bewiesen. Auf dem damit erworbenen öffentlichen Ansehen können sie aufbauen, wenn sie sich jetzt für Demokratisierung, politische Reformen, eine Stärkung der Zivilgesellschaft, Versöhnung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen und „empowerment“ benachteiligter Gruppen einsetzen. Sie sind deutlich stärker als zur Zeit der Putsche von 1987 (wenn auch zum Teil auf die urbanen Zentren, insbesondere Suva, beschränkt). Allerdings sind auch sie in gewissem Maße vom "brain drain" und Tendenzen zu Resignation und Rückzug ins Privatleben betroffen. Für zahlreiche engagierte BürgerInnen haben sich die mit der 1997er-Verfassung verbundenen Hoffnungen im Mai 2000 zerschlagen, sie sind demoralisiert und mutlos. Vielen drängt sich die Wahrnehmung auf, daß die Ära der Demokratisierung, die Mitte der 90er Jahre begann, bereits wieder zuende ist.

Die generell positive Einschätzung der Rolle der NGO's in der Putsch-Zeit gilt nur eingeschränkt für die Kirchen. Die Kirchen, vor allem die Methodisten-Kirche, der rund 60% der indigenen Fijianer angehören, haben während des Putsches als Institutionen keine rühmliche

Rolle gespielt. Während sie zu Zeiten der Putsche von 1987 offen mit der Taukei-Bewegung sympathisiert hatte, hat die Methodisten-Kirche sich diesmal zumindest nicht eindeutig verhalten. Das liegt nicht zuletzt an den traditionellen engen Verbindungen zwischen der Führung dieser Kirche und den indigenen Spitzenleuten in Staat und Verwaltung, die in der Regel ebenso Angehörige dieser Kirche sind wie die traditionellen chiefs. Diese Verbindungen gehen zurück bis in die Zeiten der Einführung des Christentums: Seinerzeit richteten die Missionare ihre Anstrengungen darauf, die chiefs zu bekehren; diese wiederum erklärten dann den Übertritt aller ihrer Gefolgsleute, der gesamten vanua, zum neuen Glauben. Es gab also keine individuellen Bekehrungen, sondern "befohlene" kollektive Übertritte. Im Gegenzug wurde die herrschende Position der chiefs als Ausdruck göttlichen Willens gedeutet. Seither sind "chiefly system" (und indigene politische Herrschaft) und Christentum in Fiji auf das engste verbunden (die Bezeichnung für „chief“ und „Gott“ sind im Fijianischen identisch: turaga; zwischen irdischen und himmlischem turaga gibt es eine unauflösliche Verbindung). Das Angebot der Putschisten und auch aus Kreisen der Interimadministration und der CRC, Fiji per Verfassung zu einem "christlichen Staat" zu erklären (mit entsprechenden Privilegien für die christlichen Kirchen und wohl insbesondere die methodistische "Staatskirche" - und entsprechenden Diskriminierungen der anderen Religionen), scheint für manche Kirchenleute verlockend. Geradezu enthusiastisch wird es von fundamentalistischen evangelikalen Gruppierungen begrüßt, die in Fiji wie in anderen pazifischen Inselstaaten auch massiv auf dem Vormarsch sind und die den Putsch offen unterstützt haben. Der „christliche Staat“ wäre letztlich Instrument zur Legitimierung und Zementierung rassistischer undemokratischer Zustände.

Allerdings gibt es zahlreiche kirchliche Basisgruppen und Einzelpersonlichkeiten aus dem kirchlichen Kontext, die die Idee des "christlichen Staats" entschieden zurückweisen und klar im Sinne einer Verantwortung von Christen und Kirchen für Demokratie und Menschenrechte Position bezogen haben. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Research Group des FCC (FCC-RG; Casimira Aisake, Koila Costello-Olsson u.a.), die nicht nur die besten Analysen des Putsches und seiner Hintergründe vorgelegt hat, sondern sich auch – über das Mandat zur „Forschung“ hinaus - aktiv aufklärerisch für Demokratie, Menschenrechte und zivile Konfliktbearbeitung eingesetzt hat, etwa mit ihrer Medien-Kampagne „Mending bridges within our communities“ (und wegen ihrer exponierten Position Schwierigkeiten mit Mitgliedskirchen des FCC bekommen hat, weswegen man sich jetzt unabhängiger vom FCC machen will).

Ein Problem ist, daß sich der indigen-„indische“ Unterschied auch auf dem Gebiet der Religion widerspiegelt: Die indigenen Fijianer sind ausnahmslos Christen, die große Mehrheit der indischstämmigen Fijianer dagegen Hindus oder Moslems, unter ihnen gibt es nur 3% Christen. Inter-religiöser und inter-kultureller Dialog und ein Austausch zwischen den Religionsgemeinschaften sind kaum entwickelt. Hierum haben sich bisher nur kleine Gruppierungen bemüht, wie die People for Intercultural Awareness (PIA, Father Frank Hoare), die sich seit 1989 mit Wochenend-workshops, zweiwöchigen Kursen und der Erarbeitung von Aufklärungsmaterialien um den interkulturellen Dialog verdient gemacht haben, sowie Interfaith Search Fiji (Tessa Mac Kenzie), die Angehörige verschiedener Religionen in workshops zusammenbringen und für ein wechselseitig besseres Verständnis der Religionen arbeiten (was die Methodisten-Kirche mit Skepsis und Ablehnung verfolgt). Diese - ehrenamtlichen - Ansätze bewegen sich in einem äußerst bescheidenen Rahmen. Hier stellen sich – auch und gerade unter friedenspolitischen Aspekten – noch große Aufgaben für die Zukunft.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft in Fiji kann generell einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Bearbeitung der vielfältigen Konflikte in der fijianischen Gesellschaft leisten. Gerade angesichts der Schwächung und der demokratisch-rechtsstaatlichen Defizite staatlicher Apparate sowie angesichts der mit dem Putsch und seinen Folgen um sich greifenden Kultur der politischen Gewalt kommt zivilgesellschaftlichen Akteuren und ihrer auf Gewaltfreiheit verpflichteten Politik eine besondere Rolle zu. Capacity-building für NGO's kann eine unmittel-

telbar friedenskonsolidierende und krisenpräventive Bedeutung gewinnen. Die Professionalisierung der Arbeit von NGO's kann deren Gewicht in der fijianischen Gesellschaft stärken und damit die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung verbessern. Im fijianischen Kontext gewinnt die Rede von „Zivil“gesellschaft und „ziviler“ Konfliktbearbeitung dabei unter den aktuellen Bedingungen eine ganz besondere Bedeutung: Geht es doch auch um die Zurückdrängung des Einflusses und des Gewichts des Militärs in der fijianischen Gesellschaft. Das Militär hat durch die Ereignisse des Jahres 2000 eine für eine demokratische Gesellschaft unvertretbar starke Position bekommen; für viele Fijianer gilt es als Garant von Ruhe und Ordnung und als entscheidende problemlösende Instanz. Aus dieser Rolle muß es wieder heraus, es muß gewissermaßen auf „Normalmaß“ zurückgestutzt werden. Das heißt, es muß wieder ziviler, demokratisch legitimer Kontrolle unterworfen werden, und ihm muß die Legitimation entzogen werden, in innenpolitischen Fragen mitzumischen. Eine Delegitimation des Militärischen und eine Entmilitarisierung der Politik sind für eine demokratisch-rechtsstaatliche Entwicklung des Landes unbedingt vonnöten. Das Militär kann sonst auf Dauer zu einem unkontrollierbaren Machtfaktor werden, und zwar umso eher, als die Konzepte von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit noch nicht umfassend in der fijianischen Gesellschaft verankert sind, besonders nicht auf dem Lande, in den Dörfern. Hier stellt sich zivilgesellschaftlichen Akteuren eine große Aufgabe.

Daneben stellt - ähnlich wie auf Bougainville und den Salomonen - die Arbeit mit gewaltbereiten oder gewalttätigen Jugendlichen ein wichtiges Arbeitsfeld ziviler Konfliktbearbeitung dar. Diese männlichen Jugendlichen (zwischen etwa 15 und 25 Jahren) haben in der traditionellen Hierarchie des Dorfes eine untergeordnete Stellung inne, auf ihre Bedürfnisse wird nicht eingegangen, das Leben im Dorf wird für sie zusehends unattraktiv, sie drängen daher in die Städte, um dort "ihr Glück zu machen", enden hier aber nur zu oft in Perspektiv- und Arbeitslosigkeit. Speziell auf solche Jugendliche ausgerichtete Programme können große gewalt- und krisenpräventive Wirkung haben; es gilt, künftigen potentiellen Putschisten das Fußvolk zu entziehen.

Eine Besonderheit der fijianischen Situation stellt schließlich der kulturelle und religiöse Unterschied zwischen indigenen und indischstämmigen Fijianern dar. Um zu vermeiden, daß diese Differenz zu ethnisch-religiösen Konflikten führt, sind inter-ethnische Versöhnungs- und Verständigungsprojekte vonnöten. Multi-kulturelle Ausbildungs- und Freizeitprogramme für Jugendliche, Gesprächsgruppen zwischen Angehörigen verschiedener Konfessionen, Partnerschaftsprojekte von indigenen und "indischen" Gemeinden u.ä. sind daher genuine Vorhaben eines Zivilen Friedensdienstes. Gerade Kirchen(gemeinden) sind hier besonders gefordert.

Ansatzpunkte für einen möglichen Einsatz von Friedensfachkräften ergeben sich mithin vor allem in drei Bereichen:

Stärkung von NGO's, die Menschenrechtsarbeit, demokratische Bewußtseinsbildung und zivile Konfliktbearbeitung betreiben; capacity building;

Entwicklung und Betreuung von Programmen für gewaltbereite Jugendliche;

Multi-kulturelle, inter- religiöse Verständigungs- und Versöhnungsprojekte.

3.7 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst

Eine weitere Besonderheit Fijis ist seine zentrale Lage im Südpazifik, die es zu einem Zentrum und einer Drehscheibe zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in der Großregion macht. Die NGO's in Fiji sind Knotenpunkte im regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerk. Verschiedene regionale Dachorganisationen haben ihre Zentralen in Suva. Von hier strahlen Aktivitäten in die Region aus, hier laufen viele Fäden zusammen. Fiji ist daher besonders geeignet für die Durchführung von Maßnahmen der Süd-Süd-Kooperation. Ziviler Friedensdienst sollte solche Süd-Süd-Kooperation unterstützen und stärken. NGO's, die eine solche Kooperation organi-

sieren könnten, kommen daher als potentielle Partnerorganisationen für den Zivilen Friedensdienst ganz besonders in Betracht.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das *Pacific Concerns Resource Centre (PCRC)* ein vorrangiger Ansprechpartner. Denn es operiert von Suva aus mit einem pazifik-weiten Anspruch und entsprechenden Verbindungen zu NGO's in den anderen pazifischen Inselstaaten. Es hat eine solide organisatorische Struktur und fungiert als Knoten im Netzwerk der pazifischen Zivilgesellschaft und nutzt dabei den Standortvorteil Fiji optimal aus. Zugleich ist das PCRC eben wegen dieses Standorts selbstverständlich besonders "dicht dran" an den Geschehnissen im "Gastland". Das macht es möglich, daß bei PCRC angebundene Friedensfachkräfte sowohl "fiji-spezifisch" als auch mit pazifik-weiter Ausstrahlung wirken könnten. Gegenwärtig wird bei PCRC überlegt, einen künftigen Arbeitsschwerpunkt auf Friedenserziehung zu legen. Dabei will man besonderen Wert auf die Erfassung und Nutzbarmachung traditionellen Wissens um Friedensschaffung und Konfliktbearbeitung legen. Dies ist besonders der neuen Leiterin des PCRC, Hilda Lini (aus Vanuatu), gewissermaßen eine „Herzensangelegenheit“. Es soll geprüft werden, inwieweit Kultur und Mechanismen des "Friedens im Dorf" (village peace) auf die moderne Welt von Staat, Gesellschaft und internationalem System übertragen bzw. angewendet werden können. Getragen wird dieser Ansatz von der Überzeugung, daß es wertvolle "indigenous concepts of peace" gibt, die bisher in den "modernen" Krisen und Gewaltkonflikten, von denen auch der pazifische Raum zusehends geschüttelt wird, zu wenig berücksichtigt wurden, die aber einen bedeutenden Beitrag zur zivilen Konfliktbearbeitung leisten können. (Hierzu hat PCRC in letzter Zeit einige workshops und eine größere Konferenz organisiert). Gleichzeitig ist man sich bewußt, daß es der Ergänzung der traditionellen Konzepte um moderne, "westliche" Ansätze bedarf. Ziel ist es, Curricula, Programme, Unterrichtsmaterialien für eine so verstandene Friedenserziehung zu entwickeln und NGO's, Kirchen, Schulen, staatlichen Institutionen in Fiji und anderen pazifischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Die Einbeziehung externer Friedensfachkräfte in ein solches Projekt kann sinnvoll sein, und zwar zum einen, um "westliche" Expertise in Sachen Friedenserziehung ergänzend einzubringen, insbesondere in Hinsicht auf die inter-kulturelle Dimension, zum anderen, um von "indigenous concepts of peace" zu lernen und das Gelernte "zu Hause" und andernorts weiterzugeben. Im PCRC wird sehr betont, daß eine externe Friedensfachkraft die Bereitschaft zum "listening" und "learning" mitbringen müsse. Eine derart aufgeschlossene Friedensfachkraft mit friedenspädagogischer Ausbildung und inter-kultureller Sensibilität könnte sowohl für die gegenwärtige fijianische Situation, in der Friedenserziehung von NGO's und Kirchen als dringend erforderlich angesehen und stark nachgefragt wird, als auch für Vernetzungsaufgaben auf dem Gebiet der Friedenspädagogik im pazifischen Raum insgesamt sinnvoll eingesetzt werden. Das PCRC hat funktionsfähige Strukturen, in die eine solche Kraft ohne Schwierigkeiten eingebunden werden könnte (problematisch könnte die Aufbringung eines notwendigen - wohl relativ hohen - Reiseetats für diese Kraft sein, sollte sie doch sinnvollerweise die Möglichkeit zu häufigeren Reisen in der Region bekommen). Jüngste Erfahrungen von PCRC zeigen auch, daß es keine Schwierigkeiten macht, eine Arbeitserlaubnis für eine solche Kraft zu bekommen (vorausgesetzt, es kommt nicht zu weiteren Rechtsrucks im Lande...).

Eine weitere potentielle Trägerorganisation für Vorhaben im Zivilen Friedensdienst könnte der *National Council of Women Fiji (NCWF)*, Vorsitzende: Miriama Leweniqila) sein. Er hat sich nach dem Putsch sehr stark für Frieden, Demokratie und Menschenrechte engagiert und gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen, insbesondere dem Fiji Women's Crisis Centre und dem Fiji Women's Rights Movement, die öffentlichkeitswirksamsten Aktionen durchgeführt: Die täglichen Friedenswachen und -gebete, die „Frauen in Schwarz“ – Kampagne, die Kerzenlicht-Kampagne und die „Blaues-Band“-Kampagne. Für die Organisation dieser Aktivitäten wurde aus dem NCWF heraus bereits am 21. Mai 2000 eigens eine gesonderte Struktur, die *Women's Action for Democracy and Peace (WAD'aP)*, mit eigenem Steering Committee und Sekretariat geschaffen (Vorsitzende: Tupou Vere, zugleich Mitarbeiterin

PCRC, Sekretärin Sharon Bhagwan Rolls, zugleich FCC-RG). Mittlerweile hat WAD'aP vier Arbeitsgruppen: Human Rights and Peace, Multiculturalism, Good Governance sowie Economic Empowerment. Alle diese Arbeitsgruppen werden von ehrenamtlich arbeitenden Frauen getragen. Ein großes Problem ist gegenwärtig die organisatorische Schwäche des Rats, der zur Zeit lediglich drei bezahlte Kräfte (darunter eine nur für ein spezielles Projekt – counselling für Straßenkinder und mißbrauchte Kinder – mit Mitteln einer kanadischen Stiftung zeitlich befristet eingestellte Kraft) und ein winziges, schlecht ausgestattetes Büro hat. Eine gewisse Konsolidierung der Strukturen scheint notwendig, um dort eine externe Friedensfachkraft sinnvoll einbinden zu können. Dann aber kann eine solche Kraft durchaus von Nutzen sein, um insbesondere WAD'aP und ihre Arbeitsgruppen zu stärken und die Vernetzung mit anderen Friedens- und Menschenrechts-NGO's zu befördern. Externe Erfahrungen mit der Organisation von Kampagnen und dem Aufbau von entsprechenden Strukturen wird in Fiji durchaus nachgefragt. Eine Friedensfachkraft, die in diesem Arbeitsgebiet eingesetzt wird, sollte daher „friedensbewegte Kampagnen-Erfahrung“ und organisatorische Fähigkeiten zwecks „capacity-building“ mitbringen.

Andere NGO's, in denen „eigentlich“ Friedensfachkräfte mitarbeiten könnten, sind entweder organisatorisch zu schwach (das gilt etwa für Interfaith Search und PIA, die gute Arbeit im Bereich inter-kultureller und inter-religiöser Verständigung machen, aber einfach zu klein und zu locker strukturiert sind, um Friedensfachkräfte absorbieren zu können) oder so stark und selbstbewußt, daß sie solcher Unterstützung nicht bedürfen (etwa das Fiji Women's Crisis Centre (Shamima Ali, Edwina Cotoisuva) oder das CCF (Akuila Yabaki) oder der Fiji Council of Social Services (FCOSS; Hassan Khan, Sashi Kiron, Nilesh Prasad), die bereits 1957 gegründete Dachorganisation von rund 300 Mitgliedsorganisationen mit einer recht gut ausgestatteten Zentrale in Suva), oder ihre Arbeitsplanung läßt die Einbeziehung einer Friedensfachkraft gegenwärtig nicht opportun erscheinen (so der Fall bei der FCC-RG). Potentielle Partnerorganisationen, die Projekte mit gewaltbereiten Jugendlichen durchführen und in die Friedensfachkräfte einbezogen werden könnten, gibt es leider zur Zeit nicht, so daß dieses „eigentlich“ wichtige Arbeitsfeld nicht beackert werden kann.

4. Vanuatu

4.1 Zusammenfassende Bewertung und Empfehlung

Im Falle Vanuatu handelt es sich um eine Vor-Gewaltkonflikt-Situation, in der es um Krisenprävention im eigentlichen Sinne (primäre Prävention) geht. Zwar hat es in der Gründungsphase des jungen Staates 1980 einen heftigen Gewaltkonflikt gegeben: Eine secessionistische Rebellion konnte nur mit Unterstützung PNG's und Australiens niedergeschlagen werden. Doch seither blieb Vanuatu von Gewaltkonflikten auf größerer Stufenleiter verschont. Gleichwohl findet sich auch hier ein soziales und politisches Konfliktpotential, das zu gewaltsamem Konfliktaustrag führen kann. Der aus der Kolonialzeit mitgeschleppte anglophon-frankophone Gegensatz, Landkonflikte, Rivalitäten zwischen verschiedenen Landesteilen/Inseln, der Widerspruch zwischen moderner und traditionaler Lebensweise, sozial problematische Modernisierungserscheinungen wie Urbanisierung und massenhafte (Jugend-)Arbeitslosigkeit sowie Erscheinungen von „bad governance“ wie Korruption und Klientelismus können sich – ähnlich wie in PNG, Fiji oder den Salomonen - zu einem explosiven Gemisch verbinden. Anders als in den Fällen PNG/Bougainville und Salomonen aber, in denen es bereits zu Gewaltkonflikten gekommen ist und in denen es gegenwärtig um Friedenskonsolidierung und damit post-konfliktive Krisenprävention geht, besteht in Vanuatu die Chance, gewaltsame Eskalationen zu verhindern.

Angesichts eines in Hinsicht auf zivile Konfliktbearbeitung defizitären politischen Systems kommt hierbei zivilgesellschaftlichen Akteuren eine besondere Rolle und Verantwortung zu. In Vanuatu gibt es eine relativ - in Relation zur Größe (eher: Kleinheit) des Landes und in Relation zur Stärke der traditionellen Gemeinschaften – entfaltete Zivilgesellschaft mit verschiedenen NGO's, die sich für Demokratisierung, Menschen- und insbesondere Frauenrechte sowie zivile Konfliktbearbeitung einsetzen. Ihnen stellt sich die Aufgabe, Bündnisse mit traditionellen Akteuren, die das ländlich-dörfliche Leben noch weitgehend bestimmen, einzugehen. Aus solchen Bündnissen bzw. der Verbindung von modernen zivilgesellschaftlichen Werten und Konfliktbearbeitungsformen einerseits und traditionellen Werten und Konfliktbearbeitungsformen andererseits (in Vanuatu im Begriff „kastom“ gefaßt) können Bollwerke gegen gewaltsame Konflikteskalation errichtet werden, und es können so Wege nicht-gewaltförmiger Konfliktbearbeitung eröffnet und beschrritten werden.

Für Maßnahmen Ziviler Konfliktbearbeitung im allgemeinen und für die Entsendung von Friedensfachkräften im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes im besonderen bieten sich prioritär die Arbeit mit arbeitslosen urbanen männlichen Jugendlichen und die Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen an.

Die Fälle Bougainville und Salomonen (und mit gewissen Einschränkungen auch Fiji) zeigen zum einen, daß das „Fußvolk“ der auf gewaltsamen Konfliktaustrag orientierten Gruppen aus arbeits- und perspektivlosen Jugendlichen besteht, und zum anderen, daß Frauen(organisationen) eine wichtige Rolle für die Beendigung bzw. Unterbindung gewaltsamen Konfliktaustrags spielen. Aus diesen Fällen läßt sich folgern, daß der Arbeit mit Jugendlichen und Frauen für den Fall Vanuatu eine große krisenpräventive Bedeutung zukommen kann. Diese Arbeit kann dazu beitragen, Vanuatu ein „salomonisches“ oder „fijianisches“ Schicksal künftig zu ersparen, ist mithin Ziviler Friedensdienst im besten Sinne.

Die arbeitslosen Jugendlichen in den Städten bilden eine in Vanuatu relativ neue soziale (Problem-)Gruppe, die besonders gewaltbereit und –fähig ist. Offizielle Politik kümmert sich um sie bisher kaum. Hingegen gibt es einige Organisationen und Initiativen, die Projekte und Programme für diese soziale Gruppe entwickeln. Deren Arbeit könnte durch Friedensfachkräfte unterstützt werden.

Die gesellschaftliche Stellung der Frauen ist in Vanuatu sowohl in traditionellen als auch in modernen Zusammenhängen immer noch untergeordnet. Frauen sind in verschiedener Form

Objekte alltäglicher männlicher Gewalt. Auch dieses Problem hat offizielle Politik bisher nur unzureichend thematisiert. Verschiedene Frauenorganisationen bemühen sich um Aufklärung über Frauenrechte, Schutz für Frauen vor männlicher Gewalt und eine Stärkung der Rolle der Frau in Familie und Öffentlichkeit. Auch zu deren Unterstützung kann der Einsatz von Friedensfachkräften sinnvoll sein.

4.2 Zu Hintergrund und Geschichte der gegenwärtigen Konfliktkonstellation

Die im westlichen Südpazifik gelegene Republik Vanuatu besteht aus 82 Inseln (bewohnt: 67) mit einer Gesamtfläche von rund 15.000 Quadratkilometern. Die größten Inseln sind Espiritu Santo (4010 qkm), Malekula (2053 qkm) und Efate (887 qkm). Auf Efate liegt die Hauptstadt Port Vila, mit knapp 30.000 EinwohnerInnen größte Stadt des Landes. Die nächstgrößere Stadt ist Luganville auf Espiritu Santo mit rund 8.000 EinwohnerInnen. Insgesamt hat Vanuatu rund 190.000 BürgerInnen, 94% davon Melanesier. Hinzu kommen Franzosen, Vietnamesen, Chinesen und Bürger anderer pazifischer Inselstaaten. Die indigenen Melanesier gehören mehr als 100 verschiedenen ethnolinguistischen Gruppen an. Lingua franca ist Bislama, ein Pidgin mit starkem frankophonem Einschlag; offizielle gleichberechtigte Verwaltungssprachen sind Englisch und Französisch. Das Bevölkerungswachstum ist mit fast 3 Prozent jährlich hoch, die Bevölkerung sehr jung (72% unter 30 Jahre). Etwa 80% der EinwohnerInnen leben weitgehend von der Subsistenzlandwirtschaft, die durch den Anbau von cash crops ergänzt wird. Die Böden sind in der Regel gut, ein Großteil der Inselnflächen ist für die landwirtschaftliche Nutzung geeignet, und es wird eine Vielzahl von agrarischen Produkten angebaut, u.a. Kokosnuß, Taro, Kassava, Yams, Brotfrucht, verschiedene Gemüse und tropische Früchte. Es werden Schweine, Hühner und Rinder gehalten; Rindfleisch ist ein wichtiges Exportgut. Am bedeutendsten ist allerdings immer noch der Export von Kopra. Neben den großen Plantagen liefern die smallholders diese Kopra, und zwar zu mehr als zwei Dritteln mit weiter steigender Tendenz. Weitere cash crops, deren Bedeutung - gerade auch angesichts der sinkenden Preise für Kopra - wächst, sind Kakao und Kava. Auch Tropenholz und Thunfisch wird exportiert. Ökonomisch wichtiger ist allerdings, daß Port Vila ein bedeutender Platz für sog. offshore financial services ist; in Vanuatu sind keine Einkommen- oder Kapitalsteuern zu zahlen, so daß im Steuerparadies Port Vila Dutzende von Bank- und Finanzinstituten vertreten sind. Zudem bietet Vanuatu ausländischen Reedereien eine sog. flag of convenience an. Zusehends wird der Tourismus zu einer wichtigen Dienstleistungsbranche (über 50.000 Touristen jährlich).

Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatten sich britische und französische Siedler auf den damaligen Neuen Hebriden niedergelassen, Handelsgesellschaften trieben Handel mit Sandelholz und indigenen Arbeitskräften, die - mit mehr oder minder verbrecherischen Methoden - zur Arbeit auf Plantagen im australischen Queensland, auf Fiji, Neukaledonien und Samoa angeworben und verschifft wurden. Die Konkurrenz zwischen den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien um die Neuen Hebriden wurde 1887 durch ein erstes Abkommen der britisch-französischen Marine-Kommission zum Schutz ihrer Staatsbürger auf den Inseln geregelt, und im Jahre 1906 errichteten beide Mächte eine gemeinsame Verwaltung; das Kondominium der Neuen Hebriden wurde damit die einzige französisch-britische Kolonie der Kolonialzeit.

1980 erlangten die Neuen Hebriden als Republik Vanuatu die Unabhängigkeit. Dem waren heftige, zeitweise gewaltsam ausgetragene Konflikte vorausgegangen, deren Nachwirkungen auch die heutige Konfliktkonstellation auf Vanuatu noch mit prägen.

Entscheidende Ursachen für die Konflikt- und Gewalthaftigkeit des Übergangs in die Unabhängigkeit lagen in dem System der britisch-französischen Kolonialverwaltung und den Differenzen zwischen den beiden Kolonialmächten begründet. Trotz der formal gemeinsamen

Kolonialherrschaft etablierten Franzosen und Briten auf den Neuen Hebriden je eigene Kolonialstrukturen. So gab es zwei Rechtssysteme, zwei verschiedene Polizeikräfte, zwei offizielle Sprachen (englisch und französisch), drei Verwaltungszonen (eine britische, eine französische und eine gemeinsame), drei Gerichtshöfe und drei Währungen. Die Differenzen überwogen mithin die Gemeinsamkeiten, und die einheimische Bevölkerung als Objekt der Kolonialherrschaft wurde ebenfalls entlang der Differenzen der Kolonialmächte gespalten, etwa durch die Konkurrenz der Schulsysteme und der damit vermittelten Sprachen, die zur Herausbildung eines anglophonen und eines frankophonen indigenen Bevölkerungsteils führten. Auf dem Gebiet der Religion schlug sich die Differenz in der deutlichen Dominanz des Katholizismus im französisch beeinflussten, frankophonen Bevölkerungsteil und der Dominanz von Presbyterianern und Anglikanern im englisch beeinflussten, anglophonen Bevölkerungsteil nieder. Heute sind die Presbyterianer mit knapp 40% die größte Gruppe, gefolgt von Katholiken und Anglikanern mit je rund 15%.

In der Ära der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere seit den 60er Jahren versuchten beide Kolonialmächte, in der indigenen Bevölkerung Unterstützung und Bündnispartner für ihre jeweiligen Kolonial- bzw. Dekolonialisierungspolitiken zu gewinnen. Vereinfacht dargestellt wollten die Briten sich "sanft und still" aus ihrer Rolle als Kolonialmacht herauslösen, während die Franzosen - nicht zuletzt im Interesse und unter dem Druck der französischen Siedler auf den Inseln (die sehr viel zahlreicher waren als britische Staatsbürger) - an ihrer Kolonialherrschaft festhalten wollten. Die Briten unterstützten daher Unabhängigkeitsbefürworter aus der indigenen Bevölkerung und wollten mit diesen gemeinsam einen möglichst reibungslosen Übergang in die Unabhängigkeit organisieren. Die Franzosen bauten Gegenkräfte auf, die sich gegen die Unabhängigkeit bzw. einen "zu schnellen" Übergang in die Unabhängigkeit stellten. Diese Konstellation führte schließlich dazu, daß der Übergangsprozeß in die Unabhängigkeit Vanuatus von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet wurde, die in der secessionistischen Santo-Rebellion von 1980 und ihrer gewaltsamen Niederschlagung mündeten.

Beide Seiten stützten sich auf Bewegungen, die in den 60er Jahren entstanden waren. Auf der einen Seite fand sich eine Nationalbewegung unter Führung von Father Walter Lini, die sich im Kontext der anti-kolonialen Bewegungen in der sich damals herausbildenden "Dritten Welt" verortete und politische Unabhängigkeit für das Kondominium anstrebte. Lini und seine Anhänger rekurrten dabei auf die Traditionen ihrer melanesischen Gemeinschaften - auf "kastom" -, um damit ihren Anti-Kolonialismus historisch zu begründen, stellten diese Rückbesinnung aber in den Dienst der modernen Ideologie von Nation und Nationalstaatlichkeit, in deren Namen von den Kolonialherren die Unabhängigkeit gefordert wurde. Die Führer dieser Nationalbewegung kamen aus dem anglophonen Bevölkerungsteil, hatten das britische Erziehungssystem durchlaufen und gehörten der anglikanischen oder presbyterianischen Kirche an (Lini war anglikanischer Priester). Die britischen Kolonialherren waren gewillt, sich mit Lini und seiner Bewegung über den Übergang in die Unabhängigkeit zu verständigen.

Auf der anderen Seite stand eine ebenfalls in den 60er Jahren entstandene, streng traditionalistische Bewegung, die unter Berufung auf "kastom" zurück zur vor-kolonialen traditionellen Lebensweise mit ihren melanesischen Werten wollte, mithin auf kulturelle und ökonomische Unabhängigkeit auf dörflicher Ebene zielte, mit politischer Unabhängigkeit und einem nationalen Diskurs aber nichts anfangen konnte. Diese sog. Nagriamel-Bewegung unter der Führung von Jimmy Stephens war zunächst auf die größte Insel, Espiritu Santo, beschränkt. Ihr direktes Ziel war, die Ausdehnung der - weißen - Plantagen von den Küstengebieten ins Inselinnere zu verhindern und überdies jenes Land, welches der indigenen Bevölkerung von weißen Siedlern in den Jahrzehnten zuvor genommen worden war, zurückzuerhalten. Da es sich bei diesen Siedlern vorwiegend um Franzosen handelte, war Nagriamel ursprünglich anti-französisch. Jimmy Stevens wurde wegen seiner Proteste gegen die französische Landpolitik 1968 erstmals von den Franzosen ins Gefängnis gesteckt. Doch erkannten diese später, daß

ihnen Stephens als Bündnispartner gegen die Nationalbewegung nützlicher war als im Gefängnis. Es gelang den Franzosen in der Tat, durch verschiedene Zugeständnisse - insbesondere die teilweise Rückgabe von Land - und weitreichende Versprechungen, Stephens und seine Anhänger gegen Lini's Nationalbewegung in Stellung zu bringen. In Lini nämlich sahen die Franzosen, die an ihrer Kolonialherrschaft festhalten wollten, die weit größere Gefahr. Bei der Instrumentalisierung von Nagriamel für ihre Zwecke nutzten die Franzosen den frankophon-anglophonen Gegensatz. Auf dem frankophonen Espiritu Santo nämlich war das Mißtrauen gegenüber der anglophon geprägten Nationalbewegung Lini's groß. Man fürchtete, in einem unabhängigen Staat von den Anglophonen beherrscht zu werden und wandte sich daher gegen die politische Unabhängigkeit. Gestützt auf Nagriamel konnten die Franzosen eine Gegenbewegung gegen Lini's Nationalbewegung aufbauen, die auch Rückhalt in der indigenen Bevölkerung hatte. Parteipolitisch drückte sich das in der Bildung der - frankophonen - Union of Moderate Parties (UMP) aus, in der sich die Gegner Lini's und der Unabhängigkeit zusammenfanden. Lini und seine Anhänger hatten bereits 1970 die New Hebrides National Party gegründet, aus der 1976 die - weitgehend anglophone - Vanuaaku Pati (VP) als Partei der Unabhängigkeitsbewegung hervorging. Die Parteibildung und -politik entwickelte sich mithin entlang der frankophon-anglophonen Teilung.

Zwischen beiden Lagern spitzten sich die Gegensätze seit Mitte der 70er Jahre zu, wiederholt kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. Jimmy Stephens begann für eine "Nagriamel Federation" als Gegenmodell zu einem unabhängigen Vanuatu zu agitieren. Nachdem die VP im November 1979 bei den Wahlen zum Nationalparlament einen großen Wahlsieg errungen hatte und damit die Proklamation der Unabhängigkeit nur noch eine Frage kurzer Zeit war, entschloß sich Jimmy Stevens zur Sezession. Er hatte dabei die volle Unterstützung der französischen Siedler und insgeheim auch der französischen Regierung, die nach wie vor entschieden gegen den für die Unabhängigkeit eintretenden Kurs der britischen Kondominiumspartner war. Seit Januar 1980 wurde auf Espiritu Santo und auf der Insel Tanna, die ebenfalls eine Hochburg der Traditionalisten war, offen für die Sezession geworben. Zu dem Bündnis höchst heterogener sezessionistischer Kräfte stießen zu dieser Zeit auch noch dubiose US-amerikanische Geschäftsleute, die mit der Unterstützung der Sezessionsbewegung offensichtlich wirtschaftliche Interessen verfolgten. In den Monaten April, Mai und Juni spitzte sich der Konflikt zwischen Unabhängigkeitsbefürwortern und Sezessionisten dramatisch zu; auf Espiritu Santo und Tanna kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen, Anhänger Lini's mußten diese Inseln zu Tausenden verlassen. Im Juli eskalierte die Gewalt, ohne daß die britischen und französischen Ordnungskräfte eingegriffen hätten. Trotz der Unruhen proklamierte Lini am 30. Juli 1980 die Unabhängigkeit Vanuatus, mit britischer Zustimmung, aber gegen den Willen der Franzosen. Zuvor hatte sich Lini bei den Regierungen Australiens und Papua-Neuguineas die Zusicherung geholt, die junge Republik gegen gewaltsame Sezessionsbestrebungen zu schützen. In der Tat landeten Einheiten der papuanischen Streitkräfte, der PNGDF, am 18. August 1980 in Vanuatu. Logistisch unterstützt von den Australiern, gelang es den 350 Soldaten relativ rasch, den Widerstand der Sezessionisten zu brechen. Am 31. August stellte sich deren Führer Jimmy Stevens den Behörden. Mitte September verließen die PNGDF Vanuatu wieder. Von nun an übernahm die neugebildete Polizei, die Vanuatu Police Force mit ihrer paramilitärischen Abteilung, der Vanuatu Mobile Force (VMF), die Verfolgung der Sezessionisten. Rund 2500 von ihnen wurden auf Espiritu Santo, Tanna, Malekula und anderen nördlichen Inseln verhaftet. Die Mehrheit wurde alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt; insgesamt kam es zu 583 Verurteilungen wegen der Beteiligung an dem gewaltsamen Sezessionsversuch. Allerdings wurden nur die Führer der Rebellion zu längeren Haftstrafen verurteilt; Jimmy Stevens zu 14 1/2 Jahren. Die französische Regierung hatte, als sich das Scheitern der Rebellion abzeichnete, mehrere Hundert französische Staatsbürger nach Noumea in der französischen Kolonie Neukaledonien ausgeflogen; 127 weitere an der Rebellion beteiligte französische Siedler wurden in der Folge aus dem neugegründeten Staat Vanuatu ausgewiesen. Die

Beziehungen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und der jungen Republik Vanuatu blieben in der Folgezeit schlecht; Vanuatu prangerte vehementer als jeder andere Staat die französischen Atomtests im Pazifik an und setzte sich entschieden für die Unabhängigkeitsbewegungen in den französischen Pazifik-Kolonien, insbesondere in Neukaledonien/Kanaky, ein. Auch wenn sich das Verhältnis in den letzten Jahren besserte, so bleiben doch Konfliktpunkte: Noch heute beansprucht Vanuatu die Souveränität über die östlich von Neukaledonien gelegenen Matthew und Hunter – Inseln.

Mit der Niederschlagung der Santo-Rebellion waren die französischen Pläne, aus den Neuen Hebriden eine rein französische Kolonie zu machen, gescheitert und die Einheit des unabhängigen Vanuatu gewahrt. Allerdings war die junge Republik aufgrund dieser gewaltsamen Entstehungsgeschichte mit einer schweren Hypothek belastet. Der aus der Kolonialgeschichte herrührende anglophon-frankophone Gegensatz hatte sich vertieft. Auch wenn nicht alle Frankophonen für die Sezession gewesen waren und nicht alle Anglophonen von der Rebellion betroffen waren, so hatte sich der Sezessionsversuch doch im wesentlichen an der Trennungslinie frankophon (pro Sezession) – anglophon (pro Unabhängigkeit) festgemacht. Die Befürchtungen der Frankophonen, in einem unabhängigen Vanuatu „untergebuttert“ zu werden, bestätigten sich in den Folgejahren zunächst – wohl nicht zuletzt aus eigenem Verschulden. Denn die siegreichen Anglophonen griffen zur Absicherung ihrer Herrschaft und zur Vorbeugung gegen weitere gewaltsame Sezessionsversuche zunächst zu Maßnahmen, die als anti-frankophon gelten können. So kam es zu einer Zurückdrängung der französischen Sprache im öffentlichen Leben und zur Herstellung einer anglophonen Dominanz in Politik und Verwaltung sowie einer gewissen entwicklungspolitischen Vernachlässigung der mehrheitlich frankophonen Landesteile.

Im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte hat sich der anglophon-frankophone Gegensatz zwar zum einen erhalten, zum anderen aber auch deutlich in seiner Bedeutung für Gesellschaft und Politik Vanuatus abgeschwächt. Das lag einerseits daran, daß Lini und seine Leute sich demokratisch-rechtsstaatlichen Regierungsprinzipien verpflichtet sahen, der Versuchung diktatorischer Herrschaft über die Unterlegenen der Rebellion widerstanden und letztlich doch eine integrative, auf Herausbildung eines gemeinsamen Nationalbewußtseins aller Ni-Vanuatu (so die Bezeichnung der Bewohner Vanuatus) abzielende Politik gemacht haben, deren konstitutive Elemente – unter dem Schlagwort „Melanesischer Sozialismus“ zusammengefaßt – wie Kommunalismus, Berufung auf „Kastom“, christlich-humanistische und traditionale melanesische Werte von frankophonen und anglophonen Ni-Vanuatu gleichermaßen geteilt und gutgeheißen wurden. Und das lag andererseits daran, daß andere zusätzliche Spaltungslinien und Differenzen stärker hervortraten und den anglophon-frankophonen Gegensatz überlagerten und relativierten.

Letzteres kommt im (partei-)politischen Geschehen der letzten Jahre deutlich zum Ausdruck. In den ersten Legislaturperioden der jungen Republik war die eindeutig dominierende politische Kraft die VP unter der Führung Walter Linis, der von 1980 bis 1991 ununterbrochen als Premierminister das Land regierte. Die Opposition wurde im zunächst 46, später 52 Mitglieder starken Parlament im wesentlichen von der frankophonen UMP gebildet. Linis uneingeschränkte Führerschaft wurde 1988 erstmals aus den eigenen Reihen herausgefordert. Barak Sope, der zweite starke Mann in der VP, versuchte mit Hilfe des damaligen Präsidenten und unterstützt von der oppositionellen UMP, Lini zu stürzen. Es entwickelte sich eine schwere politische und Verfassungskrise, in deren Verlauf es zu vereinzelt Gewaltakten kam und die das Land wieder an den Rand gewaltsamen Konfliktaustrags brachte. Schließlich konnte sich Lini im Machtkampf durchsetzen. Barak Sope und seine Anhänger wurden aus der VP ausgeschlossen und gründeten daraufhin die Melanesian Progressive Party (MPP). Gegen den im Verlaufe der Krise von 1988/89 deutlich geschwächten Lini kam es 1991 in der VP zu einer parteiinternen Revolte, Lini wurde als Partei- und Regierungschef abgewählt, an seine Stelle trat Donald Kalpokas. Lini gründete daraufhin mit seinen Getreuen eine neue Partei, die

Nationale Einheitspartei (National United Party, NUP). Diese Spaltung des anglophonen Lagers in VP, MPP und NUP führte dazu, daß in den Wahlen vom Dezember 1991 erstmals die UMP stärkste Partei wurde. Sie ging mit Linis NUP eine Koalition ein, Regierungschef wurde mit Maxime Carlot Korman von der UMP erstmals ein Frankophoner. Diese neue politische Konstellation und Koalition hat beträchtlich zur Ausgleichung des frankophon-anglophonen Gegensatzes beigetragen und ein gewisses „Aufholen“ des frankophonen Bevölkerungsteils (heute ca. 30% der Bevölkerung) im öffentlichen Leben – nicht zuletzt bei der Vergabe von Posten in der Verwaltung - ermöglicht. Ein weiteres Indiz der Normalisierung war, daß die einstmals sezessionistische Nagriamel als politische Partei unter Führung eines Sohnes von Jimmy Stevens, Frankie Stevens, gleichberechtigt am politischen Leben teilnahm und eine Zusammenarbeit mit der anglophonen MPP einging. (Jimmy Stevens selbst wurde 1991 aus der Haft entlassen; er starb wenig später). Nach den Wahlen vom März 1998 schließlich kam es zur Bildung einer Koalitionsregierung von VP und NUP (von der sich 1994 eine weitere Gruppierung, die People's Democratic Party, abgespalten hatte); Kalpokas wurde Premierminister und Lini sein Vize. Diese Regierung hielt allerdings nicht lange. Im November 1999 trat Kalpokas, konfrontiert mit der Androhung eines Mißtrauensvotums durch die Opposition, zurück. Am 25. November 1999 wurde daraufhin der MPP-Chef Barak Sope mit 28 gegen 24 Stimmen zum Premierminister gewählt. Er ist nach dem Tode Linis im Februar 1999 der starke Mann der Politik in Vanuatu.

Die Spaltungen der VP und die rasch wechselnden Koalitionen der 90er Jahre offenbarten, daß es gleichsam unterhalb des parteipolitischen Spektrum in Gestalt von zwei Blöcken vereinheitlichenden frankophon-anglophonen Gegensatzes weitere Differenzen gab, die diesen Gegensatz zwar nicht völlig aufhoben, aber in seiner Bedeutung relativierten und zusehends eine parteipolitische Ausprägung fanden. Angesprochen werden müssen in diesem Zusammenhang vor allem provinzielle Loyalitäten und Differenzen.

Die Herkunft der einzelnen politischen Führer spielt eine große Rolle dafür, welchen Anhang sie haben und welche Politik sie betreiben. Noch immer – vielleicht sogar: wieder zunehmend – spielen die Differenzen zwischen den einzelnen Inseln eine große Rolle für das politische und gesellschaftliche Leben in Vanuatu. Eine einheitliche Nation und ein gemeinsames Nationalbewußtsein konnten hier bisher ebensowenig wie etwa auf den Salomonen oder in PNG geschaffen werden. Politiker werden immer noch primär als Vertreter bestimmter Inseln und als Sachwalter ihrer dortigen Klientel wahrgenommen bzw. verstehen sich auch als solche. Für politische Loyalitäten ist es immer noch wichtig, ob jemand von Efate, Tanna, Malekula oder einer anderen Insel kommt. So hatte Lini als anglikanischer Priester von der Insel Pentecost dort unter der anglophon-anglikanischen Bevölkerung immer den größten Rückhalt, seine NUP dort ihre Hochburg (nicht allerdings im frankophon-katholischen Zentrum und Süden der Insel). Stevens senior und seine Söhne mit ihrer Nagriamel-Bewegung bzw. –Partei sind Erscheinungen von Espiritu Santo – wobei die Leute von Santo auch nur gegenüber „Fremden“ eine Einheit bilden, unter sich haben die 26.000 EinwohnerInnen der Insel, die sich auf 28 Sprachgruppen verteilen, durchaus ihre Widersprüche, insbesondere zwischen den Küstenregionen und dem Zentrum der Insel, der Geburtsstätte und engeren Heimat von Nagriamel. Barak Sope wiederum hat seine Basis auf Efate, genauer: in den Dörfern in der Nähe der Hauptstadt Port Vila. Er spielte zum eigenen politischen Vorteil mit großem Geschick Gegensätze zwischen den Leuten von Efate und Zuwanderern von anderen Inseln, die in die Hauptstadt strömten, hoch. Daß dies ein Spiel mit dem Feuer ist, erwies sich schlagartig am 16. Mai 1988, als es bei einer Demonstration und nachfolgenden riots in Port Vila einen Toten gab. Hintermann dieser die Krise von 1988/89 auslösenden Ereignisse war Barak Sope. Anlaß waren die Forderungen der Bewohner der drei Port Vila nächstgelegenen Dörfer nach Kompensationen für das Land, welches sie als „public land“ für die Entwicklung der Hauptstadt hatten ergeben müssen. Es stellten sich die Efate-Leute gegen die Zuwanderer – eine Konstellation,

die aus der Betrachtung der Konflikte in den anderen Krisenregionen des Südpazifiks bereits hinlänglich bekannt ist und die auch die aktuelle Konfliktsituation auf Vanuatu mitprägt.

4.3 Die gegenwärtige Konfliktkonstellation

Mit dem Hinweis auf den Anlaß der riots vom Mai 1988 ist man einmal mehr bei dem zentralen Konfliktgegenstand in den melanesischen Gesellschaften: Land. Land ist auf Vanuatu noch zu 97% im traditionellen kommunalen Landbesitz der Dörfer bzw. Clans. Land spielt für die Ni-Vanuatu dieselbe große Rolle wie für andere Melanesier auch. In der Vanuatu Weekly vom 20.7.1982 wurde das wie folgt ausgedrückt: "Land to ni-Vanuatu is what a mother is to a baby. It is with land that he defines his identity and it is with land that he maintains his spiritual strength. Ni-Vanuatu do allow others the use of their land, but they always retain the right of ownership". Das von den europäischen Kolonialherren und Siedlern vertretene Konzept von Land(besitz/eigentum) als veräußerbarer und erwerbbarer Resource widersprach diesem melanesischen Konzept diametral, daher die Schärfe der Landkonflikte zwischen Kolonialherren und Siedlern einerseits und der indigenen Bevölkerung andererseits. Diese Konflikte waren eine wesentliche Ursache sowohl für das Entstehen der Nagriamel-Bewegung als auch der Unabhängigkeitsbewegung. In der unabhängigen Republik Vanuatu ist das traditionale Land(rechts)system verfassungsmäßig festgeschrieben. Gleichwohl entwickelt sich im Zuge der Modernisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse Tendenzen zur Erosion des traditionellen Landsystems. Es gibt auf der ideologisch-politischen Ebene (etwa bei der UMP) Stimmen, die für eine Privatisierung von Landeigentum eintreten, und es besteht faktisch bereits zusehends private Verfügung über Land, die privatem Eigentum nahe kommt, wenn auch weiterhin unter dem Deckmantel des traditionellen Systems. Das kann künftig ebenso zu verschärften und in ihrer Form neuen Landkonflikten führen, wie verstärkte Migration und Urbanisierung bereits zu Landkonflikten geführt haben. Von letzterem ist bisher vor allem Port Vila betroffen.

Denn ähnlich wie Honiara für die Salomonen ist Port Vila für Vanuatu zu einem Attraktionspol geworden, der Zuwanderer von anderen Inseln anzieht, die hier Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung und im modernen Wirtschaftssektor suchen. (Eine ähnliche Rolle spielt für den Norden Vanuatus Luganville, der Hauptort Espiritu Santos; von den rund 7.000 Einwohnern Luganvilles kommen lediglich 13% von der Insel selbst, 14,5% aber von Pentecost). Die Bewohner Efates und insbesondere Port Vilas sowie der umliegenden Dörfer sind mit dieser Zuwanderung nicht glücklich, schließlich lassen sich Fremde auf ihrem Land nieder, und das oft illegal in "squatter settlements". Die Efate-Leute sehen nicht ein, daß Port Vila als Hauptstadt ganz Vanuatus auch allen Ni-Vanuatu offen stehen soll, bzw. leiten sie aus der Tatsache, daß die Hauptstadt auf ihrer Insel liegt den Anspruch ab, daß deswegen „man Efate“ auch in Politik und Staatsapparat (etwa bei der Vergabe von Posten) bevorzugt werden und die Führung ganz Vanuatus haben sollten – was von Führungspersonlichkeiten vom Schlage Barak Sopes bestärkt und ausgenutzt wird, was aber von Politikern und BewohnerInnen der anderen Inseln nicht akzeptiert werden kann. (In der Tat waren bisher drei Premierminister - Kalpokas, Carlot Korman, Sope - "man Efate").

Trotz gewisser Unterschiede zwischen Nord und Süd gibt es auf Efate ein recht starkes Gemeinschaftsgefühl, das Gefühl "man Efate" zu sein, wobei die Efate-Leute in ihrer großen Mehrheit anglophon und presbyterianisch oder anglikanisch sind. Sie waren daher auch stark in der Unabhängigkeitsbewegung vertreten, zumal das ihnen in der Kolonialzeit abgenommene Land vorwiegend in der Hand französischer Siedler war und das Geschäftsleben in Port Vila vor der Unabhängigkeit ebenfalls von Franzosen dominiert wurde, die zugewanderte franko-

phone Ni-Vanuatu gegenüber den anglophonen Ortsansässigen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen bevorzugten. Das änderte sich erst nach der Unabhängigkeit, seitdem wurde Port Vila eine eher "anglophone" Stadt. Mit zunehmender Zuwanderung von anderen Inseln nach Port Vila hat sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Efate-Leute noch verstärkt, kommt es doch mit den Zuwanderern, die mittlerweile 85% der Bevölkerung des engeren Stadtgebietes stellen, zusehends zu Konflikten über Jobs und Land.

Der anwachsenden Migration nach Efate/Port Vila (und in geringerem Maße auch Luganville) liegt der Bevölkerungsdruck auf einigen Inseln, auf denen das Land für die Subsistenzwirtschaft angesichts des starken Bevölkerungswachstums knapp wird, aber auch die Attraktivität modernen städtischen Lebens insbesondere für den jugendlichen Bevölkerungsteil zugrunde. Den Jugendlichen scheint das genügsame dörfliche Dasein auf abgelegenen Inseln im Vergleich zu den Angeboten und Möglichkeiten einer „großen Stadt“ (von immerhin 30.000 EinwohnerInnen) wie Port Vila zusehends weniger verlockend. Und so führen push- und pull-Faktoren zu Bevölkerungsbewegungen in bisher nicht gekannten Ausmaßen. In der Folge entstanden in und um Port Vila und Luganville herum „squatter settlements“. (Land-)Konflikte mit der ortsansässigen Bevölkerung bleiben nicht aus. Und es bilden sich bereits Banden arbeits- und perspektivloser jugendlicher „rascals“, die ähnlich wie in den Städten PNG's zu einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Port Vilas ist unter 18 Jahren alt. Viele Schulabgänger finden keinen Job. Die Arbeitslosenrate in Port Vila und Luganville wird inoffiziell mit 85% beziffert. Zwischen lokaler Bevölkerung und Zugewanderten, aber auch zwischen Zugewanderten von verschiedenen Inseln, gibt es unvermeidlich Spannungen, kommen sie doch aus unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen, hatten in der Vergangenheit kaum Kontakt zueinander und treten nun primär als Konkurrenten um Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten, um Ausbildungschancen, Posten im Staatsapparat und sonstige Ressourcen verschiedenster Art zueinander in Beziehung. Gemeinsam ist ihnen allenfalls die Abneigung gegen die ganz und gar Inselfremden, im Falle Vanuatus insbesondere Vietnamesen und Chinesen, die das städtische Geschäftsleben dominieren und die im Zweifelsfalle als Sündenböcke herhalten müssen.

Die Angehörigen der politischen Elite erliegen nur zu leicht der Versuchung, um des persönlichen Vorteils willen diese vielfältigen Spannungen zu schüren, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen und persönliche Netzwerke von Anhängern aufzubauen und diese im Machtspiel gegen Konkurrenten einzusetzen. Korruption, Nepotismus und Klientelismus sind in Vanuatu daher ebenso wie in anderen pazifischen Inselstaaten im politischen Raum selbstverständlich. Das Bündnis von korrupten und machtfixierten Politikern „oben“ sowie arbeits- und perspektivlosen, gewaltbereiten Jugendlichen „unten“, die sich entlang „ethnischer“ oder anderer Spaltungslinien „sortieren“, kann gefährlich werden. Die jüngste Geschichte der Salomonen oder Fijis demonstriert, wohin das führen kann.

Ohne in Schwarzmalerei zu verfallen und Vanuatu eine quasi unausweichliche „salomonische“ oder „fijianische“ Zukunft zu prophezeien, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Konfliktkonstellation durchaus Parallelen zu diesen Fällen aufweist und die Gewaltträchtigkeit dieser Konstellation nicht zu leugnen ist: Gegensätze zwischen verschiedenen Landesteilen und ihren ethnolinguistisch unterschiedenen Bevölkerungsgruppen, Bevölkerungsdruck, Land-Stadt-Migration, wachsende (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Landkonflikte, schlechte Regierungsführung, unabgeschlossenes nation-building, fehlendes Staatsbürger- und Nationalbewußtsein, aus der kolonialen Vergangenheit stammende Belastungen, Dominanz nicht-indigener Bevölkerungsgruppen im Geschäftsleben.

Um dieser brisanten Konfliktkonstellation Herr zu werden, setzen relevante Kreise in Politik und Gesellschaft Vanuatus zusehends auf "recustomization", die Beschwörung von „kastom“ als Gegengewicht gegen die Negativerscheinungen von Modernisierung, also auf die „guten alten“ Werte, Sitten und Gebräuche der traditionellen melanesischen Gemeinschaften. In der Tat ist „kastom“ in weiten Teilen Vanuatus noch intakt und funktionsfähig (wohl eher

noch als etwa auf Fiji, den Salomonen oder in PNG) und vermag nicht zuletzt zur Regelung von Konflikten beizutragen, etwa wenn es um die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Dörfern oder um die Ahndung von Vergehen innerhalb der dörflichen Gemeinschaft nach traditionalem Recht geht. Von der Verfassung und den Gesetzen des Landes werden Institutionen und Regeln von "kastom" anerkannt und geschützt, so die Rolle der traditionellen chiefs oder das traditionale kommunale System von Landrecht und -besitz. Der National Council of Chiefs hat Verfassungsrang und Beratungsbefugnisse in Fragen von Land und „kastom“. Generell wird in Vanuatu versucht, das moderne westliche politische und Rechtssystem mit "kastom" zu verbinden. Das ist in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sinnvoll und wird dort auch recht erfolgreich praktiziert - wie eben in der lokalen Rechtsprechung und bei der Regelung von Landkonflikten; das ist in anderen Bereichen aber auch problematisch, etwa wenn fundamentale Menschenrechte im Widerspruch zu bestimmten "kastom"-Praktiken stehen.

Zudem ist „kastom“ auch in Vanuatu – ebenso wie in Fiji – in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich stark – bzw. unterschiedlich stark erodiert. Und so sinnvoll der Rückgriff auf „kastom“ als politisch-ideologischem Konzept in mancher Hinsicht auch scheint, um die soziale Entwicklung abzufedern und in geordneten Bahnen zu halten und um Konflikte nicht-gewaltförmig zu bearbeiten, so verkennt ein solcher Rückgriff teilweise doch, daß zum einen bestimmte Modernisierungserscheinungen nicht aufzuhalten sind – und unter den Gesichtspunkten von nachhaltiger Entwicklung, Demokratisierung und Menschenrechten auch nicht aufgehalten werden sollten - , und daß diese Modernisierungserscheinungen Konflikte mit sich bringen, für die "kastom" keine Regelungsverfahren bereitstellt; daß zum zweiten Gewalt und Gewaltkonflikte durchaus ein Element von „kastom“ sind; und daß schließlich zum dritten der Rekurs auf „kastom“ von interessierter Seite auch im modernen Kampf um Macht und Profit instrumentalisiert wird, „kastom“ mithin nicht (nur) Moment der traditionellen Vergemeinschaftung ist, sondern selbst ein Moment der Moderne.

Diese Problematik läßt sich gut illustrieren am Fall der Insel Tanna, wobei Tanna insofern von besonderer Bedeutung für die Gesamtentwicklung Vanuatus ist, als von hier die gegenwärtig wohl bedrohlichsten „Störungen“ ausgehen (insofern hat Tanna die Rolle Espiritu Santos aus den Gründungszeiten des jungen Staates übernommen). Die Tanna-Leute gelten als besonders gewaltbereit, sie stellen die Mehrheit der Zuwanderer auf Efate/Port Vila, wo sie nicht besonders beliebt sind; Tanna ist Hochburg der bedeutendsten Cargo-Bewegung im Lande (Jo(h)n Frum), und Tanna war 1980 neben Espiritu Santo zweite Hochburg der sezessionistischen Rebellen.

Auf Tanna leben rund 25.000 Menschen, damit hat es die drittgrößte Bevölkerungszahl aller Inseln Vanuatus, es gilt gemeinhin als "überbevölkert". Auf der Insel werden fünf verschiedene Sprachen gesprochen, gleichwohl gibt es ein recht starkes "tannesisches" Zusammengehörigkeitsgefühl (was Landkonflikte untereinander nicht ausschließt). „Kastom“ ist auf der Insel auch heute noch sehr stark. Das heißt u.a.: das „chiefly system“ ist intakt. Das heißt aber auch, daß die Frauen eine absolut untergeordnete Stellung in den (wie überwiegend in Vanuatu) patrilinear verfaßten tannesischen Gemeinschaften einnehmen; das "swapping" von Frauen und Gewalt gegen Frauen sind Elemente von tannesischem "kastom". "Kastom" und Christentum sind auf Tanna eine Verbindung eingegangen, die es den Menschen ermöglicht, in eigenem Verständnis sowohl gute Christen zu sein als auch an den traditionellen Gebräuchen festzuhalten. In schlechter Erinnerung ist auf Tanna hingegen immer noch eine Phase in den 20er Jahren, als übereifrige Konvertiten mit Gewalt Christentum gegen "kastom" durchsetzen wollten und etwa das Trinken von Kava und das "swapping" von Frauen als unchristlich verboten und bestraften. Als Reaktion auf diese Phase des sogenannten "Tanna law" zog sich die große Mehrheit der Bevölkerung von den christlichen Kirchen zurück und folgte wieder nur noch dem "kastom". Eine "Wiedervereinigung" von Christentum und "kastom" (bei Dominanz von letzterem) gelang erst wieder im Zeichen des John-Frum-(Kargo-)Kults. Dieser geht zu-

rück auf einen gewissen John Frum, der Ende der 30er Jahre den bedeutendsten Führern auf Tanna erschienen sein soll und ihnen eine besondere Lehre und Botschaft übermittelt haben soll: Sie sollten zwar an "kastom" festhalten, insbesondere am Trinken von Kava, am "swapping" der Frauen und an den traditionellen Tänzen, zugleich aber auch in die Kirchen und zum christlichen Glauben zurückkehren; wenn sie diese Weisung befolgen würden, würden sie künftig große Reichtümer erwarten; ein Zeichen aus dem Westen würde die Richtigkeit dieser Lehre bestätigen. Wenig später landete ein US-Kriegsschiff, aus Westen kommend, auf Tanna, um Männer zu rekrutieren, die für die im Rahmen des pazifischen Krieges gegen die Japaner in Port Vila stationierten US-Truppen arbeiten sollten. Bei diesen Truppen sahen die Tanna-Leute Unmengen von "cargo", das "frei", ohne daß dafür Geld hergegeben werden mußte, verteilt wurde. Seither ist für die große Mehrheit der Tanna-Leute der John-Frum-Kult bestätigt und Leitlinie ihres Lebens. Die John-Frum-Anhänger verbündeten sich in den 70er Jahren bereitwillig mit den Sezessionisten von Nagriamel, weil sie glaubten, daß die VP des anglikanischen Priesters Lini in einem unabhängigen Vanuatu die Zustände der "Tanna Law" - Periode wiederherstellen werde. Für sie war Tanna durch John Frum bereits unabhängig, das Konzept staatlicher politischer Unabhängigkeit bedeutete ihnen nichts. Sie beteiligten sich folglich an der Rebellion von 1980, die auf Tanna zu heftigen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit der Sezessionisten und der Minderheit der Unabhängigkeitsbefürworter führte. Auch auf Tanna wurden die Sezessionisten mit ausländischer Hilfe geschlagen. Doch noch heute ist die John-Frum-Bewegung auf Tanna stark. Tanna ist eine Hochburg der Traditionalisten und des "kastom", die sich zugleich in gewissem Sinne "modernisieren": So beteiligt sich die John-Frum-Bewegung an den Wahlen, und die chiefs, die unter den traditionellen Verhältnissen am besten da stehen, führen "kastom" ins Feld, um sich Zumutungen der neuen Zeit - etwa Forderungen nach Gleichberechtigung der Frauen - zu widersetzen. Sie rekurrieren dabei auf das - staatlicherseits ja geförderte - Konzept der "recustomization". Jene Tanna-Leute schließlich, die ihre Insel verlassen und etwa nach Port Vila gehen, bringen ihre traditionalistischen Auffassungen in die neue Umgebung mit. Die Verbindung von traditionalistischem Fundamentalismus aber und Betroffenheit von modernen Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung - etwa in squatter settlements - kann eine explosive gewalthaltige Mischung erzeugen, zumal der gewaltsame Austrag von Konflikten im traditionellen Kontext ja keineswegs geächtet ist und die Anwendung von Gewalt in "kleinem" Maßstab - in der Familie, gegen Frauen - sowohl im traditionellen als auch im modernen Kontext Alltagspraxis ist.

In anderen Regionen des Pazifik, der Welt generell, hat diese Verbindung bereits zu verheerenden Gewalteruptionen geführt. Auch auf Vanuatu "stimmen" die Voraussetzungen dafür, daß hier selbiges passieren kann: Eine Gesellschaft im Übergang von traditionellen zu modernen Lebensformen mit allen damit verbundenen Erscheinungen sozialer Desintegration und Desorientierung, eine noch nicht abgeschlossene Nationalstaatsbildung, eine wachsende Zahl perspektivloser, zumeist jugendlicher, Marginalisierter, eine zuerst auf den eigenen Vorteil bedachte politische Elite, eine Kultur alltäglicher Gewalt und ein hohes Maß von Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, relativ leicht entlang ethnischer, provinzieller, religiöser oder anderer Spaltungslinien konstruierbare "feindliche" soziale Gruppen.

Vereinzelte Ausbrüche von Gewalt in größerem Maßstab hat es bereits gegeben (allerdings ist das im Ausmaß nicht mit den Kriegen auf Bougainville und den Salomonen oder den Putschen auf Fiji zu vergleichen). So gab es auch nach dem 16. Mai 1988 noch wiederholt riots mit Plünderungen und Brandstiftungen in Port Vila, zuletzt der sog. National Provident Fund riot 1998. Es waren Kirchenleute, denen es aufgrund ihrer Autorität gelang, die riots zu beenden; die Polizei erwies sich als eher hilflos.

Tatsächlich sind die rund 150 Mann der Vanuatu Police Force und die rund 300 Mann der paramilitärischen Vanuatu Mobile Force eher Teil des Problems denn Teil der Lösung, lassen sich doch die Zuverlässigkeit und Loyalität der Truppe bezweifeln. Wiederholt kam es bereits

zu Unbotmäßigkeiten, zumeist wegen verspäteter oder unzureichender Gehaltszahlungen. Am 12. Oktober 1996 ereignete sich sogar ein Rebellionsversuch von Angehörigen der VMF, die Mehrheit der VMF-Führung wurde daraufhin im November 1996 festgesetzt und ausgetauscht.

Zudem nimmt die Gewalt im Alltag offensichtlich zu. Die Kriminalitätsrate steigt, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Vergewaltigungen und Kindesmißbrauch sind drängende soziale Probleme, jugendliche Banden bekämpfen sich untereinander und wenden sich der Gewaltkriminalität zu. Die Polizei ihrerseits ist im Umgang mit Kriminellen bzw. Verdächtigen offensichtlich auch nicht "zimperlich", neigt zu Gewalttätigkeit und hält sich nicht immer streng an Recht und Gesetz. Mit anderen Worten: Es besteht eine Tendenz zur Ausbreitung einer Alltagskultur der Gewalt(bereitschaft), die einen Nährboden auch für die Entstehung größerer, politisch motivierter Gewaltkonflikte bilden kann.

Aber selbstverständlich gibt es auch Faktoren und Kräfte, die gegen den Ausbruch von Gewaltkonflikten wirken (können). Möglichkeiten und Chancen ziviler Konfliktbearbeitung und nicht-gewaltförmigen Konfliktaustrags sind durchaus vorhanden. Eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft und selbstbewußte NGO's spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

4.4 Die Situation der Zivilgesellschaft und Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung

Gewaltkonflikte auf großer Stufenleiter sind Vanuatu bisher - abgesehen von der Santo-Rebellion 1980 - erspart geblieben. Allerdings besteht - wie im vorausgegangenen dargestellt - das Potential für den Ausbruch solcher Gewaltkonflikte. Insofern haben wir es im Fall Vanuatu mit einer Situation zu tun, in der effektive Krisen- und Gewaltkonfliktprävention nötig - und möglich - ist.

Das politische System auf nationaler Ebene, obgleich formal demokratisch-rechtsstaatlich verfaßt, weist in Vanuatu allerdings einige zentrale Defizite auf, die es in Hinblick auf Krisen- und Gewaltprävention nicht besonders zuverlässig erscheinen lassen: Klientelismus, an provinziellen und persönlichen Loyalitäten stärker als am nationalen Gemeinwohl ausgerichtete Politikmuster, persönliches Machtstreben der Mitglieder der politischen Elite, wenig entwickeltes staatsbürgerliches, demokratisches, menschenrechtliches Bewußtsein. Aus diesem Grunde kommt der Zivilgesellschaft für Gewalt- und Krisenprävention eine besondere Verantwortung zu. Es gibt in Vanuatu -konzentriert auf die Städte Port Vila und Luganville - eine relativ entfaltete und vielfältige zivilgesellschaftliche Szene, die sowohl internationale Verbindungen als auch Verbindungen in die ländlichen Gebiete hat. Ersteres ermöglicht einen umfassenden Gedanken- und Erfahrungsaustausch, was für Akteure in einem so kleinen und „abgelegenen“ Land wie Vanuatu von besonderer Bedeutung ist. Das zweite ermöglicht das Hineintragen von neuen Ideen und Werten in die traditional verfaßten dörflichen Gemeinschaften. Angesichts der Tatsache, daß traditionale Lebensweise und „kastom“ in Vanuatu auf dem Lande immer noch sehr stark und intakt sind, ist hierbei mit besonderer Sensibilität zu verfahren. Im besten Falle kann es zu einer - sicher nicht spannungsfreien - Zusammenarbeit und wechselseitigen Stärkung moderner zivilgesellschaftlicher Akteure und traditionaler Akteure und zu einer Kombination moderner, menschenrechtlich-demokratischer und traditionaler, „kastom“-basierter Werte kommen. Ein solches „Bündnis“ und eine solche Kombination könnten ein entscheidendes Bollwerk gegen den gewaltsamen Austrag von Konflikten bilden und zivile, nicht-gewaltförmige Konfliktbearbeitung gewährleisten.

Ein "Bündnis" von Zivilgesellschaft und traditionellen Gemeinschaften bzw. ihren Akteuren - also etwa NGO's und chiefs - kann folglich krisen- und gewaltpräventiv wirken. Gleichwohl darf nicht vergessen werden, daß in "kastom" Gewaltverhältnisse gleichsam eingebaut

sind (Gewalt gegen Frauen etwa) und daß "kastom" - ähnlich wie auf Fiji - zusehends als legitimatorischer Deckmantel mißbraucht wird, um persönliches Profit- und Machtstreben Einzelner, die Herausbildung ökonomischer Ungleichheit und sozialer Unterschiede zwischen "big men" und einfachen Leuten zu überdecken - und nicht zuletzt die fortdauernde Unterdrückung der Frauen zu rechtfertigen. Dabei ist den chiefs nicht einfach Böswilligkeit zu unterstellen; vielmehr sind sie mit ihrer Position - gleichsam im Spagat zwischen Tradition und Moderne - oftmals überfordert. Ähnlich geht es der nachwachsenden Generation junger Männer, die sich zum einen den strengen Regeln von "kastom" unterworfen sehen, von denen zum anderen aber auch erwartet wird (und die von sich selbst erwarten), im modernen Sektor zu bestehen und individuell erfolgreich zu sein. Ein sich verschärfender Generationenkonflikt, der von "kastom" mancherorts nur noch schwer eingehegt werden kann, ist ein Aspekt dieser Konstellation.

Eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung dieser Probleme und bei der Verbindung von Zivilgesellschaft und traditionellen Gemeinschaften sowie ihren jeweiligen Werten können die *Kirchen* spielen. Sie haben wie in anderen pazifischen Staaten eine starke und angesehene Stellung in Gesellschaft und Öffentlichkeit, und sie decken umfassender als alle anderen NGO's auch den ländlichen Raum mit ihrer Präsenz ab. In Vanuatu sind es vor allem die im nationalen Kirchenrat (Vanuatu Christian Council) zusammengeschlossenen fünf größten Kirchen – Presbyterianer, Anglikaner, Katholiken, Church of Christ, Apostolic Church -, die sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung stellen, indem sie soziale Projekte durchführen bzw. unterstützen. (Allerdings ist der Kirchenrat als Institution gegenwärtig eher schwach.) Die Presbyterian Church als größte Kirche in Vanuatu will künftig besonderes Augenmerk auf die Frauen- und Jugendarbeit legen. Besonders in der Jugendarbeitslosigkeit und der hohen Rate von vorzeitigen SchulabgängerInnen, den school drop-outs, sieht man ein großes soziales Problem. Für diese drop-outs, aber auch die große Gruppe der „educated unemployed“, also der Schulabgänger mit Abschluß, die keine Anstellung finden, müssen – so die presbyterianische Kirche - unbedingt Perspektiven entwickelt werden, um künftig soziale Unruhen und Gewalteruptionen zu vermeiden.

In der Tat: Die in die Städte strömenden *männlichen Jugendlichen bzw. jungen Männer* bilden eine für Vanuatu (ähnlich wie für die Salomonen und Fiji) relativ neue soziale (Problem-)Gruppe, die in besonderem Maße zur Anwendung von Gewalt fähig und bereit ist. Sie stehen gleichsam zwischen dörflichem "kastom", von dem sie herkommen, und modernem urbanen Leben, mit dem sie große Erwartungen verbinden, die aber nur zu oft enttäuscht werden. Sie haben erhebliche Orientierungsprobleme, insbesondere dann, wenn sie schon länger in der Stadt leben und nurmehr wenig Verbindungen zu ihren Heimatinseln und -dörfern und dem dortigen "kastom" haben. Sie bedürfen gezielter Ansprache, um einen sowohl für sie persönlich als auch die Gesellschaft akzeptablen Weg beim Übergang von Tradition zu Moderne zu finden.

Regierungspolitik in Vanuatu hat sich diesem Problem noch nicht gestellt. Doch verschiedene NGO's kümmern sich um diese Jugendlichen. So hat etwa das *Vanuatu Cultural Centre* ein "Juvenile Justice Project" aufgelegt, in dem es darum geht, urbane jugendliche Straftäter in "kastom"-basierte Verfahren von Konfliktlösung, Rechtsfindung, "restorative justice" und Täter-Opfer-Ausgleich einzubinden statt sie den Mühlen eines - von ihnen oft nur unzulänglich verstandenen - Rechts- und Gefängnisystems westlicher Prägung zu überlassen. Angestrebt wird eine Kombination von „kastom“ und westlichem Rechtssystem. Bisher wurden sieben Inseln für das Projekt ausgewählt. In den beratenden Gremien sind alle „stakeholder“ vertreten: Polizei, Justiz, Kirchen, National Council of Chiefs, Jugend- und Frauenvertreter, die USP. Eine kanadische Freiwillige gehört zum Projektteam. Auf den Inseln wird die Verbindung zu den chiefs und den communities über sogenannte field worker hergestellt. Ein weiteres Unterfangen in diesem Bereich der Arbeit mit gewaltbereiten bzw. -tätigen urbanen Jugendlichen ist das "Vanuatu Young People's Project", das sich um Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche bemüht, für - vorzeitige - jugendliche Schulabgänger Weiterbildungsmög-

lichkeiten zu etablieren versucht und einkommenschaffende Maßnahmen unterstützt. Derartige Projekte von Jugendarbeit sind in der Region des Südpazifik bisher selten.

Die untergeordnete Stellung der *Frauen* in den traditionellen Gemeinschaften setzt sich unter modernisierten Verhältnissen fort. Frauen gelten weitgehend immer noch als Besitz der Männer, ihre Rechte werden nicht respektiert. Männergewalt gegen Frauen im häuslichen Rahmen - domestic violence - ist ein großes soziales Problem nicht nur in den traditionellen dörflichen Gemeinschaften, sondern auch in der Stadt - und erst recht in den squatter settlements, in denen marginalisierte Männer ihre Frustrationen an den Frauen auslassen. Gewalttätigkeit unter Alkoholeinfluß spielt hier eine große Rolle. Zudem nehmen ungewollte teenageschwangerschaften und Vergewaltigungen sowie Geschlechtskrankheiten stark zu. Das öffentliche Bewußtsein dafür, daß die Frauen ein Recht auf Schutz vor Gewalt haben und daß „domestic violence“ ein justiziables Verbrechen ist, ist noch sehr wenig entwickelt, Aufklärungsarbeit in dieser Hinsicht dringend vonnöten. Denn auch heute noch werden Verbrechen wie Vergewaltigung oder Kindesmißbrauch in der Regel noch auf dem traditionellen Wege der Kompensationen (zwischen Männern) „geregelt“, d.h. unter Mißachtung der Opfer. Gerade in diesem gesellschaftlichen Bereich wird „kastom“ benutzt, um Männerherrschaft und -gewalt zu legitimieren und zu stabilisieren.

Die offizielle Politik kümmert sich wenig um die Frauen und ihre Rechte. So wurde die Verabschiedung eines speziellen Frauenschutzgesetzes gerade jüngst von der Regierung einmal mehr ausgesetzt. Der auf der nationalen politischen Ebene durchaus einflußreiche National Council of Chiefs ist frauenfeindlich. In Parlament und Regierung gibt es keine einzige Frau. Und auch auf den unteren politischen Ebenen, etwa in den Dorf-Komitees, sind Frauen eklatant unterrepräsentiert. In der Verwaltung und bei der Polizei gibt es kein Bewußtsein für die besondere Schutzwürdigkeit der Frauen; insbesondere fehlt es der Polizei an Trainings und Sensibilisierung für den Umgang mit Themen wie Vergewaltigung, Kindesmißbrauch, domestic violence. Um so wichtiger ist die Arbeit der verschiedenen Frauen-NGO's. Sie setzen auf langfristige Lernprozesse - sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern - und verweisen auf erste Erfolge ihrer Arbeit, insbesondere bei der jüngeren Generation. Viele junge Frauen treten mittlerweile in der Öffentlichkeit und gegenüber den Männern sehr viel selbstbewußter auf als ihre Mütter es jemals gewagt hätten. Diese Frauen können ein wichtiges Bollwerk gegen die Eskalation von (Männer-)Gewalt in Politik und Öffentlichkeit bilden. Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen(organisationen) ist mithin krisen- und gewaltpräventive Arbeit - auch wenn selbstverständlich solche Stärkung ihrerseits zunächst auch konfliktverschärfende Wirkungen (im Verhältnis der Frauen zu an ihrer traditionellen Stellung und Rolle festhaltenden Männern) hat.

4.5 Potentielle Kooperationspartner für den Zivilen Friedensdienst

NGO's, die *Frauen- und Jugendarbeit* machen, sind in Vanuatu besonders als Kooperationspartner für Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes geeignet. Ihre Unterstützung kann gewaltmindernde und krisenpräventive Bedeutung gewinnen.

Der 1980 etablierte *Vanuatu National Council of Women* (Virginia Toaliu) bemüht sich um „empowerment“ der Frauen. Ausgehend von der untergeordneten Stellung der Frauen in Politik und Gesellschaft wird insbesondere versucht, die Frauen im dörflichen Kontext zu stärken, also die Frauen dazu zu ermutigen und zu befähigen, sich in die dörfliche Politik einzumischen, in die Dorf-Komitees zu gehen und die Belange der Frauen dort einzubringen. Dabei stoßen sie auf den Widerstand des „chiefly system“ und von „kastom“. Die acht Mitarbeiterinnen des zentralen Büros des Frauenrats führen workshops zu verschiedenen Themen durch, etwa zur Nutzung der Medien, zu Menschen- und Frauenrechten, zur Abfassung von Projektanträgen. Mit einem wöchentlichen Radioprogramm und einem monatlichen Newsletter

versucht man, die Frauen in den Dörfern zu erreichen. Hauptsächliche Geberorganisation für den Frauenrat ist gegenwärtig die niederländische ICCO. Der Rat arbeitet mit der Regierung, insbesondere dem Frauenministerium, zusammen. Auf regionaler Ebene gibt es besonders enge Beziehungen zum Fiji National Council of Women.

Das 1992 gegründete *Vanuatu Women's Centre* (Merelyn Tahī, Miriam Bule) ist eine Frauenorganisation, die sich die Stärkung der Rolle der Frauen zur Aufgabe gemacht hat. (Es arbeitet eng mit dem Fiji Women's Crisis Centre zusammen). Seine Hauptaufgabe ist das counselling für Frauen (und Kinder) als Opfer von „domestic violence“. Sie betreiben ein zentrales Büro mit sieben Mitarbeiterinnen inklusive kleiner Bibliothek in Port Vila sowie ein Zweigbüro in Luganville (Sanma Counselling Centre) und ein Frauenhaus („Safe House“, zur Zeit noch in einem Motel in Port Vila). Sie verbreiten über Broschüren, Radiosendungen, Informationsblätter, Poster und einen Newsletter Aufklärung über die Themen Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigung, Frauen- und Kinderrechte, Kindesmißbrauch, Sexualerziehung. Darüber hinaus führen sie sechs workshops jährlich zur „community education“ auf den Inseln in den Dörfern durch. Das ist ihnen allerdings nur dort möglich, wo die chiefs, bei denen sie sich vorher anmelden müssen, ihre Zustimmung geben. Die Kooperationsbereitschaft der chiefs ist von Insel zu Insel, von Dorf zu Dorf unterschiedlich gut entwickelt. Dort, wo es die örtlichen Verhältnisse zulassen, etablieren sie „committees against violence against women“ (Komitee gegenem vaelens agensem ol woman); gegenwärtig gibt es zehn solcher Komitees. Deren Mitglieder bekommen ein Training als counsellor und werden dann auf der Graswurzelebene aktiv. Das Vanuatu Women's Crisis Centre arbeitet eng mit anderen NGO's und den Kirchen zusammen, und auch die Kooperation mit der Polizei wird als gut bezeichnet. Finanzielle Unterstützung erhält es von AusAid sowie britischen und neuseeländischen Geberorganisationen.

Die *Vanuatu Family Health Association* (Blandine Boulekone) arbeitet auf dem Gebiet von Gesundheitserziehung, Familienplanung und Sexualaufklärung. Sie macht Trainings für BeraterInnen, unterhält zwei Kliniken (Port Vila und Santo), macht Aufklärungsarbeit über Broschüren und Radiosendungen. Als besonderes Defizit ihrer Arbeit – aber auch der Arbeit der anderen auf diesem Gebiet arbeitenden NGO's – wird der Mangel an psychologisch geschulten Fachkräften empfunden. (Weibliche) Friedensfachkräfte mit spezieller Qualifizierung in der Arbeit mit Frauen und Kindern, die Opfer von Gewalt geworden sind (insbesondere Vergewaltigung, Mißbrauch, Inzest) könnten in Vanuatu wertvolle gewaltmindernde unterstützende Arbeit leisten, etwa im Training von BeraterInnen oder bei der Ausarbeitung von grundlegenden Informationsmaterialien/manuals. Ihre Anbindung wäre sowohl beim Vanuatu Women's Centre als auch bei der Vanuatu Family Health Association denkbar.

Eine besondere Institution, die sich sowohl für die Belange von Frauen als auch Jugendlichen einsetzt, ist das *Wan Smolbag Theatre*, eine Theatergruppe in Port Vila, die im ganzen Südpazifik bekannt ist. Sie hat ein Theater in der Hauptstadt, spielt aber vornehmlich auf den Inseln in den Dörfern und in den squatter settlements der Städte. Ihre Stücke, Videos und Lieder thematisieren drei Bereiche: „domestic violence“, „reproductive health“ und „good governance/voting rights“. Zudem hat die Gruppe an ihr Theater in Port Vila neuerdings eine Klinik für „reproductive health“ angegliedert, der Überlegung folgend, daß man, wenn man in Theaterstücken Sexualaufklärung macht, dem auch praktische Hilfestellung folgen lassen muß. So können sich Jugendliche nun in der Klinik beraten lassen, mit Kondomen versorgen usw. Diese Verbindung von Theater und Klinik ist einzigartig in der Region. Die Theatergruppe besteht aus Jugendlichen (größtenteils aus den squatter settlements von Port Vila), ist unter Jugendlichen sehr beliebt und macht auch Trainings für Jugendliche aus anderen Pazifikstaaten, in denen sie mit ihren Programmen auch bereits auf Tournee war (Fiji, Salomonen, Kiribati, Palau). Hauptsächliche Geber sind zur Zeit Oxfam Neuseeland und die EU.

Das Wan Smolbag Theatre hat Bedarf an Fachkräften, die im Bereich der Arbeitskoordination und des „impact assessment“ tätig sind. Man möchte genauere, methodisch abgesicherte erhobene Informationen über die Wirkungen der eigenen Arbeit erheben, und man möchte die

eigene Arbeit durch besseres Management noch wirkungsvoller gestalten. Friedensfachkräfte, die mit dem Theater zusammenarbeiten wollen, müßten mithin gewisse sozialwissenschaftliche Expertise vorweisen können und/oder im Bereich von (Projekt-)Management, -planung, und -koordination erfahren sein. Das Theater hat bereits Erfahrungen mit dem Einsatz von Freiwilligen des Peace Corps (USA) und sieht sich in der Lage, eine Friedensfachkraft zu beschäftigen (die allerdings – über die genannten fachlichen Qualifikationen hinaus – erhebliche Toleranz gegenüber einem – bei „Theaterleuten“ wohl nicht unüblichen – eher chaotischen Arbeitsstil mitbringen müßte).

Die Arbeit des Wan Smolbag Theatre hat ebenso wie jene der genannten Frauen- und Jugendorganisationen gewalt- und krisenpräventive Relevanz: die besonders gewaltbereite Gruppe der männlichen, urbanen Jugendlichen soll so angesprochen werden, daß ihnen gesellschaftliche Perspektiven jenseits des Rückgriffs auf Gewalt geboten werden; der besonders alltäglicher Gewalt ausgesetzten Gruppe der Frauen soll geholfen werden, aus der Rolle der Opfer von Gewalt herauszutreten und ihr gewaltminderndes, friedensförderndes Potential zu entfalten. Eine Gesellschaft, in der männliche Jugendliche nicht zur Gewalt greifen und in der Frauen selbstbewußt für Frieden und zivile Konfliktbearbeitung eintreten, ist krisenpräventiv stabilisiert und steht sehr viel weniger in Gefahr, Gewalterfahrungen wie PNG/Bougainville, die Salomonen oder Fiji machen zu müssen.

Über die genannten NGO's hinaus ist eine Anbindung von Friedensfachkräften u.U. auch bei NGO's denkbar, die zwar ihren Sitz in Port Vila haben, deren Arbeit sich aber nicht auf Vanuatu beschränkt. Ähnlich wie Suva in Fiji hat Port Vila in gewissem Maße die Stellung eines Knotenpunktes im Netzwerk der NGO's der Region. So hat PIANGO, die Pacific Islands Association of Non-Governmental Organisations (Henry Vira), ihre Zentrale in Port Vila. Ferner findet sich hier das Hauptquartier der *Foundation of the Peoples of the South Pacific International (FSPI)*; Executive Director Rex Horoi). FSPI hat Zweigstellen bzw. Kooperationspartner in Kiribati, Tuvalu, Samoa, Tonga, Fiji, Vanuatu, Salomonen, PNG und Ost-Timor (sowie in Australien, den USA und Großbritannien). FSPI betreibt sozialwissenschaftliche Forschungs-, Ausbildungs und Aufklärungsprogramme, die zum Teil in den Bereich von Friedens- und Konfliktforschung und zivile Konfliktbearbeitung fallen. So läuft gegenwärtig ein Forschungsprogramm über „conflict management of disputes over natural resources“ sowie ein Trainingsprogramm in „conflict management for community based resource development“, dessen Ziel es u.a. ist, einen Pool von erfahrenen „conflict management“-Trainern für die Region des Südpazifik aufzubauen. Hauptsächliche Geber sind gegenwärtig AusAid, die EU, die neuseeländische ODA und das britische Department for International Development. FSPI plant ein neues großes Projekt unter dem Titel „Gardening Governance and Democracy“, welches unmittelbare Bedeutung für Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung hat. In diesem Projekt soll es darum gehen, angesichts der Krisen und Kriege in der Region demokratische, rechtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, um so weitere Gewaltkonflikte zu verhindern. Gegenstand des Projekts soll u.a. die Erforschung alternativer Konfliktbearbeitungsmechanismen unter besonderer Berücksichtigung traditionaler Konfliktbearbeitungsansätze sein, und es sollen angepaßte Konzepte für „conflict management in the Pacific“ entwickelt werden, die moderne „westliche“ und traditionale Ansätze miteinander kombinieren. Ein (Zwischen-)Ergebnis soll die Schaffung eines „virtual think tank“ von Experten in „good governance“ sein, langfristig soll ein „Centre for Pacific Good Governance“ entstehen. Für die Koordination und die Organisation des Dialogs zwischen den Mitgliedern des „think tank“ soll ein „governance advisor“ gewonnen werden. Diese Aufgabe könnte eine Friedensfachkraft übernehmen, die eine politikwissenschaftliche Ausbildung mit Schwerpunkt in der Friedens- und Konfliktforschung hat, Fähigkeiten im Programm- und Projektmanagement aufweist und mit den modernen Informationstechnologien vertraut ist.

5. Schlußbemerkungen

Der vorstehende Bericht gibt nicht zu Optimismus Anlaß. Vieles spricht dafür, daß auf die Region des Südpazifik, die bisher im Vergleich zu anderen südlichen Weltgegenden als recht ruhig, stabil und friedlich gelten konnte, tiefgehende krisenhafte Entwicklungen zukommen. Zunahme und Intensivierung gewaltsam ausgetragener Konflikte sind nicht auszuschließen. Die Kriege in Papua-Neuguinea und auf den Salomonen, der Putsch und die Meuterei in Fiji sind in dieser Perspektive keine Ausnahmen, sondern Vorboten künftiger Gewaltkonflikte auch andernorts in der Region. West-Papua ist der jüngste (und zugleich älteste) Fall in dieser Kette - ein Fall mit noch sehr viel größerem Eskalationspotential, hier steht womöglich noch sehr viel mehr durch kriegsrische Gewalt verursachtes menschliches Leid ins Haus. Es bestätigt sich einmal mehr die Beobachtung, daß der komplizierte, von vielfältigen Widersprüchen gekennzeichnete Übergang von traditionellen Gesellschaftsformen zu modernen, kapitalistischen Gesellschaftsformen ein von Kriegen und Gewaltkonflikten geprägter Prozeß ist. Gleichwohl ist es selbstverständlich falsch, in Geschichtsdeterminismus zu ver- und damit einer fatalistischen Grundhaltung anheimzufallen. Die Menschen machen ihre Geschichte selber, und wenn auch die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige friedliche Entwicklung im Südpazifik sich angesichts globaler Umweltzerstörung, der vielfältigen Zwänge des Übergangs von traditionellen zu modernen Gesellschaften, der Einbindung in eine von den Metropolen des Nordens dominierte globalisierte Ökonomie, und - weitgehend hausgemachter - "bad governance" verschlechtern (womit sich hier lediglich die "Normalität" anderer Regionen des Südens Bahn bricht), so gibt es doch auch Zeichen der Hoffnung und Chancen, die Probleme erfolgreich zu bewältigen. Die Transitionsprozesse in den Gesellschaften des Südpazifik können gewaltfrei - oder doch zumindest gewaltarm - gestaltet, nachhaltige Entwicklung kann realisiert werden, wenn es zum einen gelingt, traditionale Sozial- und Politikformen, traditionale Werte und Spiritualität sowie traditionale Konfliktregelungsmechanismen zu bewahren und sie zugleich den - unausweichlich auf diese Gesellschaften zukommenden - Modernisierungsprozessen anzuverwandeln, und wenn es zum anderen gelingt, die gleichsam negative Kehrseite der Modernisierungsmedaille mit ihren vielfältigen Ausprägungen - von der Umweltzerstörung über die Arbeitslosigkeit bis zur Korruption - einzuhegen und mit kluger Politik aufzufangen. Beides müssen letztlich die Akteure vor Ort bewerkstelligen, für beides haben die Akteure im Norden eine Mitverantwortung. Denn das Tropenholz, das Kupfer und Gold, welches dort unter umweltzerstörerischen und die traditionellen Sozialbeziehungen desintegrierenden Bedingungen gewonnen wird, wird von Konzernen aus dem Norden für die Konsumenten im Norden gewonnen. Die Konsumartikel, um in deren Besitz zu kommen die arbeitslosen Jugendlichen dort zu Kriminellen werden, werden von Konzernen aus dem Norden auf die dortigen Märkte gebracht. Und der auf persönliche Macht und Bereicherung ausgelegte Politikstil der dortigen Eliten findet seine Vorbilder in den liberaldemokratisch verfaßten Staaten des Nordens. "Wir hier" können uns mithin nicht aus der Verantwortung für die Misere stellen, in der "die da unten" stecken.

Daß es zahlreiche mit heißem Herzen und kühlem Verstande an der Überwindung dieser Misere arbeitende Menschen "da unten" gibt - daß haben mir meine Besuche bei vielen menschenrechtlich, demokratisch, entwicklungs- und friedenspolitisch engagierten NGO's - nicht zuletzt aus dem kirchlichen Umfeld - und die Gespräche mit ihren MitarbeiterInnen deutlich gemacht. Ihr Problembewußtsein und ihre Analysen sind i.d.R. bestechend klar, und ihre Ansätze zur Problemlösung und Konfliktbearbeitung überzeugend. Sie versuchen, traditionale Konfliktlösungsmechanismen und -instrumente aus ihrem lokalen Kontext mit modernen, zivilgesellschaftlichen Verfahren zu verbinden. Und diese Verbindung - und damit auch die Zusammenarbeit von modernen zivilgesellschaftlichen Akteuren (seien es nun Menschenrechtsorganisationen oder kirchliche Frauengruppen) und traditionellen Akteuren (z.B. chiefs, Dorfältesten) - verspricht die besten Chancen für nachhaltige Problemlösungen, für Krisenprävention und Friedenskonsolidierung. Der Friedensprozeß auf Bougainville kann in diesem Sinne als

positives Beispiel Vorbildcharakter beanspruchen. Er zeigt aber auch, wie beschwerlich und langwierig solche Prozesse sind. Die für Frieden und Menschenrechte dort arbeitenden Menschen und Organisationen haben einen deprimierend schweren Stand - und auf den Salomonen, Fiji, Vanuatu - von West-Papua ganz zu schweigen - sieht es nicht besser aus. Externe Unterstützung können sie gut gebrauchen. Der *Zivile Friedensdienst* und die Arbeit von *Friedensfachkräften* in seinem Rahmen kann nur *ein Aspekt* solcher Unterstützung sein - und ein nicht unproblematischer dazu. Denn wenn es stimmt, daß lokale traditionale Konfliktbearbeitungsverfahren in der zivilen gewaltfreien Bewältigung der dortigen Krisen eine hervorragende Rolle spielen sollten und auch können, dann muß sehr genau überlegt werden, welche "Nischen" überhaupt gegeben sind, in denen das Engagement externer Kräfte mit speziellen Fähigkeiten, die vor Ort nicht vorhanden sind, aber gebraucht werden, sinnvoll und erfolgversprechend ist. (Ein immer wieder genannter Bereich ist die *Arbeit mit kriegstraumatisierten Menschen* bzw. die Ausbildung von lokalen Kräften hierfür). Solche Einsätze müßten i.d.R. auf einer "mittleren Ebene" - etwa im "training of trainers" oder in der Vernetzung verschiedener NGO's und Basisinitiativen - angesiedelt sein; es macht wenig Sinn, Friedensfachkräfte "ins Dorf" zu schicken. Gleichwohl muß gewährleistet werden, daß externe Kräfte bereit und fähig sind, sich in die traditionellen Sozialbeziehungen und Konfliktbearbeitungsverfahren einzuarbeiten. Neben hoher fachlicher Kompetenz ist also auch ein gewisses Maß "ethnosozialer" und interkultureller Kompetenz vonnöten. Von zahlreichen GesprächspartnerInnen wurde betont, daß externe Fachkräfte *die Bereitschaft zum "Lernen" und "Zuhören"* mitbringen müßten, und daß ein Einsatz solcher Kräfte nur sinnvoll sei, wenn er auf *längere Zeiträume* (mehrere Jahre) angelegt sei - ist Zeit, Zeit sich einzuleben und zu lernen und Vertrauen aufzubauen, doch ein wichtiger Faktor in den melanesischen Gesellschaften. "Unmelanesische Hast" tut weder Friedensprozessen vor Ort gut, noch täte sie dem Einsatz von Friedensfachkräften gut. Überdies scheint die Arbeit von Friedensfachkräften in der Region nur sinnvoll, wenn sie im Sinne einer "Zweibahnstraße" angelegt ist. Es gilt nicht allein, spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten ziviler Konfliktbearbeitung dort zu vermitteln, einheimisches Personal zu qualifizieren und einheimische Friedenskräfte in ihrer Arbeit zu stärken, sondern dort auch von lokalen, traditionellen Methoden ziviler Konfliktbearbeitung zu lernen und das Gelernte hierher (und dann wieder weiter) zurückzutragen. Schon die bloße "Begleitung" von Akteuren, die sich vor Ort um Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung bemühen, das Zuhören, Zuschauen, Fragen, Protokollieren und Dokumentieren, kann mithin "Ziviler Friedensdienst" sein - nicht zuletzt, weil ein solches neugierig-fragendes Widerspiegeln durch einen Außenstehenden im Sinne "produktiver Fremdheit" die lokalen Akteure zur Reflexion des eigenen Tuns und so bestenfalls zu künftig noch reflektierterem und damit womöglich noch erfolgreicherem Tun veranlassen kann. - Ein weiterer Aspekt des "Zweibahnstraßen"-Charakters von Zivilem Friedensdienst wurde ebenfalls öfters angesprochen: Es sollte die Möglichkeit für Menschen aus der Region, aus dem Süden generell, geschaffen werden, hier bei uns an den Ausbildungsgängen des Zivilen Friedensdienstes teilzunehmen. Denn diese Menschen kennen die Konfliktkonstellation vor Ort am besten, wissen um die traditionellen Konfliktbearbeitungsverfahren (und ihre Defizite) und können daher auch am besten einschätzen, was an zusätzlicher Expertise vor Ort gebraucht wird. Eine solche Öffnung des Zivilen Friedensdienstes scheint auch im Sinne gleichberechtigter Kooperation dringend geboten, und zudem würde damit eine weitere Möglichkeit des so häufig beschworenen Süd-Süd-Austausches geschaffen. FriedensaktivistInnen aus dem Südpazifik und dem Horn von Afrika haben sich sicher über ihre jeweiligen Erfahrungen in ziviler Konfliktbearbeitung viel zu erzählen, und deutsche Friedensfachkräfte könnten beim Zuhören sicher viel lernen.

ANHANG

GesprächspartnerInnen/besuchte Organisationen

Papua-Neuguinea/Bougainville

Lukis Romaso, KumGie
 Ulla Kroog, DED
 Eckart Garbe, DED
 Sister Lorraine Garasu, Bougainville Inter-Church Women's Forum
 Veronica Hatutasi, The Independent
 Anna Solomon, Word Publishing
 Andy Siedersleben, ÖED (tel.)
 Reinhard Lorenz, ÖED

Solomon Islands

Charles Kelly, Solomon Islands Christian Association (SICA) (zugleich Präsident DSE)
 John Roughan, Solomon Islands Development Trust (SIDT)
 Eric Takila, President, SICA und South Sea Evangelical Church (SSEC)
 George Saemane, SSEC Peace Office (zugleich DSE Peace Office)
 Sophia Chottu, General Secretary, YWCA
 Moses Bariri, Project Manager, YWCA
 Rose Niaronga, Development Service Exchange (DSE)
 Laurence Kepangi Makihi, DSE
 Martina Ului, President, National Council of Women
 Agnes Akwai, President, Red Cross Solomon Islands
 Timothy Laesanau, World Vision
 Bob Pollard, SICA Peace Office
 Matthew Wale, SICA Peace Office
 Abraham Baeanisia, President, SIDT
 Miriam Adomea, SICA Women's Association
 Martha Horiwapu, SICA Women's Association
 Doreen Sam, Solomon Islands Women Network (SIWNET)
 Luke Memua, Save the Children
 Brother Harry Gereniu, Melanesian Brotherhood

Fiji

Motarilavao Hilda Lini, Director, Pacific Concerns Resource Centre (PCRC)
 Tupou Vere, PCRC (zugleich National Council of Women Fiji)
 Michael Makasiale, PCRC
 Nick MacLellan, PCRC
 Fipe Tuitubou, PCRC
 Vijay Naidu, Director, Centre for Development Studies, USP
 Teresa Isiteri, Secretary General, FCC
 Samoa Tafia, PCC
 Father Frank Hoare, People for Intercultural Awareness (PIA)
 Tarcisius Tara Kabutaulaka, School of Social and Economic Development, USP
 Fele Nokise, Vice-Principal, Pacific Theological College (PTC)

Manfred Ernst, PTC
 Edwina Cotoisuva, Fiji Women's Crisis Centre
 Tessa MacKenzie, Interfaith Search Fiji
 John Scott, Director, Fiji Red Cross
 Akuila Yabaki, Executive Director, Citizens Constitutional Forum (CCF)
 Imrana Jalal, Fiji Women's Rights Movement
 Miriama Leweniqila, President, National Council of Women Fiji
 Tabua Salato, National Council of Women Fiji
 Sharon Bhagwan Rolls, FCC – Research Group (FCC-RG)/Advisory Committee
 Larry Thomas, FCC-RG/Advisory Committee
 Koila Costello-Olsson, FCC-RG
 Aisake Casimira, FCC-RG
 Rev. Tomasi Kanailagi, President, FCC und Methodist Church
 Hassan Khan, Director, Fiji Council of Social Services (FCOSS)
 Sashi Kiron, FCOSS
 Nilesh Prasad, FCOSS
 Susanna Evening, President, Catholic Women's League
 Anit Singh, Human Rights Group

Vanuatu

Blandine Boulekone, Vanuatu Family Health Association
 Virginia Toaliu, Vanuatu National Council of Women
 Pastor Pakoa Maraki, General Secretary, Presbyterian Church of Vanuatu
 Rex Horoi, Director, Foundation for the Peoples of the South Pacific International (FSPI)
 Miriam Bule, Vanuatu Women's Centre
 Joemela Simeon, Juvenile Justice Project
 Peter Walker, Wan Smolbag Theatre
 Suliana Siwatibau, Islands Consulting (zugleich PIANGO)
 Sylvia Linggi, FSPI
 Emily Niras, Vanuatu Young People's Project (tel.).

Ausgewählte Literatur

- Amnesty International: Solomon Islands. A forgotten conflict (AI - Report ASA 43/05/00). London 2000.
- Anderson, Mary B./Angelika Spelten: Conflict Transformation. How International Assistance can contribute (= Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 15). Bonn 2000.
- Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) (Hg.): Frieden muß von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke. Bonn 1999.
- Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF): Das Kriegsgeschehen 1999. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Hg. V. Thomas Rabehl. Opladen 2000.
- Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung/Zivilen Friedensdienst (Hg.): Friedensfachdienst ist machbar! Profis der zivilen Konfliktbearbeitung im Einsatz. O.O., o.J..
- Baehr, Ralph: Fidschi. In: Nohlen/Nuscheler, S. 350-368.
- Böge, Volker: Friedenskonsolidierung in Nachkriegszeiten. Der Fall Bougainville (= Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Arbeitspapier 3/99). Hamburg 1999.
- Böge, Volker: Bergbau – Umweltzerstörung – Gewalt. Der Krieg auf Bougainville im Kontext ökologisch induzierter Modernisierungskonflikte (= Kriege und militante Konflikte, Bd. 8). Hamburg 1997.
- Buchholz, Hanns J.: Salomon-Inseln. In: Nohlen/Nuscheler, S. 426-436.
- Debiel, Tobias: Entwicklungspolitik als Konfliktprävention. In: epd-Entwicklungspolitik 1/99, S. 16f.
- Debiel, Tobias/Martina Fischer/Volker Matthies/Norbert Ropers : Effektive Krisenprävention. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik (= Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper 12). Bonn 1999.
- Ernst, Manfred/Holger Szesnat: Der Inselstaat ist tief gespalten. In: Der Überblick 3/2000, S. 80-85.
- Evers, Tilman (Hg.): Ziviler Friedensdienst - Fachleute für den Frieden. Idee - Erfahrungen - Ziele. Opladen 2000.
- Fiji Council of Churches Research Group: Remembering the Past for the Future. An Analysis of Fiji's Political Crisis. FCC Research Group Report. Suva 2000.
- Heinrich, Wolfgang: Förderung von Friedensprozessen durch EZ. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 40.Jg., 1999, H.4, S. 106-109.
- Matthies, Volker(Hg.): Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung. Bremen 1995.
- Matthies, Volker: Krisenprävention als Friedenspolitik. Zur Entstehung und Entwicklung eines neuen politischen Konzepts. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 40. Jg.,1999, H..4, S. 103-106.
- Matthies, Volker: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als Heilen. Opladen 2000.
- Miles, William F.S.: Bridging Mental Boundaries in a Postcolonial Microcosm: Identity and Development in Vanuatu. Honolulu 1998.
- Nohlen, Dieter/Franz Nuscheler (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 8: Ostasien und Ozeanien. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Bonn 1994.
- Pazifik-Netzwerk e.V./Pazifik-Informationsstelle (Hg.): Unser Land - unsere Seele. Pazifikstaaten und ihre Landrechte.Neuendettelsau 1999.
- Scharmann, Ludwig: Vanuatu. In: Nohlen/Nuscheler, S. 460-475.
- Seib, Roland: Papua-Neuguinea. In: Nohlen/Nuscheler, S. 410-425.
- Trease, Howard van (ed.): Melanesian Politics. Stael blong Vanuatu. Christchurch 1995.

Periodika

Fiji's Daily Post, Suva
The Fiji Sun, Suva
The Fiji Times, Suva
The Independent, Port Moresby
The National, Port Moresby
Pacific Islands Report, Honolulu
Pacific News Bulletin, Suva
The Post Courier, Port Moresby
Solomon Star, Honiara
Vanuatu Weekly, Port Vila